

Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen

Tätigkeitsbericht 1997-2003

Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen

Schiffgraben 19

D-30159 Hannover

Tel.: (0511) 120 8852

Fax: (0511) 120 8859

E-Mail: poststelle@wk.niedersachsen.de

Internet: www.wk.niedersachsen.de

Redaktion: Dr. Christian Kurrer

Hannover, Oktober 2003

Titelgestaltung: Frank Heymann

Druck: Baumgart - die Print Agentur

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Grundsätze und Rahmenbedingungen der Arbeit der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen	5
I.1 Aufbau und Organisation	5
I.2 Aufgaben und Verfahren.....	6
Teil II: Arbeitsgebiete 1997-2003	9
II.1 Forschungsevaluationen	9
II.1.1 Entwicklung und Organisation der Verfahren	9
II.1.2 Stand der Verfahren	11
II.2 Naturwissenschaften	13
II.3 Ingenieurwissenschaften	14
II.4 Nachwuchsförderung.....	14
II.5 Lehrerbildung.....	19
II.6 Internationalisierung	21
II.7 Medizin	22
II.8 Stellungnahmen zu einzelnen Forschungsanträgen und Förderprogrammen ..	23
Teil III: Zusammenfassungen der Berichte aus den Forschungsevaluationsverfahren	27
III.1 Naturwissenschaftliche Fächer	27
III.1.1 Chemie	27
III.1.2 Biologie.....	31
III.1.3 Physik.....	34
III.2 Ingenieurwissenschaftliche Fächer	40
III.2.1 Bauingenieurwesen und Architektur	40
III.2.2 Elektrotechnik und Informationstechnik	43

III.2.3	Maschinenbau	46
III.2.4	Informatik	49
III.3	Geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer	51
III.3.1	Geschichte	51
III.3.2	Wirtschaftswissenschaften	55
III.3.3	Rechtswissenschaften	61
III.4	Multidisziplinäre Verfahren	65
III.4.1	Berufswissenschaften der Lehrerbildung	65
III.4.2	Umweltwissenschaften	73
III.5	Evaluationen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen	77
III.5.1	Institut für Solarenergieforschung Hameln-Emmerthal (ISFH)	77
III.5.2	Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel (HAB)	79
III.5.3	Stiftung Johannes a Lasco Bibliothek Emden (JALB)	80
Teil IV: Zusammensetzung der Gremien		83
IV.1	Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen	83
IV.2	Arbeitsgruppen	85
IV.3	Gutachtergruppen für die Verfahren zur Forschungsevaluation	89
Teil V: Schriftenverzeichnis / Öffentlichkeitsarbeit		103
Teil VI: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen		105

Teil I: Grundsätze und Rahmenbedingungen der Arbeit der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen

I.1 Aufbau und Organisation

Die Wissenschaftliche Kommission des Landes Niedersachsen ist ein unabhängiges Expertengremium, das die Landesregierung in Fragen der Wissenschafts- und Forschungspolitik berät. Sie wurde im Oktober 1997 auf der Grundlage eines Kabinettsbeschlusses und in Abstimmung mit der Landeshochschulkonferenz auf Dauer eingerichtet. Damit folgte das Land den Empfehlungen der von 1988 bis 1990 tätigen „Hochschulstrukturkommission Niedersachsen“, die sich für die Schaffung einer solchen Institution ausgesprochen hatte. Neben dieser Strukturkommission gab es eine zweite, befristet arbeitende Vorgängerkommission, die zwischen 1993 und 1994 tätige „Forschungskommission Niedersachsen“.

Zu den Aufgaben der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen gehören:

- Fortentwicklung der Struktur des niedersächsischen Hochschul- und Forschungssystems,
- Entwicklung und Prüfung von Forschungsschwerpunkten,
- Entwicklung und Organisation von Evaluationsverfahren für die Forschung,
- Schwerpunktsetzung bei der Verteilung von Personalstellen und/oder Mitteln aus dem Forschungspool des Landes sowie aus Mitteln des Niedersächsischen Vorabs der Volkswagen-Stiftung,
- Umsetzung von Empfehlungen des Wissenschaftsrats in Niedersachsen.

Die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen hat neben dem Vorsitzenden zehn stimmberechtigte und sechs beratende Mitglieder, die für einen Zeitraum von drei Jahren auf Vorschlag des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur durch den Ministerpräsidenten berufen werden. Ihre Amtszeit kann einmalig um eine weitere Periode verlängert werden und beträgt damit maximal sechs Jahre.

Der Gründungsvorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission war Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Frühwald. Mit dem 01.03.2000 ist er als Vorsitzender ausgeschieden, Nachfolger wurde Prof. Dr. Jürgen Mlynek, seit September 2000 Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin. Prof. Frühwald wurde für seine Tätigkeit mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens ausgezeichnet.

Die Wissenschaftliche Kommission wird von einer Geschäftsstelle mit Sitz in Hannover unterstützt. Sie ist für die Organisation von Plenums- und Arbeitsgruppensitzungen zuständig und erstellt hierzu in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur Beratungsunterlagen und Berichte. Außerdem organisiert sie die Forschungsevaluationsverfahren. Darüber hinaus versteht sie sich als Bindeglied zwischen der Kommission und den Institutionen des Landes in Wissenschaft und Verwaltung sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Die Geschäftsstelle wird von einem Generalsekretariat geleitet und beschäftigt derzeit sechs Mitarbeiter. Generalsekretärin war bis zum Oktober 2003 Frau Dr. Christiane Ebel-Gabriel.

I.2 Aufgaben und Verfahren

Aus dem allgemeinen Aufgabenprofil ergeben sich in der Praxis drei Hauptarbeitsgebiete für die Wissenschaftliche Kommission:

- die Erarbeitung von Konzepten, z.B. für die Forschungsevaluation, für die Doktorandenförderung und Nachwuchsförderung allgemein, oder für die Internationalisierung der Hochschulen;
- die Durchführung der Verfahren zur Forschungsevaluation und, darauf aufbauend, die Erarbeitung von Strukturempfehlungen zu einzelnen Fachgebieten, z.B. zu den Naturwissenschaften, zu den Ingenieurwissenschaften und zur Lehrerbildung;
- Begutachtungen von Anträgen, die im Rahmen von Programmen der Landesregierung gestellt werden (z.B. Promotionsprogramme, Forschernachwuchsgruppen) und von Einzelmaßnahmen, die ein Investitionsvolumen von mehr als einer viertel Mio. Euro und/oder besondere hochschulpolitische Bedeutung haben.

Das Plenum der Wissenschaftlichen Kommission tagt zweimal im Jahr, jeweils im Frühjahr und im Herbst, in Anwesenheit des Ministers, des Staatssekretärs und gegebenenfalls auch des Ministerpräsidenten. Je nach Beratungsbedarf werden darüber hinaus zur Erarbeitung von Konzepten, zur Vorbereitung der Evaluationsverfahren und zur Auswertung der Ergebnisse befristet Arbeitsgruppen eingesetzt, denen auch externe Mitglieder angehören können.

Unabhängig von diesen Arbeitsgruppen, aber zum Teil mit personellen Überschneidungen zur besseren Informationsübermittlung, beruft der Wissenschaftsminister die Gutachterinnen und Gutachter für die fachbezogenen Verfahren der Forschungsevaluation. Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission sind grundsätzlich an der Forschungsevaluation nicht beteiligt, um eine unabhängige Auswertung der Ergebnisse zu gewährleisten. Für alle Gutachterinnen und Gutachter und für die stimmberechtigten

Kommissionsmitglieder gilt, dass sie grundsätzlich nicht von niedersächsischen Hochschulen kommen oder unmittelbar durch Interessenüberschneidungen mit diesen verbunden sein dürfen.

Über die Themengebiete, die in den Arbeitsgruppen bzw. im Plenum erörtert werden, hinaus nehmen die stimmberechtigten Kommissionsmitglieder laufend zwischen den Sitzungen Aufgaben als Fachgutachter für Anträge zu Ausschreibungen des Ministeriums und für größere wissenschaftliche Vorhaben wahr. Sofern es die jeweilige Fachrichtung erfordert, werden externe Gutachten eingeholt bzw. externe Gutachterinnen und Gutachter für die Auswahl Sitzungen hinzugezogen. In der Regel werden zu jedem eingereichten Vorhaben zwei Gutachten vorgelegt, zu denen der Vorsitzende der Kommission eine dritte, zusammenfassende Stellungnahme formuliert.

Anträge der niedersächsischen Hochschulen und anderer Institutionen werden der Kommission über das Ministerium zur Beratung vorgelegt. Die Wissenschaftliche Kommission spricht Empfehlungen an das Ministerium aus, welches für deren Umsetzung verantwortlich ist. Ferner hat die Kommission die Möglichkeit, selbstständig wissenschafts- und forschungspolitische Themen aufzugreifen.

In Teil II dieses Berichts folgt eine übersichtsartige Zusammenstellung der Themen, mit denen sich die Wissenschaftliche Kommission in den Jahren 1997-2003 befasst hat.

In Teil III folgen Zusammenfassungen von Empfehlungen, die von der Wissenschaftlichen Kommission im Rahmen der Verfahren zur Forschungsevaluation verabschiedet wurden.

Teil IV dieses Berichts gibt Auskunft über die personelle Zusammensetzung der Wissenschaftlichen Kommission, ihrer Arbeitsgruppen und Gutachtergruppen.

Teil V des Berichts listet Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission und von ihr mitorganisierte Tagungen auf.

Teil VI des Berichts stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Wissenschaftlichen Kommission vor.

Teil II: Arbeitsgebiete 1997-2003

II.1 Forschungsevaluationen

II.1.1 Entwicklung und Organisation der Verfahren

Seit 1999 führt die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen systematisch Verfahren zur Evaluation der Forschung an den niedersächsischen Hochschulen durch. Grundlage für die Verfahren ist ein Konzept, das 1998 von der Wissenschaftlichen Kommission des Landes erarbeitet und verabschiedet und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt wurde.

Die Forschungsevaluation als Stärken-Schwächen-Analyse richtet sich gleichermaßen an das Land wie an die Hochschulen. Die Ergebnisse werden vom Land inzwischen routinemäßig bei der Vergabe von Forschungsmitteln, auch im Zusammenhang mit Berufungen, berücksichtigt. Gleichzeitig erweisen sie sich als nützlich für die Erarbeitung von Strukturentscheidungen im Kontext von Schwerpunktsetzung und Profilbildung sowie für die Entwicklung von Kriterien für eine qualitätsorientierte Hochschulfinanzierung. Auf Hochschulebene dient die Forschungsevaluation der Standortbestimmung im nationalen und internationalen Vergleich. Sie erweist sich als sinnvolles Instrument der Entwicklungsplanung und Profilbildung, die für Fachbereiche und Fakultäten, aber auch für die Hochschulen insgesamt zunehmend an Bedeutung gewinnt. Um die notwendige Kontinuität der Begutachtung sicherzustellen, ist ein Evaluationsrhythmus von etwa sechs Jahren mit Zwischenberichten nach drei Jahren vorgesehen.

Forschung hat einen überregionalen, zumeist internationalen Bezugsrahmen. Daher wurde die Forschungsevaluation in Niedersachsen, anders als die Lehrevaluation, nicht als Selbstevaluation, sondern als externe Begutachtung durch unabhängige Experten nach den Prinzipien des „informed peer-review“ konzipiert. Das Verfahren gliedert sich in drei Abschnitte:

1. Die Hochschulen erstellen einen Selbstbericht, der die Forschungsaktivitäten des Faches in den letzten fünf Jahren, die eigene Zukunftsperspektive, die Entwicklungsplanung der Hochschulleitung und wichtige quantitative Angaben enthält.
2. Eine auf Vorschlag der Wissenschaftlichen Kommission vom Wissenschaftsminister eingesetzte, unabhängige Expertenkommission führt auf der Grundlage dieser Berichte Gespräche mit den Wissenschaftlern und der Hochschulleitung an allen betroffenen Standorten.

3. Die Einschätzungen und Empfehlungen der Gutachtergruppe werden in Abschlussberichten niedergelegt, zu denen die Hochschulen Stellung nehmen; anschließend werden sie von der Wissenschaftlichen Kommission beraten und verabschiedet.

Die Einleitung der Verfahren der Forschungsevaluation wird von einer Lenkungsgruppe koordiniert, der fünf Mitgliedern angehören: zwei Hochschulvertreter, benannt von der Landeshochschulkonferenz, ein Mitglied des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sowie zwei Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission mit unterschiedlichem fachlichen Hintergrund. Den Vorsitz der Lenkungsgruppe führt der Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission.

Allen Begutachtungen liegt ein einheitliches Kriterienraster zu Grunde, zu dem die entsprechenden Indikatoren nach einem standardisierten Frageleitfaden erhoben werden. Darüber hinaus definiert jede Gutachtergruppe bei Bedarf fachspezifische Maßstäbe bzw. Gewichtungen innerhalb des Rasters und hält diese im Bericht fest. Die wichtigsten allgemeinen Kriterien und Indikatoren sind:

- Wissenschaftliche Leistung im internationalen Vergleich und Innovativität (Publikationen in anerkannten Organen, differenziert nach Gepflogenheiten der Disziplinen; antragsinduzierte Drittmittel; wissenschaftliche Veranstaltungen; Preise etc.)
- Effektivität der Nachwuchsförderung (Graduiertenkollegs, strukturierte Promotionsstudiengänge, Lehrforschungen, Forschergruppen und Sonderforschungsbereiche, Berufungschancen und Berufungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern)
- Vernetzung und Ausstrahlung (Kooperationen mit anderen Forschungseinrichtungen, auf regionaler und nationaler Ebene, Interdisziplinarität)
- Intensität und Qualität der internationalen Zusammenarbeit (Qualität der Partner, Zahl und Intensität der Kontakte)
- Transfer und Kooperationen mit Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Kulturinstitutionen (auftragsinduzierte Drittmittel, Auftragsforschung und Produktentwicklung mit Bezug zur Grundlagenforschung, gemeinsame Nutzung von Großgeräten, Patente, Beratungstätigkeiten sowohl im Wirtschafts- als auch im öffentlichen Sektor)
- Effektivität und Effizienz (Leistung im Vergleich zur Ausstattung einschließlich des Drittmittelaufkommens, Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag unter Berücksichtigung der Qualitätsstandards).

Das niedersächsische Verfahren zur Forschungsevaluation legt starkes Gewicht auf die Analyse von Entwicklungspotenzial und Zukunftsperspektiven. Es verzichtet bewusst auf eine formelhaft quantifizierende Bewertung erbrachter Forschungsleistungen. Damit werden präzise Kriterien für Planungsentscheidungen und Zielvereinbarungen zur Ver-

fügung gestellt, nicht jedoch eine Formel, aus der sich die Höhe zuzuweisender Forschungsmittel unmittelbar ergeben würde. Dies beruht auf der Einsicht, dass Forschungsevaluation keinen Ersatz für planerisches Handeln auf Landes- wie auf Hochschulebene darstellt. Eine klare Trennung zwischen gutachterlicher und administrativ-politischer Zuständigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Evaluationsverfahren die an sie gestellten Erwartungen tatsächlich erfüllen und differenzierte, inhaltlich begründete, nachvollziehbare und damit konsensfähige Argumente für den Diskussions- und Entscheidungsprozess zwischen den Beteiligten liefern können.

Zusammen mit den Ergebnissen aus der Evaluation der Lehre, die von der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) in einem Konsensverfahren mit den Hochschulen durchgeführt wird, sind die Ergebnisse der Evaluationen der Wissenschaftlichen Kommission Grundlage für weitere Strukturempfehlungen an das Land.

II.1.2 Stand der Verfahren

Seit 1999 wurden etwa drei bis fünf Verfahren zur Forschungsevaluation pro Jahr durchgeführt. Eine Übersicht über die bisher durchgeführten Verfahren bietet Tabelle 1. Das Arbeitsprogramm der in den nächsten Jahren vorgesehenen Verfahren ist in Tabelle 2 aufgeführt.

Tabelle 1: Abgeschlossene und laufende Verfahren der Forschungsevaluation

Verfahren	Abgabe der Selbstberichte	Begehung	Verabschiedung der Abschlussberichte
Chemie	Juni 1999	Oktober 1999	März 2000
Geschichte	Juli 1999	Februar 2000	Oktober 2000
Biologie	März 2000	Juni 2000	März 2001
Bauingenieurwesen/ Architektur	April 2000	Oktober 2000	Oktober 2001
Elektrotechnik	April 2000	Dezember 2000	Oktober 2001
Maschinenbau	April 2000	April 2001	Oktober 2001
Wirtschaftswissenschaften	Juni 2000	Februar 2001	Oktober 2001
Informatik	März 2001	Mai/Juni 2001	März 2002
Lehrerbildung	März 2001	Juni 2001	März 2002
Physik	Oktober 2001	Januar/Februar 2002	Oktober 2002
Rechtswissenschaften	Oktober 2001	April 2002	Oktober 2002
Umweltwissenschaften	Februar 2002	Mai/Juni 2002	März 2003
Mathematik	Oktober 2002	Februar 2003	Oktober 2003
Kunstgeschichte	November 2002	Februar 2003	Oktober 2003
Agrarwissenschaften	Oktober 2002	April 2003	Oktober 2003
Anglistik	Dezember 2002	Mai 2003	März 2004
Soziologie	Oktober 2002	Mai/Juni 2003	März 2004
Politikwissenschaften	November 2002	Mai/Juni 2003	März 2004
Geowissenschaften	Dezember 2002	Juli 2003	März 2004
Romanistik	Dezember 2002	Juli 2003	März 2004

Tabelle 2: Vorläufiges Arbeitsprogramm Forschungsevaluation bis 2006

Verfahren	Einleitung	Begehung	Verabschiedung
Germanistik und Medienwissenschaften	eingeleitet	Wintersemester 2003/04	Herbst 2004
Medizin	eingeleitet	Wintersemester 2003/04	Herbst 2004
Philosophie	eingeleitet	Sommersemester 2004	Frühjahr 2005
Slavistik/Finn-Ugristik	Herbst 2003	Sommersemester 2004	Frühjahr 2005
Geographie	Frühjahr 2004	Wintersemester 2004/05	Herbst 2005
Allgemeine Sprachwissenschaft	Frühjahr 2004	Wintersemester 2004/05	Herbst 2005
Theologie	Herbst 2004	Sommersemester 2005	Frühjahr 2006
Archäologische Wissenschaften	Herbst 2004	Sommersemester 2005	Frühjahr 2006
Orientalistik	Herbst 2004	Sommersemester 2005	Frühjahr 2006
Klassische Philologie	Frühjahr 2005	Wintersemester 2005/06	Herbst 2006
Psychologie	Frühjahr 2005	Wintersemester 2005/06	Herbst 2006

II.2 Naturwissenschaften

Vor Aufnahme der Forschungsevaluation in den naturwissenschaftlichen Disziplinen im Jahre 1999 hat sich eine Arbeitsgruppe Naturwissenschaften konstituiert, um begleitend zu den fachspezifischen Begutachtungsverfahren ein fächer- und standortübergreifendes Konzept für die Naturwissenschaften an den niedersächsischen Universitäten zu entwickeln. Dabei sollte unter Berücksichtigung der besonderen Stärken eines jeden Standortes eine Schwerpunktsetzung und Profilbildung vorangetrieben werden. Mit dem Konzept sollten sich die Hochschulen in den Naturwissenschaften einerseits „auf Lücke“ aufstellen können, andererseits sollten die Kooperationsmöglichkeiten mit anderen niedersächsischen Hochschulen, mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und nicht zuletzt auch mit den benachbarten Universitäten angrenzender (Bundes-) Länder weitmöglichst ausgeschöpft werden.

Nach Abschluss der noch ausstehenden Verfahren zur Forschungsevaluation in den Naturwissenschaften wird die Arbeitsgruppe auf eine vollständige Analyse der Forschungsleistungen in den Naturwissenschaften an den niedersächsischen Universitäten zurück-

greifen können und auf dieser Basis Empfehlungen zur zukünftigen standort- und fächerübergreifenden Strukturierung der Naturwissenschaften aussprechen.

II.3 Ingenieurwissenschaften

Um die Forschungsevaluationsverfahren in den ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen vorzubereiten, trat Anfang des Jahres 2000 eine Arbeitsgruppe Ingenieurwissenschaften zusammen. Nach einer ersten Bestandsaufnahme zur Situation der ingenieurwissenschaftlichen Fächer in Niedersachsen traf sich die AG im September 2000 mit den Universitätspräsidenten aus Hannover, Braunschweig und Clausthal und den Fachbereichsdekanen der betroffenen Fächer, um vor Beginn der fachspezifischen Forschungsevaluationsverfahren den Stellenwert und die Einbindung der einzelnen Fächer in den Gesamtkontext der jeweiligen Hochschule zu erörtern. Dabei spielten auch die Planungen der drei Hochschulen im Rahmen des gemeinsamen „Consortium Technicum“ eine wichtige Rolle.

II.4 Nachwuchsförderung

(i) Graduiertenprogramme

Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Leistungsfähigkeit der Forschung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen mittel- und langfristig zu sichern. Zur Verbesserung der Nachwuchsförderung müssen eine Verkürzung der Qualifizierungsphasen, frühe Selbstständigkeit in der Forschung, interdisziplinäre Kompetenz, Internationalisierung und gezielte Exzellenzförderung angestrebt werden.

Das Land Niedersachsen hat die Wissenschaftliche Kommission im Jahre 1999 gebeten, neue Konzepte für die Ausbildung der Doktorandinnen und Doktoranden sowie des Hochschullehrernachwuchses zu entwickeln. Dazu wurde im März 1999 eine Arbeitsgruppe Nachwuchsförderung eingesetzt, die ein umfassendes Konzept für eine Reform der Graduiertenausbildung in Niedersachsen entworfen hat.

Auf Basis der darin formulierten Leitlinien hat das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur die Universitäten 1999 aufgefordert, eigenständig und im Wettbewerb untereinander Promotionsstudiengängen für die Ausbildung von Doktorandinnen und Doktoranden zu entwickeln. Für diese Promotionsstudiengänge, die mit herausragenden Forschungsschwerpunkten verknüpft und zur Weiterentwicklung der Graduiertenausbildung an den Hochschulen insgesamt beitragen sollten, stehen seit 2000 Mittel in Höhe von neun Millionen DM zur Verfügung. Damit können langfristig bis zu 18

Graduiertenprogramme gleichzeitig mit je maximal 15 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden.

In einer ersten Auswahlrunde 2000 hat die Wissenschaftliche Kommission auf der Basis von externen Fachgutachten von insgesamt 18 Anträgen sechs Programme zur Förderung empfohlen (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: In der ersten Auswahlrunde 2000 zur Förderung empfohlene Graduiertenprogramme

Hochschule	Thema	Sprecher
Braunschweig	Molekülkomplexe von biomedizinischer Relevanz	Prof. B. Jokusch
Göttingen	Mittelalter und Frühneuzeitstudien	Prof. K. Grubmüller
Göttingen (geteilter Antrag)	Molekulare Biologie Neurowissenschaften	Prof. K. v. Figura Prof. D. Richter
Hannover	Neue Materialien mit maßgeschneiderten Eigenschaften	Prof. P. Behrens
Oldenburg	Fachdidaktische Lehr- und Lernforschung - Didaktische Rekonstruktion	Prof. U. Kattmann

Das Programm wurde im Herbst 2000 zum zweiten Mal ausgeschrieben. Die Arbeitsgruppe Nachwuchsförderung hatte allerdings angeregt, dass in der zweiten Förderrunde Programme bevorzugt werden sollten, die Bemühungen um einen generellen Strukturwandel in der Graduiertenausbildung erkennen ließen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sprach die Arbeitsgruppe folgende Empfehlungen aus:

1. Der gewünschte Strukturwandel sollte besonders durch die Einrichtung von Graduiertenzentren und fächerübergreifenden Graduiertenschulen vorangetrieben werden. Die Hochschulen sollten deshalb neben der wissenschaftlichen Exzellenz die institutionelle Ausgestaltung und die vorgesehene Infrastruktur der Graduiertenschule erläutern.
2. Das Land Niedersachsen sollte Graduiertenzentren durch die Bereitstellung einer Grundausstattung für die Infrastruktur fördern. Insbesondere in Wissenschaftsgebieten, in denen wegen des Nachwuchsmangels die vorhandenen Doktorandenstellen

nur schwer zu besetzen sind, sollten die Mittel prioritär für Maßnahmen zur Etablierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

Die Mittel aus der Landesgraduiertenförderung sollten entweder mit in diese Programme einfließen oder aber als Stipendien mit gehobenem Satz vergeben werden.

3. Voraussetzung für die Weiterförderung der Programme sollte es sein, dass im Rahmen einer Zwischenbegutachtung ein Strukturwandel in der Graduiertenausbildung festgestellt werden konnte.
4. Neue Maßnahmen zur Doktorandenförderung an den medizinischen Einrichtungen sind nur als MD/PhD-Programme im strengen Sinn vorzusehen.

In der zweiten Auswahlrunde wurden aus insgesamt zehn Anträgen drei weitere Programme zur Förderung empfohlen (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: In der zweiten Auswahlrunde 2001 zur Förderung empfohlene Graduiertenprogramme

Hochschule	Thema	Sprecher
Göttingen	Angewandte Statistik und Empirische Methoden	Prof. Dr. E. Brunner u.a.
Göttingen	International Graduate School of Physics	Prof. Dr. R. Kree
Osnabrück	Synthesis and Characterisation of Surfaces and Interfaces assembled from Clusters and Molecules	Dr. J. Schnack

(ii) Forschernachwuchsgruppen

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur hat im Jahr 1999 beschlossen, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Stärkung herausragender Forschungsschwerpunkte Forschernachwuchsgruppen einzurichten und zu fördern.

Zu zwei Bewerbungsterminen Ende 1999 wurden insgesamt 42 Anträge eingereicht und von Gutachtern der Wissenschaftlichen Kommission geprüft. Dabei wurden besonders die wissenschaftliche Qualität des Umfelds der beantragten Nachwuchsgruppen, die Produktivität der den Antrag tragenden Wissenschaftler und das Innovationspotenzial der vorgesehenen Forschungsarbeiten berücksichtigt sowie die Eignung des vorgelegten Konzepts zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Hinblick auf eine Hochschullehrerlaufbahn. Insgesamt wurden neun Forschernachwuchsgruppen zur Förderung empfohlen (Tabelle 5).

Tabelle 5: Zur Förderung empfohlene Anträge auf Einrichtung von Forschernachwuchsgruppen

Hochschule	Thema	Einrichtung
Clausthal	Darstellungstheoretische und kohomologische Methoden in der Theorie der dynamischen Zetafunktionen und des Quantenchaos	Institut für theoretische Physik
Göttingen	Entwicklung neuer Peptid-basierter Radioliganden zur nuklearmedizinischen Tumor-Diagnostik und -Therapie	Medizinische Fakultät, Abteilung Nuklearmedizin
Göttingen	Phasenbildung und Oberflächenreaktionen beim Wachstum dünner Schichten	Fakultät für Physik, Zweites Physikalisches Institut
Göttingen	Stimme - Zeichen - Schrift in Mittelalter und Früher Neuzeit	Philosophische Fakultät, Seminar für Deutsche Philologie
Göttingen	Neue Numerische Verfahren zur Lösung inverser Probleme	Mathematische Fakultät, Institut für Numerische und angewandte Mathematik
Hannover	Virtual Reality in der Spanenden Fertigungstechnik	Institut für Fertigungstechnik und Spanende Werkzeugmaschinen
Oldenburg	Nationale und Internationale Perspektiven der Umwelt- und Energiepolitik	Institut für Volkswirtschaftslehre
Osnabrück	Lernen mit neuronalen Methoden auf strukturierten Daten	Fachbereich Mathematik/Informatik
Osnabrück	Kulturinformierte Entwicklungspsychologie der Lebensspanne	FB Psychologie und Gesundheitswissenschaften

(iii) Dorothea Erxleben Programm

Das 1994 eingerichtete Dorothea-Erxleben-Programm der niedersächsischen Landesregierung zielt u.a. darauf ab, Frauen für eine Professur an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen zu qualifizieren. Dafür werden befristete C1-Stellen für maximal zwei mal drei Jahre an Wissenschaftlerinnen in der Postdoc-Phase vergeben, die sich bereits durch ihre Promotion als besonders befähigt ausgewiesen haben.

Für eine vierte Auswahlrunde im Jahre 2000 hat das Niedersächsische Wissenschaftsministerium die Wissenschaftliche Kommission um Begutachtung der 161 eingereichten Förderanträge gebeten. Insgesamt konnten 20 Wissenschaftlerinnen in die Förderung aufgenommen werden.

(iv) Juniorprofessuren

Die vom Land Niedersachsen eingerichteten Forschernachwuchsgruppen waren ein erster Schritt, um Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, möglichst frühzeitig selbstständig und verantwortungsvoll zu arbeiten. Die Arbeitsgruppe Nachwuchsförderung hat jedoch Anfang 2001 festgestellt, dass das Ziel der frühen Selbstständigkeit mit Nachwuchsgruppen nur bedingt erreicht werden kann. Sie sprach sich daher gegen eine erneute Ausschreibung dieses Programms aus und empfahl, stattdessen die Einrichtung von Juniorprofessuren voranzutreiben. Als Anreiz für die zügige Einführung von Juniorprofessuren empfahl sie, den Hochschulen für jede aus eigenen Mitteln eingerichtete Juniorprofessur Landesmittel für eine weitere Juniorprofessur zur Verfügung zu stellen. Dabei sollte die Förderung von Juniorprofessuren möglichst weitgehend mit den Maßnahmen des BMBF koordiniert werden.

Die Wissenschaftliche Kommission hat angeboten, das Land bei der Auswahl der Anträge auf Zuweisung einer Juniorprofessur an eine Universität zu unterstützen. Hauptkriterium soll die Etablierung neuer zukunftsweisender Forschungsrichtungen sein. Sie bot ebenfalls ihre Mitwirkung bei der Besetzung der Berufungskommissionen für die Juniorprofessuren an.

Die Empfehlungen zur Einführung von Juniorprofessuren wurden in den letzten beiden Jahren weitgehend umgesetzt, das Land Niedersachsen gehört damit zu den Vorreitern bei der Einführung von Juniorprofessuren.

II.5 Lehrerbildung

Im März 2000 hat die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen angesichts der anhaltenden Diskussion in den Hochschulen und der Politik und des immer deutlicher werdenden Beratungsbedarfs beschlossen, sich der Situation und den Perspektiven der Lehrerbildung im Land Niedersachsen zuzuwenden. Dies sollte auf zweierlei Weise geschehen: Einerseits sollte eine Arbeitsgruppe der Wissenschaftlichen Kommission sich mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Niedersachsen befassen. Ausgangspunkt für diese Arbeit war der im Herbst 1999 vorgelegte Abschlussbericht der von der Kultusministerkonferenz (KMK) eingesetzten Kommission Lehrerbildung, der Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Deutschland formuliert hatte. Die KMK hatte die Bundesländer aufgefordert, die darin entwickelten Vorschläge unter Berücksichtigung der jeweiligen landesspezifischen Gegebenheiten zu konkretisieren und umzusetzen.

Zugleich wurde durch eine zweite Gruppe die Forschung in den lehrerbildenden Fachdisziplinen evaluiert. Hierzu zählen die Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik, die Berufspädagogik und Sonderpädagogik, die Pädagogische Psychologie, die Didaktiken der verschiedenen Schulfächer sowie Teile der Soziologie, Philosophie und Politikwissenschaft.

Die Ergebnisse der Forschungsevaluation fanden Eingang in die Beratungen der Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, ebenso die Ergebnisse der von der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) im Auftrag der Hochschulen durchgeführten Evaluation der Lehre in der Lehrerbildung.

Die Arbeitsgruppe hat einen Abschlussbericht erstellt, der im März 2002 in der wissenschaftlichen Kommission verabschiedet worden ist. Die Empfehlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Als entscheidendes Defizit der universitären Phase der Lehrerbildung hat die Arbeitsgruppe die unzureichende inhaltliche Strukturierung und Sequenzierung der universitären Lehrangebote in der Lehrerbildung sowie den ungenügenden Ausbaustand der Fachdidaktiken in Forschung und Lehre identifiziert. Dem entsprechend wurde ein Vorschlag für ein integriertes Kerncurriculum Lehrerbildung entwickelt, welches die grundwissenschaftlichen Studienelemente (Pädagogik, Pädagogische Psychologie, Soziologie etc.) und die fachdidaktischen Studienelemente in der Lehre integriert. Die Arbeitsgruppe sieht die Einführung dieses Kerncurriculum als entscheidenden Schritt zur Verbesserung der universitären Lehrerbildung an. Sie soll die erste, universitäre Phase der Lehrerbildung zielgerichteter an den späteren beruflichen Anforderungen ausrichten und eine verläss-

- liche Basis für die zweite Phase, das Referendariat, schaffen. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, auch für das Studium der Unterrichtsfächer solche Kerncurricula zu erarbeiten.
2. Der Abschlussbericht formuliert Reformvorschläge für sämtliche Lehrämter an allgemein bildenden Schulen, an Sonderschulen sowie an berufsbildenden Schulen. Generell wird eine Verstärkung der Fachdidaktiken in Forschung und Lehre angemahnt. In den Universitäten sollten geeignete Querstrukturen aufgebaut werden (z.B. Zentren für Lehrerbildung und Schulforschung), die die Belange der Lehrerbildung vertreten.
 3. Im Einklang mit allen nationalen und internationalen Reformkonzepten wird eine für alle Lehrer verbindliche, nachzuweisende Lehrerfortbildung empfohlen, an der sich die Universitäten des Landes in einer kooperativen Anstrengung beteiligen. Lehrerfortbildung wird als personalbezogener Teil der Schulentwicklung verstanden. Für die Universitäten muss die Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung sehr viel stärker als bisher zu einem wichtigen Arbeits- und Forschungsfeld werden.
 4. Auch bei der Qualifizierung und kontinuierlichen Weiterbildung von Leitungs- und Ausbildungspersonal im Bildungswesen sollten sich die Universitäten stärker als bisher engagieren. Zu diesem Zweck sollte ein Verbundsystem verschiedener Universitätsstandorte geschaffen werden, um Weiterbildung und Qualifizierung standortübergreifend organisieren zu können. In diesem Zusammenhang hält es die Arbeitsgruppe für sinnvoll, wenn im Zuge der Profilierung von Universitäten an geeigneten Standorten eine explizite bildungswissenschaftliche Schwerpunktsetzung erfolgt.
 5. Die Arbeitsgruppe hat - bei prinzipieller Bevorzugung grundständiger Lehrerbildung und ihrer konsequenten Weiterentwicklung in allen Aspekten - Kriterien für die Durchführung von Modellversuchen zur konsekutiven Lehrerbildung entsprechend der Bachelor/Master-Struktur erarbeitet. Solche Modellversuche bieten die Chance, auf der Basis von längerfristig angelegten Begleituntersuchungen einen empirisch gestützten Einblick in die unterschiedlichen Effekte grundständiger bzw. gestufter Lehrerbildung zu erhalten.
 6. An den einzelnen Standorten sollen vorhandene Stärken weiter gestärkt und Schwerpunkt- und Profildbildungen gefördert werden. Insbesondere mit Blick auf die Weiterbildungs- und Qualifizierungsaufgaben sind standortübergreifende Lösungen und Kooperationen geboten.

Aus den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Lehrerbildung (und der Gutachtergruppe zur Evaluation der Forschung in den Berufswissenschaften der Lehrerbildung) sind in der Zwischenzeit eine Vielzahl von Reformaktivitäten im Zusammenspiel zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur und den einzelnen Hochschulen hervorgegangen.

Zur weiteren Begleitung und Koordination des Umsetzungsprozesses ist geplant, eine übergreifende „Lenkungsgruppe Lehrerbildung“ unter Beteiligung des Wissenschafts- und des Kultusministeriums, der Wissenschaftlichen Kommission sowie weiterer zentraler Einrichtungen der Lehrerbildung ins Leben zu rufen.

II.6 Internationalisierung

(i) Empfehlungen zur weiteren Internationalisierung der Hochschulen

In zahlreichen Begutachtungs- und Beratungsverfahren der Wissenschaftliche Kommission haben Aspekte der Internationalisierung immer wieder eine wichtige Rolle gespielt. Auf Bitten des Landes hat sich daher eine Arbeitsgruppe der Wissenschaftlichen Kommission mit der weiteren Internationalisierung von Forschung und Lehre an niedersächsischen Hochschulen befasst und dazu im Oktober 2002 Empfehlungen vorgelegt. Zentraler Punkt der Empfehlungen ist, dass nach einer Phase starken quantitativen Wachstums künftig nicht in erster Linie eine weitere Erhöhung der Quantität internationaler Kontakte, sondern die Frage nach deren Qualität, nach dem spezifischen Mehrwert von Austauschmaßnahmen, Kooperationsverträgen und Förderprogrammen, im Vordergrund stehen muss. Internationalisierung sollte stärker zu einem Instrument strategischen Handelns in der Profilbildung der Hochschulen und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen werden. In Niedersachsen schafft das neue Hochschulgesetz die Rahmenbedingungen dafür, dass die Hochschulen, Universitäten wie Fachhochschulen, diese Aufgabe mehr als bisher eigenverantwortlich wahrnehmen können. Sie sollten die neuen Möglichkeiten aber auch konsequent nutzen. Auch dem Land, das die Internationalisierungsbestrebungen der Hochschulen unterstützt, wachsen im Rahmen der stärkeren Selbstständigkeit der Hochschulen neue Aufgaben zu.

(ii) Förderprogramm für niedersächsisch-israelische Gemeinschaftsvorhaben

Das Land Niedersachsen fördert seit dem Jahre 1977 gemeinsame niedersächsisch-israelische Forschungsvorhaben. Durch eine Bestandsaufnahme sollte sichergestellt werden, dass die wissenschaftliche Qualität und die Nachhaltigkeit der Forschungskooperationen auch weiterhin gewährleistet wird. Die Wissenschaftliche Kommission ist daher vom Land beauftragt worden, eine Evaluation des Programms durchzuführen.

Für diese Evaluation wurde eine Gutachtergruppe eingesetzt. Als Grundlage für die Begutachtung wurde ein Fragebogen entwickelt und ausgewertet, der an die Projektteilnehmer seit 1991 auf deutscher und israelischer Seite verschickt wurde.

Die Gutachtergruppe hat auf Basis dieser Bestandsaufnahme im März 2002 Empfehlungen zur zukünftigen Gestaltung des Programms ausgesprochen. Das Förderprogramm wurde insgesamt als sehr erfolgreich eingestuft. Für die zukünftige Förderung wurden vor allem eine Erhöhung der Förderdauer und Förderhöhe, eine Schwerpunktsetzung in der Nachwuchsförderung und ein modifiziertes Auswahlverfahren nahegelegt.

(iii) Empfehlungen zum Förderprogramm für außereuropäische Graduierte

1999 hat das Niedersächsische Wissenschaftsministerium zum ersten Mal ein Förderprogramm „Nachwuchswissenschaftler/innen aus außereuropäischen Ländern nach Niedersachsen“ ausgeschrieben. In den ersten vier Jahren konnten dadurch insgesamt 75 ausländische Doktoranden und Postdoktoranden eingeladen werden, die neben einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit an einem Universitätsinstitut auch mittels eines Industriepraktikums Einblicke in die niedersächsische Arbeitswelt erhalten sollten. Ziel des Programms ist es, künftige Führungskräfte in Wirtschaft und Verwaltung ausgewählter Zielländer mit der Niedersächsischen Wirtschaft und Verwaltung dauerhaft zusammenzubringen. Vor einer Entscheidung über die Weiterführung dieses Programms hat das Ministerium die Wissenschaftliche Kommission um eine Zwischenstandsbewertung gebeten.

Eine Arbeitsgruppe der Wissenschaftlichen Kommission hat daraufhin eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen, die bei einer Fortführung des Programms berücksichtigt werden sollten. Dabei steht eine stärkere Beteiligung der niedersächsischen Wirtschaft an der strukturellen und inhaltlichen Ausgestaltung sowie die hohe wissenschaftliche Qualität der Bewerberinnen und Bewerber im Vordergrund.

II.7 Medizin

Die Medizin ist mit der Medizinischen Fakultät der Universität Göttingen und der Medizinischen Hochschule Hannover in Niedersachsen zwar nur an zwei Standorten vertreten, doch hat sie quantitativ einen großen Anteil an der niedersächsischen universitären Forschungslandschaft. Es wurde daher eine Arbeitsgruppe zur Rolle der Medizin innerhalb der Hochschulen und zu ihrer Funktion für das Profil der Hochschulen auch im Bereich der Natur- und Gesellschaftswissenschaften eingerichtet. Die Arbeitsgruppe hat im Januar und Mai 2003 erstmals getagt.

Als Basis für die Überlegungen der Arbeitsgruppe sollen die Ergebnisse einer Forschungsevaluation dienen. Diese Evaluation soll dazu dienen, die Bedeutung, die Leis-

tungen und die Möglichkeiten der hochschulmedizinischen Forschung offen zu legen und transparent darzustellen.

Die Forschungsevaluation der Medizin stellt wegen der komplexen Rahmenbedingungen und der Größe der Hochschulmedizin eine besondere Herausforderung dar. Die Durchführung des Verfahrens sollte daher auf fundierte Erfahrungen mit der Evaluation von Forschungsleistungen aufbauen können und besonders sorgfältig vorbereitet und geplant werden, um der besonderen Struktur der Hochschulmedizin gerecht werden zu können.

Die Arbeitsgruppe hat die Initiative des Landes, die Möglichkeit einer Forschungsevaluation der Hochschulmedizin prüfen zu lassen, begrüßt. Sie sprach sich dafür aus, eine Begutachtung zum jetzigen Zeitpunkt durchzuführen, da sowohl die Hochschulen wie auch das Land angesichts einer aktuellen Umbruchsituation und der ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen der Hochschulmedizin dringend eine Planungsgrundlage und strukturelle Empfehlungen benötigen.

Nach Empfehlung der Arbeitsgruppe soll die Begutachtung der Forschungsqualität im Vordergrund des Verfahrens stehen. Strukturelle Aspekte sollen jedoch als Rahmenbedingungen Berücksichtigung finden. Strukturempfehlungen können ausgesprochen werden, sofern sie sich aus der Begutachtung der Forschungsqualität ergeben und zur Verbesserung der Forschungsqualität beitragen können.

Wie in den bereits durchgeführten Verfahren der Wissenschaftlichen Kommission soll auch bei der Forschungsevaluation Medizin die Begutachtung und Beurteilung einer jeden Forschungseinheit erfolgen. Die Ergebnisse werden in einem offenen und deutlichen Abschlussbericht festgehalten werden.

Die Arbeitsgruppe wird die Forschungsevaluation der Medizin begleiten und auf Basis der Ergebnisse weitere Empfehlungen erarbeiten.

II.8 Stellungnahmen zu einzelnen Forschungsanträgen und Förderprogrammen

Neben den oben aufgeführten Begutachtungen und Empfehlungen hat die Wissenschaftliche Kommission eine Reihe weiterer Stellungnahmen zu Einzelmaßnahmen abgegeben.

(i) Innovationsoffensive

Vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Erklärung von Landesregierung und Landeshochschulkonferenz wurde im Jahr 1997 eine „Innovationsoffensive“ an den niedersächsischen Hochschulen gestartet. Hierbei handelt es sich um ein Maßnahmenpaket,

das primär die Finanzierung innovativer Forschungsvorhaben an Universitäten und Fachhochschulen sowie eine zukunftsorientierte Nachwuchsförderung ermöglichen soll.

Die Wissenschaftliche Kommission hat eine Reihe von Anträge der niedersächsischen Hochschulen im Rahmen der Innovationsoffensive begutachtet, sofern ein Finanzvolumen von 500 TDM überschritten wurde. In den Jahren 1998 und 1999 sind auf der Grundlage von empfehlenden Voten der Wissenschaftlichen Kommission 16 Vorhaben in die Landesförderung aufgenommen worden.

(ii) Niedersächsischer Forschungsverbund für Frauen-/Geschlechterforschung in Naturwissenschaften, Technik und Medizin

Für die Einrichtung und Finanzierung des „Niedersächsischen Forschungsverbunds für Frauen-/Geschlechterforschung in Naturwissenschaften, Technik und Medizin“ stellte das Land Niedersachsen von 1998-2002 Mittel in Höhe von 7,5 Mio. DM bereit. Vor einer Weiterführung des Programms hat das Niedersächsische Wissenschaftsministerium die Wissenschaftliche Kommission um eine Stellungnahme gebeten. Auf der Grundlage sowohl einer eingehenden Bewertung der in den einzelnen Projekten geleisteten Forschungsarbeiten als auch des Gesamtansatzes dieses Forschungsverbunds hat die Wissenschaftliche Kommission dem Land empfohlen, die Förderung nicht fortzuführen, sondern stattdessen alternative Programme für die Förderung junger Wissenschaftlerinnen zu entwickeln.

(iii) Arbeitsgruppe Multimedia

Die Arbeitsgruppe „Multimedia in Lehre, Studium und Weiterbildung an Hochschulen in Niedersachsen“ hatte zum Ziel, auf Basis der Überlegungen des von den Hochschulen initiierten „Strategischen Beraterkreises Multimedia“ (SBMM) ein Konzept für den zukünftigen Einsatz von Multimedia an niedersächsischen Hochschulen zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe hat im August 2001 erstmals getagt und ein Strategiepapier vorgelegt.

In diesem Strategiepapier wird empfohlen, Multimedia schwerpunktmäßig in der grundständigen Lehre einzusetzen, und zwar so, dass Maßnahmen zu Multimedia in sinnvoller Ergänzung zur klassischen Präsenzlehre ein zentraler Bestandteil von Studiengängen werden. Durch den Einsatz von Multimedia muss ein eindeutiger Mehrwert entstehen. Dabei sind hochschulübergreifende Kooperationen sinnvoll und notwendig. Darüber hinaus wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine landesweit einheitliche technische Basis für die Lehr-/Lernplattform zu schaffen.

Unter Berücksichtigung dieses Strategiepapiers hat der SBMM Ausschreibungstexte zur Verbesserung der Multimedia-Infrastruktur und für die sogenannten Netzpiloten im Rahmen des „eLearning Academic Network Niedersachsen“ (ELAN) formuliert. Die Ar-

beitsgruppe Multimedia war für die Begutachtung der vorgelegten ELAN-Pilot-Projektanträge verantwortlich, für die in der ersten Antragsrunde ca. 10 Mio. Euro zur Verfügung standen.

(iv) Kompetenzzentren

Mit der Einrichtung von Kompetenzzentren an Hochschulen beabsichtigt das Land Niedersachsen, den Wissens- und Technologietransfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft in einzelnen Fachgebieten zu intensivieren. Vor einer Förderentscheidung hat das Ministerium für Wissenschaft und Kultur die Wissenschaftliche Kommission um Stellungnahmen zu einer Reihe von Förderanträgen gebeten. Diese Anträge wurden Fachexperten für gutachterliche Stellungnahmen zugeleitet und anschließend in der Wissenschaftlichen Kommission erörtert. In den vergangenen Jahren hat die Wissenschaftliche Kommission Empfehlungen zu insgesamt fünf Anträgen auf Einrichtung und Förderung von Kompetenzzentren vorrangig aus technischen und naturwissenschaftlichen Fachrichtungen gegeben.

(v) Andere institutionelle Förderungen und Einzelprojekte

Empfehlungen zur Fortentwicklung der Struktur des niedersächsischen Hochschul- und Forschungssystems gehören zu den zentralen Aufgaben der Wissenschaftlichen Kommission. So hat sie in den letzten Jahren eine Reihe von Anträgen auf Einrichtung oder Weiterführung von Instituten wie etwa dem Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit (IKFN) in Osnabrück, dem Learning Lab Lower Saxony (L3S) in Hannover, dem European Law Institute in Osnabrück oder dem Centrum für Bildungs- und Unterrichtsforschung (CeBU) in Hildesheim beraten. Darüber hinaus hat sie sich auch mit einer Reihe von weiteren Forschungsprojekten befasst, die für eine Förderung beim Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur eingereicht wurden.

Teil III: Zusammenfassungen der Berichte aus den Forschungsevaluationsverfahren

Die nachfolgenden Zusammenfassungen geben einen Überblick über Rahmenbedingungen und Ergebnisse der einzelnen Forschungsevaluationsverfahren. Die ausführlichen Berichte sind jeweils über die Internet-Seite der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen unter der Adresse <http://www.wk.niedersachsen.de> abrufbar. Die Zusammenfassungen reflektieren den status quo zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Evaluationsberichte. Sie spiegeln nicht die vielfältigen Umsetzungsaktivitäten, die im Zusammenspiel der Hochschulen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur im Nachgang der Verfahren unternommen worden sind.

III.1 Naturwissenschaftliche Fächer

III.1.1 Chemie

Die Forschung im Fach Chemie an den niedersächsischen Hochschulen wurde im Oktober 1999 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Frau Prof. Dr. Sigrid Peyerimhoff begutachtet. Die Evaluation der Forschung folgte einem Verfahren zur Lehrevaluation, das im Herbst 1996 durchgeführt worden war.

An der Forschungsevaluation waren die Technischen Universitäten Braunschweig und Clausthal, die Universitäten Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück sowie die biochemisch arbeitenden Institute der Medizinischen Hochschule Hannover und der Tierärztlichen Hochschule Hannover beteiligt.

Der Abschlussbericht wurde im März 2000 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Gutachter bescheinigen der Chemie in Niedersachsen insgesamt einen hohen Standard. An einigen Standorten, insbesondere in Göttingen, weist die Chemie internationale Spitzenforschung auf. In Göttingen findet sich die Forschung höchsten Ranges im Fach Chemie in Niedersachsen, hier gibt es keine Arbeitsgruppe, die nur schwache Leistungen am unteren Ende der Skala hervorbringt. An den anderen Standorten findet sich die gesamte Bandbreite von exzellenten Arbeitsgruppen bis hin zu nur schwachen For-

schungsleistungen. Dabei gibt es an den großen Universitäten Anhaltspunkte dafür, dass schwache Forschungsleistungen vor allem durch die administrative Einbindung von Arbeitsgruppen aus anderen Fachbereichen und durch Überleitungsverfahren an Stelle von Berufungen verursacht werden. Es wird dringend empfohlen, diese Praxis zukünftig nicht mehr zu üben; bei Neubesetzungen muss vorrangig die Qualität der Bewerber ausschlaggebend sein. Die Forschungsleistungen der kleineren Standorte liegen im guten Mittelfeld. Hier ist jedoch auch zu beachten, dass die Leistungen an diesen Hochschulen zum Teil unter ungünstigeren Bedingungen als an den großen Universitäten vollbracht werden mussten.

Die drei Grundlagenfächer Anorganische Chemie, Organische Chemie und Physikalische Chemie sind an allen Standorten gut vertreten. Die Gutachter sind jedoch der Ansicht, dass die Theoretische Chemie in Niedersachsen im Vergleich zu Universitäten anderer Bundesländer unterrepräsentiert ist, und empfehlen eine Stärkung dieses Teilfachs. Darüber hinaus äußern sie die Besorgnis, dass die Forschung auf dem Gebiet der Makromolekularen Chemie zukünftig gefährdet sein könnte, und empfehlen nachdrücklich, diese in geeigneter Form zu erhalten.

Die anstehenden Neubesetzungen im Fach Chemie geben den Fachbereichen Gestaltungsspielräume, die zur Konkretisierung der an vielen Standorten bereits vorliegenden Konzepte zur Schwerpunktsetzung genutzt werden sollten. Die Gutachter geben daher für die bis 2007 anstehenden Neubesetzungen von Professuren konkrete Empfehlungen, weisen jedoch nachdrücklich darauf hin, dass der Profildisziplin die Qualität der Forschung keinesfalls geopfert werden darf. Es wird dem Land Niedersachsen empfohlen, Exzellenz zu erhalten und zu fördern, indem frei werdende Stellen stets mit hervorragenden Kandidaten besetzt werden. Eine zweitrangige Besetzung zugunsten eines Forschungsprofils würde jeden Standort langfristig schwächen.

Die Forschungsschwerpunkte der einzelnen Standorte sind unterschiedlich gut entwickelt. Insgesamt hat man den Eindruck, dass sich das Fach Chemie mit der Ausbildung eines Forschungsprofils etwas schwer tut, vor allem wenn es um übergreifende Schwerpunkte zwischen den verschiedenen Fachrichtungen der Chemie geht. Das Forschungsspektrum ist fast immer breit angelegt, die Institute sind an den „traditionellen“ Universitäten unabhängig, kooperieren wenig miteinander und verfolgen jeweils eigene Zielsetzungen. Trotzdem sind punktuell Schwerpunkte etabliert bzw. befinden sich in der Entwicklung.

Einige Forschungsschwerpunkte in Niedersachsen sind besonders hervorzuheben. Dazu gehört ein überregionaler Schwerpunkt auf dem Gebiet des intrazellulären vesikulären Transports in der Biochemie. Zu erwähnen ist auch das Institut für Chemie und Biologie des Meeres (ICBM) in Oldenburg, das wahrhaft fächerübergreifende Forschung leistet,

international sichtbar ist und in jeder Hinsicht Modellcharakter hat. Zusammen mit weiteren Forschungsaktivitäten in Braunschweig und Hannover ergibt sich ein niedersächsischer Schwerpunkt in der Meeresforschung. Für die Zukunft sind auch im Rahmen des Göttinger Zentrums für Molekulare Biowissenschaften (GZMB) vielversprechende Schwerpunktsetzungen zu erwarten.

Die Standorte

Technische Universität Braunschweig

In Braunschweig finden sich vorrangig in der Anorganischen und Organischen Chemie Arbeitsgruppen auf einem international sehr hohen Niveau. In der Physikalischen Chemie und in der Technischen Chemie wurden drei Professuren vor wenigen Jahren neu besetzt, so dass sich diese Arbeitsgruppen noch im Aufbau befinden. Die Chemie in Braunschweig strebt an, die Forschungsgebiete auf die Schwerpunkte „Nachhaltigkeit in der Chemie“ und „Komplexe Reaktionssysteme“ zu fokussieren. Diese Profilbildung ist empfehlenswert, doch müssen die Konzepte weiterentwickelt und die Einbindung der Arbeitsgruppen verbessert werden.

Technische Universität Clausthal

Die Chemie in Clausthal weist insgesamt solide, allerdings noch nicht international hervorragende, wissenschaftliche Leistungen auf und überzeugt durch besonders engagierte Mitarbeiter, die - verglichen mit denen vieler der größeren Fachbereiche - einen ungewöhnlich regen und intensiven Austausch untereinander pflegen. Die Gutachter plädierten daher nachdrücklich für den Erhalt der Chemie in Clausthal, merken jedoch kritisch an, dass das Forschungsspektrum für das vorhandene Personal insgesamt zu breit angelegt ist. Eine Fokussierung der Forschungsrichtungen auf die besonderen Stärken (z.B. Polymerchemie, Technische Umweltchemie oder Wirtschaftschemie), die der Chemie in Clausthal ein eigenes, unverwechselbares Profil geben könnten, wird dringend empfohlen.

Universität Göttingen - Fakultät für Chemie

Die wissenschaftliche Qualität der Göttinger Chemie ist erstklassig. An keiner anderen niedersächsischen universitären Einrichtung der Chemie findet sich eine vergleichbare Konzentration von international anerkannten und führenden Wissenschaftlern. Der Schwerpunkt in der Naturstoffchemie sollte unbedingt erhalten bleiben. In der Theoretischen Chemie wäre eine personelle Verstärkung empfehlenswert. Positiv wird von den Gutachtern auch die Etablierung des Lehrstuhls für Biochemie gesehen, der einerseits in der Organik angesiedelt ist, andererseits aber eine Zusammenarbeit mit der Medizin und der Biologie ermöglicht.

Universität Göttingen - Biochemie an der Medizinischen Fakultät

Im Zentrum Biochemie finden sich international anerkannte und führende Wissenschaftler. Es ist mit seinen Forschungsschwerpunkten ein wichtiger Bestandteil eines sich abzeichnenden überregionalen Schwerpunktes auf dem Gebiet des intrazellulären vesikulären Transports. Die Gutachter heben die Bedeutung der interdisziplinären Zusammenarbeit der Biochemie im Göttinger Zentrum für Molekulare Biowissenschaften (GZMB) hervor. Sie betonen nachdrücklich, dass der Erfolg des Zentrums wesentlich davon abhängig sein wird, ob alle beteiligten Einrichtungen einen angemessenen Beitrag leisten werden.

Universität Hannover

Im Fachbereich Chemie haben sich die beiden Forschungsschwerpunkte „Festkörperchemie/Neue Materialien“ und „Naturstoffchemie/Naturstofftechnologie“ herausgebildet. Beide Schwerpunkte sind gut vertreten und bereits mit Leben gefüllt. Für die Zukunft wird es wichtig sein, die hohe Qualität der Organischen Chemie zu erhalten und gleichzeitig die Existenz der Forschung in der Makromolekularen Chemie nicht zu gefährden. Die Lebensmittelwissenschaften, die am Fachbereich Chemie angesiedelt sind, wurden in diesem Verfahren nicht bewertet.

Medizinische Hochschule Hannover

Das Zentrum Biochemie der MHH befindet sich zur Zeit in einer sehr schwierigen Umbruchsituation. Die Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf dem Gebiet des intrazellulären vesikulären Proteintransports. Zusammen mit Arbeitsgruppen an der Tierärztlichen Hochschule Hannover und der Medizinischen Fakultät in Göttingen zeichnet sich ein einzigartiger überregionaler Schwerpunkt auf diesem Gebiet ab.

Tierärztliche Hochschule Hannover

Das Institut für Physiologische Chemie an der Tierärztlichen Hochschule leistet zum großen Teil gute bis international anerkannte Forschung und fügt sich in seiner Ausrichtung gut in den überregionalen Schwerpunkt zum intrazellulären vesikulären Transport ein. Die Tierärztliche Hochschule verfügt nach Einschätzung der Gutachter über ein enormes Potenzial an wissenschaftlichen Fragestellungen, das noch nicht genügend erkannt bzw. in wissenschaftliche Forschung umgesetzt ist. So sollte sich die Forschung in der Physiologischen Chemie zukünftig vermehrt der vorhandenen spezifischen Tiermodelle bedienen.

Universität Oldenburg

Die Chemie in Oldenburg weist an einigen Stellen besonders gute Arbeitsgruppen auf. So haben die wissenschaftlichen Arbeiten in der Anorganischen Chemie ein hohes Niveau und finden auch auf internationaler Ebene entsprechende Anerkennung. Hervorzuheben sind auch die Geochemie, die Didaktik der Chemie und Teile der Technischen Chemie. Die angestrebte Profilbildung auf dem Gebiet der „Nachhaltigen Entwicklung“ muss noch ausgearbeitet werden. Den Gutachtern erscheint auch eine Schwerpunktsetzung auf dem Gebiet der „Katalyse“ naheliegend. Unbedingt hervorzuheben ist die interdisziplinäre Arbeit am ICBM. Dieses Institut verdient jede Unterstützung.

Universität Osnabrück

Die Gutachter bewerten die Chemie in Osnabrück insgesamt als „klein, aber fein“. Das integrative Konzept zu den Naturwissenschaften in Osnabrück wird nachdrücklich unterstützt. Dabei ist jedoch unbedingt darauf zu achten, dass die Eigenständigkeit der Chemie erhalten bleibt.

III.1.2 Biologie

Die Forschung im Fach Biologie an niedersächsischen Hochschulen wurde im Juni 2000 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Gerhard Neuweiler begutachtet. Diese Forschungsevaluation folgte einer Evaluation der Lehre im Herbst 1999.

An dem Verfahren waren die Technische Universität Braunschweig, die Universitäten Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück sowie die Tierärztliche Hochschule Hannover beteiligt.

Der Abschlussbericht wurde im März 2001 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Gutachter haben an den Hochschulen Niedersachsens zum Teil hervorragende und international anerkannte Forschungsleistungen im Fach Biologie vorgefunden. Vor allem der Universität Osnabrück und der Technischen Universität Braunschweig ist es gelungen, durch eine gute Berufungspolitik und sorgfältige Schwerpunktsetzung eine erstklassige Forschungsqualität herauszuarbeiten. In Osnabrück genießen die Arbeiten auf dem Gebiet der Membranphysiologie weltweit hohes Ansehen, während in Braunschweig in der Entwicklungsbiologie und in der molekularen Zellbiologie besonders gute Forschungsleistungen erbracht werden.

Allerdings wurden durch die Begutachtung auch Schwachpunkte in der biologischen Forschung in Niedersachsen deutlich. So wurden Arbeiten, die eher den Charakter von Serviceleistungen und Entwicklungsarbeiten haben, zurückhaltend bewertet, auch wenn diese solide und sorgfältig durchgeführt waren. Vor allem in den verschiedenen Bereichen der organismischen Biologie konnten vielfach nur schwache Forschungsleistungen festgestellt werden. Die Gutachter weisen jedoch nachdrücklich darauf hin, dass diese negative Beurteilung nicht die Einschätzung der Fachrichtung, sondern ausschließlich die Qualität der Forschung betrifft. Sie sprechen sich für den Erhalt der organismischen Biologie aus, mahnen jedoch, die Qualität der Forschung deutlich zu verbessern. Forschung im Fach Biologie darf nicht rein deskriptiv sein, sondern muss sich als eine von Hypothesen geleitete Forschung verstehen, die kausale Zusammenhänge sucht, innovativ und originell ist. Wichtig ist, dass die Ergebnisse in erstklassigen und international wahrgenommenen peer-review Journalen publiziert werden.

Die Gutachter haben auf das große Potenzial hingewiesen, das an einigen Standorten durch Kooperationsmöglichkeiten mit außeruniversitären Einrichtungen gegeben ist. Sie regen an, dieses Potenzial noch besser zu nutzen und die Zusammenarbeit mit diesen Einrichtungen so weit wie möglich auszubauen.

Insgesamt konnte festgestellt werden, dass die Forschungsleistungen an vielen Standorten durch eine gute Berufungspolitik eine deutliche Verbesserung erfahren haben. Die Gutachter betonen daher die Bedeutung, u.a. durch eine gute Ausstattung erstklassige Kandidaten für die zahlreichen in den nächsten Jahren anstehenden Neubesetzungen zu gewinnen. Dadurch können zukünftig Schwerpunkte ausgestaltet und eine nachhaltige Anhebung der Forschungsqualität erreicht werden.

Die Standorte

Technische Universität Braunschweig

Die Biologie in Braunschweig weist eine erfreuliche Zahl hervorragender Abteilungen auf, die in ihren Arbeitsgebieten ein hohes internationales Renommee haben und zum Teil als international führend gelten können. Als besonders leistungsfähige Schwerpunkte haben sich die Entwicklungsbiologie und die molekulare Zellbiologie herauskristallisiert. Die Gutachter sind zuversichtlich, dass mit einer Fortführung der bisher so gelungenen Berufungspolitik die Exzellenz der Biologie in Braunschweig und ihre führende Stellung weiter ausgebaut werden können. Ein Standortvorteil für Braunschweig ist die Kooperationsmöglichkeit mit der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF), die mustergültig und beispielhaft genutzt wird.

Universität Göttingen

An der Biologischen Fakultät der Universität Göttingen überzeugen vor allem die Bereiche der Mikrobiologie und der Pflanzenwissenschaften. Hervorzuheben ist das Göttinger Umfeld, das mit den außeruniversitären Einrichtungen und der Medizinischen Fakultät ausgezeichnete Kooperationsmöglichkeiten in der biologischen Grundlagenforschung bietet. Diese werden im Rahmen des Göttinger Zentrums für Molekulare Biowissenschaften (GZMB) zum Teil auch sehr gut genutzt. Neben dem GZMB erweckt auch das „European Neuroscience Institute“ (ENI) große Hoffnungen für die Entwicklung eines leistungsfähigen Schwerpunktes. Die Gutachter empfehlen Teilen der Biologischen Fakultät, insbesondere der Zoologie, diese Kooperationsmöglichkeiten noch intensiver zu nutzen und eine Schwerpunktsetzung anzustreben, mit der eine Einbindung in die bestehenden Zentren möglich wird.

Hannover: Universität und Tierärztliche Hochschule

Die Studiengänge zur Biologie werden in Hannover in der „Lehreinheit Biologie“ gemeinsam von der Universität und der Tierärztlichen Hochschule unter Beteiligung der Medizinischen Hochschule Hannover angeboten. Dadurch war es möglich, die Bereiche der „grünen Biologie“ auf die Universität und die der „roten Biologie“ auf die Tierärztliche Hochschule zu konzentrieren. Die Gutachter sehen die Trennung der Bereiche Botanik und Zoologie am Standort Hannover jedoch kritisch und regen an, sie wieder zusammen zu führen. Dazu soll eine externe Strukturkommission eingesetzt werden, die die Realisierbarkeit dieser Idee prüft und konkrete Vorschläge für eine Umsetzung erarbeitet.

Universität Hannover

In der Biologie an der Universität Hannover finden einige Arbeitsgruppen zwar eine gute Anerkennung, doch werden hier vorrangig Aspekte von regionaler Relevanz erarbeitet und entsprechend publiziert. Die Gutachter regen daher an, soweit wie möglich zu versuchen, die regional orientierte Forschung in einen überregionalen Kontext zu stellen und die Ergebnisse in internationalen Zeitschriften zu publizieren. Die Gutachter begrüßen die Planung, die biotechnologisch ausgerichteten Arbeitsgruppen aus verschiedenen Fachrichtungen zusammenzuführen und so eine innovative „grüne“ Biotechnologie zu einem Schwerpunkt auszugestalten.

Tierärztliche Hochschule Hannover

Die in der biologischen Forschung tätigen Arbeitsgruppen der Tierärztlichen Hochschule Hannover weisen trotz einer hohen Lehrbelastung oft gute Forschungsleistungen auf, doch vermissen die Gutachter eine kohärente Strukturplanung und Profilbildung. Sie

empfehlen der Hochschule daher dringend, im Rahmen eines bindenden Strukturkonzepts sichtbare Schwerpunkte um „Gravitationszentren“ von besonders leistungsfähiger Forschung zu setzen. Für eine Profilbildung der Hochschule bietet sich auch an, die an einer veterinärmedizinischen Einrichtung vorhandenen Krankheitsmodelle für die biologische Forschung zu nutzen. Die Gutachter empfehlen, das bestehende Potenzial auf dem Gebiet der Infektionsforschung zu bündeln, einen zentralen Koordinator zu bestimmen und Quervernetzungen zu schaffen.

Universität Oldenburg

Die Gutachter halten es für notwendig, die Qualität der Forschung im Fachbereich Biologie der Universität Oldenburg in Zukunft durch die anstehenden Neubesetzungen zu verbessern. Hier müssen, u.a. auch durch eine gute Ausstattung, alle Anstrengungen unternommen werden, um hochqualifizierte Kandidaten zu gewinnen. Für die zukünftige Profilbildung wird eine Schwerpunktsetzung in den Bereichen Neuro- und Entwicklungsbiologie, organismisch-ökologische Biologie und Mikrobiologie vorgeschlagen. Hervorzuheben ist in Oldenburg das „Institut für Chemie und Biologie des Meeres“ (ICBM), das ein sehr erfolgreiches Konzept zur interdisziplinären Meeresforschung darstellt und nach Einschätzung der Gutachter jede Unterstützung verdient.

Universität Osnabrück

Die Biologie an der Universität Osnabrück ist hervorragend. Die Mehrzahl der Arbeitsgruppen betreibt eine international sichtbare und anerkannte Forschung. Der herausragende Forschungsschwerpunkt ist die Membranphysiologie. Die Gutachter empfehlen nachdrücklich, diesen erfolgreichen Schwerpunkt weiter auszubauen und zu fördern. Neben diesem Membranschwerpunkt hat die Universität Osnabrück außerdem auch eine moderne und zukunftsweisende organismische Biologie aufzuweisen, die mit einer besonders hohen Lehrbelastung konfrontiert ist und daher, wenn eben möglich, personell verstärkt werden sollte.

III.1.3 Physik

Die Forschung im Fach Physik an niedersächsischen Universitäten wurde im Februar und März 2002 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Hilbert von Löhneysen begutachtet. Die Evaluation der Forschung folgte einem Verfahren zur Lehr-evaluation, das Ende 2000 durchgeführt worden war.

An der Forschungsevaluation waren die Technischen Universitäten Braunschweig und Clausthal sowie die Universitäten Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück beteiligt.

Der Abschlussbericht wurde im Oktober 2002 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Physik ist in Niedersachsen an sechs Standorten vertreten, die aus ihrer Vergangenheit und Tradition als Landesuniversität (Göttingen), als technisch-orientierte Lehranstalten (Hannover, Braunschweig, Clausthal) oder als Neugründungen in der Phase der Bildungsexpansion (Oldenburg, Osnabrück) unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen. Jedem der Standorte ist es dennoch gelungen, ein der personellen Ausstattung entsprechendes, eigenes Profil zu entwickeln. Als Grundlagenfach ist die Physik an allen universitären Standorten auch für die Zukunft unverzichtbar. Dabei sollte an der Verteilung von großen Standorten, die ein breites Spektrum der Physik abdecken können, sowie kleineren Standorten, die jeweils eine stärkere Spezialisierung auf Schwerpunktthemen vorweisen, im Wesentlichen festgehalten werden.

Den Schwerpunkt der Forschungsaktivitäten bildet der Bereich Festkörperphysik, der an allen Standorten gut repräsentiert ist und sich insgesamt durch eine gute internationale Konkurrenzfähigkeit auszeichnet. Eine besondere Stärke hat Niedersachsen in Hannover im Bereich der Quantenoptik einschließlich ihrer Anwendungen für die Gravitationsforschung zu verzeichnen. Herausragende Forschungsergebnisse hat auch die Röntgenphysik in Göttingen mit den Entwicklungen zur Röntgenmikroskopie hervorgebracht. Angesichts der personellen Umbruchsituation in diesem Bereich sollte mit großer Priorität eine Weiterführung dieser Forschungsarbeiten sichergestellt werden. Starke und international beachtete Forschungsaktivitäten finden sich auch im Bereich der Geophysik, u.a. in Braunschweig zur Physik des interplanetaren Raums. Verknüpfungspunkte zur Biomedizinischen Forschung finden sich in Hannover mit Anwendungen von Lasern in der Medizin, mit der Hörforschung in Oldenburg sowie mit der Biophysik in Göttingen. Göttingen bietet aufgrund seines wissenschaftlichen Umfelds beste Bedingungen für die Biophysik, die allerdings stärker genutzt werden sollten.

Aktivitäten zur Didaktik finden sich an einer Reihe von Fachbereichen (Osnabrück, Oldenburg, Clausthal), oft gemeinsam mit Aktivitäten zur Geschichte der Physik. Die Gutachter empfehlen, die Didaktik an einigen Standorten als eigenen Schwerpunkt auch personell zu stärken. Allerdings müsste sich die Didaktik unbedingt von ihrer traditionellen Nähe zur Geschichte der Physik lösen und vielmehr die Vermittlung aktueller Er-

gebnisse der Physik und die zentrale Rolle physikalischer Konzepte in der modernen Welt in den Mittelpunkt rücken.

Eine der großen Herausforderungen für das Fach angesichts der Bedeutung der Physik als Motor wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen bildet die auch bundesweit und international angespannte Nachwuchslage, durch die es schwieriger wird, für alle universitären Forschungsprojekte genügend Doktoranden und Postdoktoranden zu gewinnen. Das nachlassende Interesse an den Naturwissenschaften stellt eine gesellschaftliche Herausforderung an die moderne Industriegesellschaft dar, die sicherlich in größerem Kontext angegangen werden muss, zu deren Bewältigung aber auch die Fachvertreter ihren Beitrag leisten müssen. Dazu sollten sowohl bei der nachfolgenden Generation in den Schulen verstärkt geworben werden (hier sind an einigen Standorten überaus interessante Ansätze entwickelt worden) als auch im überregionalen und internationalen Wettbewerb um gute Nachwuchskräfte entsprechende Strategien entwickelt werden.

Eine zunehmende Bedeutung wird dem internationalen Wettbewerb um Doktoranden zukommen. Mit der Einführung kompatibler Studienabschlüsse werden sich Studierende bereits während der Master-Phase international orientieren. In dieser frühen Phase werden für Studierende insbesondere die Standorte attraktiv sein, die ein breites Forschungsspektrum bieten, wie etwa Göttingen mit der soeben gegründeten „Graduate School of Physics“ oder auch Hannover. Daher sollten die großen Standorte auf keinen Fall zugunsten der kleineren Standorte geschwächt werden. Kleinere Standorte werden eher im Wettbewerb um diejenigen Doktoranden Chancen haben, die sich nach der Master-Phase bereits auf ein engeres Fachgebiet festgelegt haben und sich nun einer attraktiven Arbeitsgruppe an entsprechenden Forschungsschwerpunkten anschließen wollen. Dabei ist es positiv zu bewerten, dass an allen sechs Standorten Gruppen mit anerkanntem internationalen Renommee vorhanden sind, wenn auch in unterschiedlicher Anzahl.

Ein besonderer Ausweis für die Aktualität und Qualität der Forschungsarbeiten ist auch die Einwerbung von Drittmitteln, insbesondere über die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Das beträchtliche Drittmittelaufkommen steht in manchen Fachbereichen, z. B. in Oldenburg und Osnabrück, in einem Missverhältnis zu den sehr knappen Zuweisungen für Lehrmittel.

In Göttingen, aber auch an den anderen Standorten, sollten die Überlegungen in Richtung auf neue Organisationsstrukturen der Fachbereiche vorangetrieben werden, mit denen eine Steigerung der Effizienz und eine Einsparung von Ressourcen erreicht werden kann. Dabei ist die räumliche Zusammenlegung von Instituten oft ein wichtiger Schritt zu besserer Kommunikation und Kooperation, der seitens des Landes durch Bereitstellung entsprechender Mittel ermöglicht werden sollte.

Die Standorte

Technische Universität Braunschweig

Der Fachbereich betreibt Forschung auf einem insgesamt guten Niveau. Die Arbeiten finden national und zum Teil auch international Anerkennung, in der Geophysik sind sie als international führend einzuschätzen. Nachdem in den letzten Jahren der Generationswechsel bei den C4-Professuren und größtenteils auch bei den C3-Professuren erfolgreich bewältigt wurde, sollte nun ein engerer Zusammenschluss und eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb des Fachbereichs vorangetrieben werden, um die Leistungsfähigkeit weiter zu erhöhen.

Die Gutachter empfehlen, die derzeitige Untergliederung des Fachbereichs in sechs Institute zu überdenken und eine Zusammenführung in lediglich drei größere Institute (Experimentelle Physik, Theoretische Physik, Geophysik) zu prüfen. Dadurch könnte die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgruppen gefördert und die Zuordnung der personellen und technischen Ressourcen zu den einzelnen Arbeitsgruppen bedarfsgerechter und flexibler gestaltet werden. Auch ein stärkerer inhaltlicher Zusammenschluss der einzelnen Arbeitsgruppen um ein gemeinsames Thema, das zur Gründung einer Forschergruppe oder einer SFB-Initiative führen könnte, wird von den Gutachtern nachdrücklich unterstützt.

Technische Universität Clausthal

Die Institute der Physik des Fachbereichs Physik, Metallurgie und Werkstoffkunde haben in den vergangenen Jahren mit gelungenen Neuberufungen von vier der derzeit sechs Professoren eine erfolgreiche Umstrukturierung erreicht und sich ein neues Profil in der anwendungsnahen physikalischen Forschung gegeben. Bei der geringen personellen Stärke der Physik in Clausthal hat sich eine kleine, aber doch leistungsfähige und gut abgestimmte Gruppe von Professoren zusammengefunden, die vielversprechende Forschungsarbeiten erwarten lässt. Nach der noch ausstehenden Berufung des sechsten Fachkollegen sollte zunächst eine Konsolidierung angestrebt werden, um die begonnenen Arbeiten zu verstetigen. Dabei sollten Pläne für etwaige neue Studiengänge zunächst zurückgestellt werden.

Universität Göttingen

In der Fakultät für Physik wird vor dem Hintergrund ihrer großen Tradition auch heute Forschung auf sehr hohem und höchstem Niveau mit internationaler Ausstrahlung betrieben. Doch auch hier ist es notwendig, das Forschungsprofil kontinuierlich zu erneuern, die internen Organisationsstrukturen anzupassen, ausscheidende Leistungsträger in der Forschung durch jüngere Nachwuchswissenschaftler zu ersetzen und diese langfris-

tig an den Standort zu binden. Dabei kann der Fachbereich neben seiner eigenen Stärke auch vom hohen Ansehen benachbarter naturwissenschaftlicher Fakultäten und Forschungseinrichtungen profitieren.

Der bevorstehende Umzug der Institute in ein neues, gemeinsames Gebäude im Jahre 2003 auf dem naturwissenschaftlichen Campus im Nordbereich der Universität sollte von der Fakultät als Chance genutzt werden, die Organisationsstrukturen und Kooperationsbeziehungen sowohl innerhalb der Fakultät als auch nach außen zu modernisieren und dabei die bisherigen monolithischen Institutsstrukturen etwa im Sinne einer Departmentstruktur aufzubrechen. Dabei sollte u.a. durch eine flexiblere Zuordnung von Lehraufgaben und Personalressourcen eine gleichmäßigere Lehrbelastung der Institute und Hochschullehrer erreicht werden.

Angesichts der starken Dominanz der Festkörperphysik im Forschungsspektrum der Fakultät sollten die anstehenden Neuberufungen zur Aufnahme weiterer aktueller alternativer Forschungsrichtungen neben der Festkörperphysik genutzt werden.

Die Fakultät sollte dafür Sorge tragen, dass auch nach dem Ausscheiden des bisherigen Leiters des Instituts für Röntgenphysik die weltweit führende Stellung in der Röntgenmikroskopie nicht verloren geht. Hierzu müssten eventuell auch zusätzliche Personalressourcen von Fakultät oder Universität zur Verfügung gestellt werden.

Die Fakultät sollte in Zukunft die herausragenden interdisziplinären Kooperationsmöglichkeiten vor Ort noch besser nutzen, beispielweise mit dem neu gegründeten Göttinger Zentrum für molekulare Biowissenschaften (GZMB).

Die Gutachter haben mit großem Interesse die im Rahmen des Schülerlabor XLAB geplanten Aktivitäten zur Kenntnis genommen, die einen interessanten Ansatz darstellen, um sowohl das Interesse der Schüler an moderner Physik zu verstärken als auch neue didaktische Konzepte zur Vermittlung naturwissenschaftlicher Inhalte zu erproben.

Universität Hannover

Der Fachbereich Physik an der Universität Hannover hat sich insgesamt eine sehr starke Position erarbeitet. Mit den Gebieten Atomoptik, Quantenoptik und Gravitationsforschung sowie der Festkörperphysik hat sich der Fachbereich attraktive und wichtige Schwerpunkte gesetzt. In den letzten Jahren wurden die Aktivitäten der einzelnen Arbeitsgruppen erfolgreich auf diese Themenfelder fokussiert. Die Forschungsarbeiten werden zumeist auf einem hohen Niveau durchgeführt.

Mit dem im Aufbau befindlichen Laboratorium für Nano- und Quantenengineering (LQNE) bietet sich dem Fachbereich eine hervorragende Keimzelle, um die Forschungs-

arbeiten innerhalb und außerhalb des Fachbereichs auf einem aktuellen Arbeitsgebiet zusätzlich zu vernetzen.

Das Zentrum für Strahlenschutz und Radioökologie erfüllt auch landesweit eine wichtige Servicefunktion. Für das als An-Institut der Universität mit dem Fachbereich verbundene Institut für Solarenergieforschung Hameln (ISFH) sollte eine engere Einbindung und Verzahnung angestrebt werden.

Geräteerneuerungen sollten nicht nur im Rahmen von Berufungsverhandlungen vereinbart, sondern auch für schon länger vor Ort befindliche Arbeitsgruppen ermöglicht werden. Um bei Neuberufungen einen raschen Beginn der Forschungsarbeiten zu erleichtern, sollten zusätzliche Mitarbeiterstellen zeitlich befristet bereitgestellt werden. Insgesamt sind die Professuren des Fachbereichs oft nur unzureichend mit Assistentenstellen ausgestattet.

Auf mittlere Sicht sollte eine räumliche Zusammenführung der bisher auf mehrere Gebäude verstreuten Institute erreicht werden. Um auch weiterhin eine effektive Leitung des Fachbereichs zu ermöglichen, sollte die Stelle des Fachbereichsgeschäftsführers auch in Zukunft unbedingt erhalten bleiben.

Universität Oldenburg

Die in Einzelbereichen hoch anerkannten Forschungsaktivitäten des Fachbereichs Physik an der Universität Oldenburg untergliedern sich in die drei Hauptrichtungen Materialwissenschaften, Lebenswissenschaften und Fluidodynamik. Diese Forschungsrichtungen sind jedoch angesichts der geringen personellen Stärke des Fachbereichs sehr breit, so dass weiterhin nach Möglichkeiten engerer Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgruppen gesucht werden sollte. Dennoch ist es gelungen, mit den Aktivitäten in der Hörforschung einen eigenen Akzent zu setzen und in der Meeresphysik einen sinnvollen regionalen Bezug zu finden.

Völlig unzureichend erscheint die Ausstattung des Fachbereichs mit Lehrmitteln. Bei der Vielzahl von Studiengängen trägt der Fachbereich und darin einzelne Arbeitsgruppen eine unverhältnismäßig hohe Lehrbelastung, die Kapazitäten bindet, die dann für die Forschung fehlen.

Anerkennenswert ist das Engagement des Fachbereichs in der Öffentlichkeitsarbeit und der Didaktik. Dabei wäre ein Ausbau der Didaktik zu einem eigenen Schwerpunkt in Oldenburg aus fachlicher Sicht sicherlich sinnvoll, wird aber zusätzliche Ressourcen erfordern.

Universität Osnabrück

Der Fachbereich Physik leistet in der Forschung gute und zum Teil sehr gute Arbeit und hat mit seinen bisherigen Schwerpunkten in der Materialwissenschaft und der Umweltphysik aktuelle Forschungsgebiete gefunden. Der langjährige Sonderforschungsbereich 225 hat dem Bereich Materialwissenschaften auch internationale Anerkennung eingetragen. Allerdings steht mit dem bevorstehenden altersbedingten Ausscheiden einiger Leistungsträger am Fachbereich ein gewisser Einschnitt bevor.

Der Bereich Umweltphysik steht mit dem vorliegenden auswärtigen Ruf an den Lehrstuhlinhaber an einem Scheideweg. Falls es nicht gelingen sollte, die Umweltphysik in Osnabrück als einen Schwerpunkt zu erhalten, böte es sich an, etwa die Aktivitäten zu lokalen Sonden oder Nanostrukturen entsprechend zu verstärken.

Als absolut unzureichend schätzen die Gutachter die Ausstattung des Fachbereichs mit Sachmitteln von Seiten der Universität bzw. des Landes ein. Es besteht ein augenfälliges Missverhältnis zwischen dem Erfolg des Fachbereichs bei der Einwerbung von Drittmitteln und der landesseitigen Ausstattung des Fachbereichs. Hier ist möglicherweise eine Neuordnung der Ressourcenverteilung auf Landesebene erforderlich.

III.2 Ingenieurwissenschaftliche Fächer

III.2.1 Bauingenieurwesen und Architektur

Die Forschung in den Fächern Bauingenieurwesen und Architektur an Niedersächsischen Universitäten wurde im Oktober 2000 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr.-Ing. Stavros Savidis begutachtet. Die Forschungsevaluation erfolgte im Anschluss an eine Evaluation der Lehre, die in getrennten Verfahren in den Jahren 1997 (Bauingenieurwesen) und 1998 (Architektur) durchgeführt worden war.

An dem Verfahren waren die Technische Universität Braunschweig (Fachbereiche Bauingenieurwesen sowie Architektur) und die Universität Hannover (Fachbereiche Bauingenieurwesen und Vermessungswesen sowie Architektur) beteiligt.

Der Abschlussbericht wurde im Oktober 2001 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Gutachter haben die Fachbereiche Architektur und Bauingenieurwesen aufgefordert, stärker als bisher die sich durch eine engere Zusammenarbeit ergebenden Chancen und Möglichkeiten zu nutzen, etwa beim Entwurf von Ingenieurbauwerken über gemeinsame Seminare und gemeinsame Betreuung von Mitarbeitern in Forschungsprojekten.

Im Fach Architektur besteht insgesamt ein großer Bedarf, das Bewusstsein für Forschung zu stärken. Dabei hat Forschung im Bereich Architektur oft eine stark forschungsorganisatorische Ausprägung, in der Forschungsergebnisse aus einer Reihe von Nachbardisziplinen in innovativer Weise vereint werden, um neuartige Lösungsansätze zu entwickeln. Als ingenieurwissenschaftlicher Fachbereich spielen auch in der Architektur neben der Forschung und Lehre Projekte aus der Praxis eine unverzichtbare Rolle. Die Fachbereiche können sich aber nicht auf einen allgemeinen Verweis beschränken, dass Erfahrungen aus der Praxis in die Lehre einfließen. Ansonsten besteht die Gefahr mangelnder Abgrenzung zu Fachhochschulen, die sich mit der Einführung von kompatiblen Bachelor- und Master-Abschlüssen noch akzentuieren wird. Vielmehr sollten sich die universitären Fachbereiche um eine systematische Auswertung der Erkenntnisse aus den Praxisprojekten bemühen und weiterführende Fragestellungen aufgreifen. Schließlich sollte auch die Chance genutzt werden, Fragestellungen durch Kooperation mit Kollegen innerhalb oder außerhalb des Fachbereichs umfassender behandeln zu können und damit einen weiteren Forschungsfortschritt zu erzielen. Während Braunschweig mit großem Engagement erfolgreich einen stärkeren Zusammenschluss im Fachbereich vorangetrieben hat, stehen entsprechende Bemühungen in Hannover noch sehr in den Anfängen. Hier ist es unbedingt notwendig, ein Gefühl für Gemeinsamkeiten stärker zu entwickeln.

Im Bauingenieurwesen genießt die Forschung an den beiden traditionsreichen Standorten Hannover und Braunschweig einen guten Ruf und wird insgesamt auf einem hohen Niveau betrieben. Trotz annähernd gleichrangiger Lehr- und Forschungsleistungen unterscheiden sich die beiden Standorte jedoch drastisch in der Struktur des wissenschaftlichen Personals. So sind in Hannover aufgrund von Einsparungen bei Mitarbeiterstellen einzelne Lehrstühle mittlerweile personell so schlecht ausgestattet, dass die Forschung ganz zum Erliegen gekommen ist. In Braunschweig ist es dagegen gelungen, durch eine stärkere Reduktion bei der Zahl der Professuren eine gewisse personelle Mindestausstattung zu sichern und damit die Arbeitsfähigkeit der Institute in der Forschung zu bewahren.

Eine besondere Stärke hat Niedersachsen im Bauingenieurwesen im Gebiet der Wasser- und Umwelttechnik. Beide Standorte verfügen dort über eine beeindruckende Ausstattung, die weltweit nur an wenigen Standorten ihresgleichen findet, aber gerade in Nie-

dersachsen doppelt vorgehalten wird. Überholtes Besitzstandsdenken verhindert leider eine stärkere Zusammenarbeit auf den Gebieten, in denen die Standorte über komplementäre Ausstattung verfügen. So wird trotz des überaus großen Einsatzes von Ressourcen die Möglichkeit zu einer internationalen Führungsposition nicht entsprechend genutzt. Hier muss das Land Niedersachsen zu einer grundlegenden Neuordnung finden.

Im Bereich Vermessungswesen sollte nach der Schließung des Studienganges in Braunschweig und der Neuorientierung des Fachbereichs in Hannover nach der jetzigen Phase der Neubesetzungen von Lehrstühlen auch über neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Standorten nachgedacht werden.

Die Standorte und Fachbereiche

Universität Hannover, Fachbereich Architektur

Der Fachbereich hinterließ bei den Gutachtern einen nach Teilaspekten sehr unterschiedlichen Eindruck. Einerseits haben sie die unzweifelhaften Stärken im Entwurf anerkannt, andererseits gibt es auch nach Aussage der Betroffenen nicht viele Gemeinsamkeiten und Kooperationen, die den Fachbereich zusammenführen. Die bisher erst in Ansätzen entwickelten Kooperationen innerhalb des Fachbereichs sollten daher unbedingt verstärkt werden.

Trotz dieser grundsätzlichen Problematik haben einige Bereiche gute Forschungsarbeiten vorzuweisen. U.a. im Bereich Architekturinformatik leistet der Fachbereich wichtige Entwicklungsarbeit. Auch in der Frauenforschung verdienen die Forschungsaktivitäten Anerkennung. Der Fachbereich sollte aber auch andere aktuelle Themen wie das Wohnen im Alter oder das Wohnen mit Behinderungen stärker aufgreifen.

Technische Universität Braunschweig, Fachbereich Architektur

Wie in Hannover besteht auch im Fachbereich Architektur in Braunschweig die Notwendigkeit, das Bewusstsein für Forschung weiterzuentwickeln. Der Schwerpunkt der derzeitigen Forschungsaktivitäten des Fachbereichs liegt in der Gebäudeplanung. Der Bereich Städtebau/Stadtplanung ist dagegen weniger stark vertreten. Insgesamt macht der Fachbereich einen sehr positiven und geschlossenen Eindruck. Es besteht ein gutes Kommunikationsklima und ein Bewusstsein für gemeinsame Ziele.

Auch wenn Schwerpunktbildungen hier mangels Masse schwierig zu gestalten sind, lassen sich einige Akzente erkennen, die die Forschungslandschaft der Braunschweiger Architekturschule besonders kennzeichnen. So gibt es neben der anerkannten Forschung in der Bau-, Architektur- und Stadtgeschichte und der Tragwerksplanung Besonderheiten wie die Arbeiten zu Licht, Klang und Raum sowie die Forschungsaktivitäten im Bereich Solarenergienutzung. Die Gutachter sehen eine Verstärkung des Bereichs Städ-

tebau als eine mögliche Option für die Zukunft an. Insgesamt sehen sie den Fachbereich auf einem guten Weg, der fortgesetzt werden sollte.

Universität Hannover, Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen

Der Fachbereich zeichnet sich durch ein großes Forschungspotenzial und ein hohes Drittmittelaufkommen aus. Er betreibt insgesamt sehr erfolgreiche Forschung. Die Drittmittel sind jedoch sehr unterschiedlich über die Lehrstühle verteilt. Der Fachbereich verfügt über viele Professuren, die sich teilweise überschneidende Gebiete bearbeiten, ohne sich immer ausreichend abzustimmen, abzugrenzen, gemeinsame Ressourcen zu nutzen oder Kooperationsmöglichkeiten zu suchen. Die bevorstehenden Berufungen sollten die Möglichkeit geben, diese Defizite aufzuheben und die Zahl der Professuren zugunsten der Stellen für Wissenschaftliche Mitarbeiter zu reduzieren. Insgesamt sollte der Fachbereich den sich vollziehenden Generationswechsel dazu nutzen, sich teilweise auch von nur noch historisch begründeten Forschungsaktivitäten zu trennen, und den traditionell guten Ruf des Fachbereichs mit aktuellen Forschungsthemen und -leistungen neu zu untermauern.

Der Bereich Vermessungswesen vollführt in diesen Jahren einen kompletten Generationswechsel, mit dem auch eine Neuausrichtung der Forschungsthemen einhergeht. Der Strukturwandel ist auf einem guten Weg, die neuen Kollegen greifen innovative Zielsetzungen in der Forschung auf, und es herrscht ein gutes Kommunikationsklima. Das Engagement in der Forschung sollte insgesamt nicht zurückgefahren werden.

Technische Universität Braunschweig, Fachbereich Bauingenieurwesen

Insgesamt gilt, dass in Braunschweig intensive Forschung betrieben wird und erfolgreich Drittmittel eingeworben werden. Im konstruktiven Ingenieurbau, im Verkehrswesen oder im Bereich Wasser und Umwelt sind forschungsstarke Institute mit guter Ausstattung anzutreffen. Neben der bereits angesprochenen Notwendigkeit der Neuordnung des Bereichs Wasserwesen (in Abstimmung mit Hannover) sollte auch für den Bereich Abfall durch eine Neuordnung und eine engere Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Chemie eine bessere Ausnutzung des Synergiepotenzials angestrebt werden.

III.2.2 Elektrotechnik und Informationstechnik

Die Forschung im Fach Elektrotechnik und Informationstechnik an Niedersächsischen Universitäten wurde im Dezember 2000 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr.-Ing. Klaus Petermann begutachtet. Die Forschungsevaluation erfolgte im Anschluss an eine Evaluation der Lehre, die im Sommer 1997 stattgefunden hatte.

An dem Verfahren waren die Technische Universität Braunschweig und die Universität Hannover beteiligt.

Der Abschlussbericht wurde im Oktober 2001 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Forschung an den beiden traditionsreichen Standorten Hannover und Braunschweig genießt einen guten Ruf und wird insgesamt auf einem hohen Niveau betrieben. Bei der Bewertung der einzelnen Arbeitsgruppen fällt jedoch auf, dass der Standort Hannover eine breite Streuung von sehr aktiven Instituten bis hin zu Instituten mit nur geringer Forschungstätigkeit aufweist. Im Gegensatz dazu scheint es dem Fach in Braunschweig u.a. durch eine erfolgreiche Berufungspolitik gelungen zu sein, einen geschlosseneren Fachbereich aufzubauen, der sich durch durchweg gute Forschungsleistungen und ein hohes Maß an kollegialer Zusammenarbeit, die zu vielfältigen Kooperationen führt, auszeichnet.

Die in den letzten Jahren erfolgte Schwerpunktbildung an den beiden Standorten ist nach Einschätzung der Gutachter insgesamt gut abgestimmt. Das stärkere Engagement Braunschweigs im Bereich Verkehr sowie Hannovers im Bereich Mikroelektronik und Multimedia-Kommunikation wird als sinnvolle Arbeitsteilung eingeschätzt und befürwortet. Die Gutachter unterstützen nachdrücklich die in der Energietechnik bereits in die Wege geleitete Konzentration Hannovers auf die Systemtechnik sowie Braunschweigs auf die Bereiche Geräte, Anlagen und Materialien.

Die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den zwei Standorten findet derzeit hauptsächlich auf der Ebene von Gesprächen zwischen den Dekanen sowie zwischen Professoren auf benachbarten Gebieten statt. Eine Perspektive zu intensiverer Zusammenarbeit bietet sich auch im Rahmen des Anfang 2000 durch die Universität Hannover, TU Braunschweig und TU Clausthal gegründeten Consortium Technicum.

Zur besseren Abstimmung zwischen den Standorten empfehlen die Gutachter, bei Berufungsverfahren jeweils einen fachlich nahestehenden Vertreter der Nachbaruniversität zu beteiligen. Darüber hinaus sollte im Zuge der mit der Schwerpunktbildung einhergehenden Reduktion von Forschungsaktivitäten in Teildisziplinen an den einzelnen Standorten den Studierenden der Zugang zu den Forschungsaktivitäten des jeweils anderen Standorts erleichtert werden.

Die Gutachter haben anerkannt, dass von Seiten des Landes eine erfreulich große Bereitschaft besteht, Institute bei Neuberufungen gut auszustatten. Diese Investitionen bleiben aber auf Dauer ineffektiv, wenn nicht entsprechende Mittel für Re-Investitionen be-

reitgestellt werden, um die Grundausstattung langfristig auf einem angemessenen Stand zu erhalten. Die Gutachter weisen darauf hin, dass diese Ausgaben aus den laufenden Haushalten der Universitäten und Fachbereiche nicht bestritten werden können.

Die Gutachter betonen, dass der Elektrotechnik als einer Schlüsseltechnologie eine zunehmend wichtige Rolle in einer Vielzahl von Wirtschaftsbereichen zukommt. Zwar ist die klassische elektrotechnische Industrie in Niedersachsen weniger stark vertreten, der demgegenüber starke Ausbau der Fachbereiche Elektrotechnik und Informationstechnik eröffnet jedoch Perspektiven für die Ansiedlung neuer, innovativer Unternehmen in Zukunftstechnologiebereichen.

Die Standorte

Technische Universität Braunschweig

Der Fachbereich machte einen sehr guten Eindruck. Es besteht ein gutes und intensives Kommunikationsklima. Die Professoren des Fachbereichs stimmen sich untereinander ab und arbeiten an gemeinsamen Zielen. Die Zusammenarbeit zwischen den Instituten geschieht weniger auf der Ebene formaler Gemeinschaftsprojekte als auf der Ebene von gegenseitigen Hilfestellungen bei konkretem Bedarf. Aufgrund des sehr guten Gesamteindrucks setzen die Gutachter größtes Vertrauen in die Eigenorganisation des Fachbereichs und haben sich bei ihrer Einschätzung darauf beschränkt, die Pläne des Fachbereichs in den Gebieten Magnetfeldsensorik, Halbleitertechnik sowie Elektrophysik zu unterstützen und eine zukünftige stärkere Verzahnung von Informationstechnik und Verkehrstechnik zu empfehlen.

Universität Hannover

Die Gutachter lehnten die Pläne der Universität Hannover, im Rahmen der Gründung eines eigenen Fachbereichs Informatik mehrere Institute aus der Elektrotechnik auszugliedern, entschieden ab und forderten stattdessen die Gründung eines gemeinsamen Fachbereichs Elektrotechnik und Informatik. So sehr die Ausgliederung der Informatik aus dem derzeitigen Verbund mit der Mathematik und der engere Zusammenschluss mit informationstechnischen Instituten auch begrüßt wird, so besteht jedoch bei einer Aufteilung des Fachbereichs Elektrotechnik und Informationstechnik die Gefahr, dass traditionell starke Gebiete von modernen Entwicklungen abgekoppelt werden und die dem bundesweiten Trend zu stärkerer Zusammenarbeit zwischen der Elektrotechnik und Informatik zugrunde liegenden Chancen ungenutzt bleiben.

Darüber hinaus empfehlen die Gutachter einen Ausbau des Schwerpunkts Energiesystemtechnik, eine engere Zusammenarbeit im Bereich Mechatronik sowie ein stärkeres Engagement in der Hochfrequenzschaltungstechnik.

III.2.3 Maschinenbau

Die Forschung im Fach Maschinenbau an Niedersächsischen Universitäten wurde im April 2001 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr.-Ing. Prof. E.h. Dr.-Ing. E.h. Dr. h.c. mult. Engelbert Westkämper begutachtet. Die Forschungsevaluation erfolgte im Anschluss an eine Evaluation der Lehre, die im Herbst 1999 stattgefunden hatte.

An dem Verfahren waren die Technischen Universitäten Braunschweig und Clausthal sowie die Universität Hannover beteiligt.

Der Abschlussbericht wurde im Oktober 2001 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen verabschiedet

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Forschung an den traditionsreichen Standorten Hannover, Braunschweig und Clausthal genießt einen guten Ruf und wird insgesamt auf einem hohen Niveau - zum Teil auf Weltspitzenniveau - betrieben. Dabei fällt das Bild nach Standort und Fachgebiet jedoch durchaus unterschiedlich aus. Insbesondere Braunschweig hat in den letzten Jahren eine große Um- und Aufbauarbeit geleistet und ist nun bestens positioniert, die in einigen Bereichen erreichte Spitzenstellung weiter auszubauen. Hannover und Clausthal haben traditionell eine starke Führungsposition in der Produktionstechnik bzw. in der Verfahrenstechnik. An diesen Standorten ist die Profilbildung jedoch noch nicht ausreichend vorangetrieben. Dort stehen aber in den nächsten Jahren eine größere Anzahl von Neubesetzungen bevor, bei denen die Chance zur Fokussierung und Schwerpunktbildung bei gleichzeitiger Setzung neuer strategischer Akzente genutzt werden sollte.

Die Bemühungen um einen stärkeren Verbund der Fachbereiche des Maschinenbaus im Rahmen eines Kooperationsabkommens (Consortium Technicum) der Universitäten Hannover, Braunschweig und Clausthal werden außerordentlich begrüßt.

Als bedenklich schätzen die Gutachter die weit verbreitete Praxis ein, bei der Personalbemessung für die Lehre stillschweigend auf Unterstützung durch Drittmittelpersonal zu vertrauen. Besonders in den Grundlagenfächern, die oft nur geringeren Zugang zu Drittmitteln haben, kann dies zu bedenklichen Personalengpässen führen. Im Zuge der zunehmenden leistungsorientierten Mittelverteilung für Forschungspersonalstellen darf die ausreichende Zuteilung von Lehrpersonalstellen in den Grundlagenfächern nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Alle drei Fachbereiche sollten ihre Anstrengungen und Investitionen zum Aufbau einer leistungsfähigen informationstechnischen Infrastruktur verstärken, um auch Formen des

verteilten Arbeitens sowie engerer Kooperation zwischen den Instituten nutzen zu können.

Der Ausbau von besonderen Forschungsschwerpunkten und deren finanzielle Förderung durch eine Reihe unterschiedlicher Geldgeber sollte vorangetrieben werden. Grundsätzlich ist aber darauf zu achten, dass auch diejenigen Landesmittel, die über das Wirtschaftsministerium in die Universitäten fließen, zu einer Stärkung der Forschungsfähigkeit der Fachbereiche und nicht zu deren Erosion führt, indem Forschungsaktivitäten in außeruniversitäre Institute verlagert werden. Im gleichen Sinne sollten die Universitäten stärker in die Planungen der Technologiepolitik des Landes einbezogen werden, um die Förderung von industriellen Projekten stets mit der Ausbildung des entsprechenden Nachwuchses zu koppeln und dadurch nachhaltiger zu gestalten. Mittelfristig sollte eine derart abgestimmte Landespolitik auch bewirken, dass die Industrie ihr Engagement in den Hochschulen verstärkt und diese als Ressource für die mittelfristige Technologie- und Personalentwicklung besser erkennt, nutzt und finanziell fördert.

Die Standorte

Technische Universität Braunschweig

Insgesamt präsentierte sich der Fachbereich als eine geschlossene Einheit mit klarer Profilierung und Strategie, in der eine überaus positive Aufbruchstimmung herrscht und auf hohem Niveau geforscht wird. Nach einigen schwierigen Jahren des Umbruchs ist es in den letzten Jahren gelungen, insbesondere durch hervorragende Berufungen systematisch Defizite zu beheben. Vor allem in den Bereichen Mikrotechnik, Mikromontage, Feinbearbeitung, Automatisierungstechnik, Verfahrenstechnik und Flugführungssysteme wird am Fachbereich weltweit beachtete Spitzenforschung betrieben. Der Fachbereich ist gut positioniert, um einen deutlichen Schub nach vorne zu machen und seine leistungsstarke Stellung auszubauen. Dabei sollte er auch die nötigen Ressourcen erhalten, um seine ehrgeizigen Forschungsziele und zukunftsgerichteten Pläne verwirklichen zu können. Es liegt nun insbesondere in der Verantwortlichkeit des Landes, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um diese Aufbruchstimmung zu nutzen und hier deutlich mehr zu erreichen.

Technische Universität Clausthal

Der Maschinenbau in Clausthal leistet insgesamt erfolgreiche Arbeit und hat sich zu einer der tragenden Fachrichtungen der TU entwickelt. Die Forschungsarbeiten in den Bereichen Maschinenwesen, aber auch Betriebsfestigkeit, Fügetechnik und Verfahrenstechnik, werden hoch anerkannt. Bei der geringen Größe des Standortes wird allerdings der allgemeine Personalmangel in den Ingenieurwissenschaften, insbesondere an Nach-

wuchskräften, zu einer besonderen Herausforderung. Der Fachbereich kann nicht das gesamte Spektrum des Maschinenbaus in der gleichen Breite und Tiefe wie andere Standorte abdecken. So ist es zu begrüßen, dass man sich in den vergangenen Jahren zunehmend auf Bereiche hinentwickelt hat, die von den besonders starken Nachbardisziplinen Werkstoffwissenschaften und Verfahrenstechnik profitieren und so den Standortvorteil optimal nutzen können. Dieser Trend zur Konzentration und zum Ausbau interdisziplinärer Kooperation sollte in den nächsten Jahren weiter vorangetrieben werden.

Die stark ausgebauten Werkstoffwissenschaften in Clausthal stellen einen interessanten Kooperationspartner für den Maschinenbau dar. Dieses Potenzial könnte durch das geplante, von den Gutachtern befürwortete *Materialtechnische Zentrum Niedersachsen* genutzt und weiter ausgebaut werden. Mit diesem Zentrum könnte Clausthal seine unbestrittene Kompetenz auf diesem Gebiet weiter entwickeln und im Sinne einer Schwerpunktbildung eine führende Rolle für das Land einnehmen. Dabei sollte der Maschinenbau noch stärker auf die Werkstoffwissenschaften zugehen und das gemeinsame Kooperationspotenzial - auch mit den Grundlagenfächern Physik und Chemie - weiter ausloten. Die Integration der werkstofftechnischen Kompetenz des Maschinenbaus in Hannover und Braunschweig muss dabei unbedingt gewährleistet werden.

Universität Hannover

Der Fachbereich hat eine außerordentlich starke Stellung, steht aber vor einer Umbruchsphase. Angesichts der Tatsache, dass in den Jahren 2001 bis 2008 15 von 23 Professorenstellen frei werden, bietet sich für den Fachbereich die große Chance, sich durch strategische Entscheidungen neu aufzustellen. Um dabei die Weichen für eine weiterhin erfolgreiche Arbeit des Fachbereichs richtig zu stellen, ist es notwendig, insbesondere von Seiten des Landes Mittel für größere Investitionen bereitzustellen. Unbefriedigend sind insbesondere die räumliche Anordnung und Ausstattung. Im Zuge einer Verbesserung der räumlichen Ausstattung sollte unbedingt eine räumliche Konzentration der Institute erreicht werden.

Ohne Zweifel hat der Fachbereich in der Produktionstechnik eine national und international führende Stellung. Als eine wichtige Investition zur weiteren Festigung und Erhaltung dieses Kompetenzzentrum wird das geplante *Produktionstechnische Zentrum* uneingeschränkt befürwortet. Allerdings besteht noch Klärungsbedarf bei der organisatorischen Ausgestaltung, insbesondere bei der Einbeziehung von emeritierten Wissenschaftlern.

Angesichts der Dominanz der Produktionstechnik sollte der Fachbereich die Weiterentwicklung der anderen Fachgebiete nicht vernachlässigen. Neben einer Stärkung der

Grundlagenfächer sollten auch neue fachliche Schwerpunkte (Profilierung) in den restlichen Bereichen in Abstimmung mit Braunschweig und Clausthal gebildet werden. Dazu bieten sich besonders die Energie- und Prozesstechnik, die Medizintechnik, die Mechatronik, die Informations- und Kommunikationstechnik, die Systemdynamik und andere zukunftssträchtige Grenzgebiete zu den Naturwissenschaften mit starkem Bedarf an Ingenieuren an.

III.2.4 Informatik

Die Forschung im Fach Informatik an niedersächsischen Hochschulen wurde im Mai 2001 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr.-Ing. Detlef Schmid begutachtet. An dem Verfahren waren die Technischen Universitäten Braunschweig und Clausthal, die Universitäten Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück sowie die Medizinische Hochschule Hannover beteiligt.

Der Abschlussbericht wurde im März 2002 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen verabschiedet.

Ergebnisse

Die Informatik ist in Niedersachsen insgesamt zu schwach ausgebaut. Daraus resultieren zum Teil nur mäßige Forschungsleistungen. Nur an zwei Standorten, an der Technischen Universität Braunschweig und an der Universität Oldenburg, werden insgesamt gute Forschungsleistungen im Fach Informatik erbracht. Beide Standorte sind die einzigen in Niedersachsen, die über eine voll ausgebaute Informatik verfügen. An den restlichen Hochschulen erbringen einzelne Wissenschaftler zum Teil zwar ebenfalls sehr gute Forschungsleistungen, doch ist das Leistungsprofil insgesamt gesehen eher schwach. Dies schlägt sich vor allem in qualitativ und quantitativ oft nur mittelmäßigen Publikationen, unzureichender Nachwuchsförderung, geringer nationaler und internationaler Ausstrahlung und einem unzureichenden Drittmittelaufkommen nieder. An diesen Standorten sind die notwendigen Voraussetzungen für eine breitere, leistungsfähige Forschung zur Zeit nicht gegeben. Vor allem die weit unterkritische Größe der Forschungseinrichtungen wirkt sich negativ auf die Forschungsqualität aus.

- Die Gutachter fordern daher einen massiven Ausbau des Fachs Informatik in Niedersachsen. Um ein nach außen hin sichtbares Forschungsprofil mit entsprechend hoher Qualität der Forschungsarbeiten aufzubauen, ist vor allem eine starke Kerninformatik unerlässlich. Die Gutachter empfehlen einen Ausbau auf neun bis elf Professuren für jeden Informatik-Standort. Diese Professuren sollten folgende Kerngebiete abdecken:

Formale Methoden/Theorie; Algorithmen; Betriebssysteme; Datenbank- und Informationssysteme; Telematik, Netze, Kommunikation; Software Engineering und Programmierung; Rechnerorganisation; Hardwareentwurf. Weitere angewandte Informatikgebiete sollten nur auf Basis einer solchen soliden Kerninformatik etabliert werden und können nur unter diesen Voraussetzungen florieren.

- Dieser Ausbau mit mindestens 9 Professuren sollte durch Umschichtungen innerhalb der Hochschulen bzw. durch zusätzliche Landesmittel an den Standorten Hannover, Göttingen und Osnabrück stattfinden. In Hannover ist die Informatik zu klein, die Personalausstattung zu dürftig, die Infrastruktur schlecht und die Lehrbelastung zu hoch. Unter diesen Rahmenbedingungen leiden die Forschungsleistungen. Der geplante Zusammenschluss der Informatik mit informatikrelevanten Bereichen der Elektrotechnik und die Fachbereichsgründung sind daher von außerordentlicher Bedeutung und werden mit Nachdruck unterstützt. In Göttingen gibt es nur eine schwach ausgebaute Kerninformatik innerhalb der Mathematischen Fakultät. Darüber hinaus sind in den anderen Fakultäten eine Reihe von Professuren vertreten, die der angewandten Informatik zugeordnet werden können. Um die gesamten Aktivitäten in der Informatik zu bündeln, hat die Universität ein Zentrum für Informatik gegründet. Die Gutachter vertreten zwar die Ansicht, dass eine leistungsfähige Informatik am ehesten durch die Gründung einer eigenen Fakultät für Informatik aufgebaut werden könnte, doch ist eine Fakultätsgründung zum jetzigen Zeitpunkt nicht realisierbar. Die Zentrumsgründung ist der zur Zeit einzig gangbare Weg, doch sollte darauf geachtet werden, dass dennoch eine leistungsfähige Kerninformatik aufgebaut wird und die Zentrumsmitglieder räumlich zusammengeführt werden. Die Konstruktion des Zentrum sollte unbedingt dessen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gewährleisten. In Osnabrück ist die Größe der Informatik ebenfalls weit unterkritisch. Für das Osnabrücker Forschungsumfeld, und insbesondere für die Kognitionswissenschaften, ist eine Informatik allerdings unerlässlich. Die Informatik sollte daher an diesem Standort personell gestärkt und von der Mathematik unabhängig werden.
- Braunschweig und Oldenburg befinden sich bereits in einem guten Ausbauzustand. Die Forschungsleistungen sind an diesen Standorten in den meisten Arbeitseinheiten sehr gut. Die Gutachter empfehlen jedoch auch hier, den von den Einrichtungen im Rahmen der Profilbildung angestrebten jeweiligen Ausbauzustand im Sinne von „Stärken stärken“ zu ermöglichen.
- Die Zukunftsperspektiven an der Technischen Universität Clausthal werden von den Gutachtern vor allem aufgrund der zahlreichen neu zu besetzenden Stellen als nicht sehr günstig eingestuft. Um die Informatik an diesem Standort zu erhalten, ist es aus

Sicht der Gutachter notwendig, einen starken Verbund mit der Universität Göttingen einzugehen.

Neben einem personellen Ausbau halten die Gutachter auch die räumliche Zusammenführung der Fachwissenschaftler in der Informatik sowie die Unabhängigkeit von der Mathematik für eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Forschungsleistungen.

Darüber hinaus hat die Einführung eines grundständigen Studienganges, wo noch nicht vorhanden, eine hohe Priorität. Ein eigenständiger Studiengang an Stelle von zahlreichen anwendungsorientierten Studiengängen mit Informatikanteilen dürfte sich auch auf die Lehrbelastung günstig auswirken. Noch wichtiger ist allerdings, dass aus einem grundständigen Informatikstudiengang der wissenschaftliche Nachwuchs rekrutiert werden kann und dies zu der dringend notwendigen Erhöhung der Promotionsrate beitragen könnte. Auch könnte der grundständige Studiengang die Attraktivität für Neubesetzungen deutlich erhöhen. Schließlich treffen diese Studiengänge auf ein hohes Interesse bei den Studierenden. Es wird deshalb wohl auch nicht zu vermeiden sein, einen NC einzuführen, um die Zahl der Studienanfänger zu begrenzen.

III.3 Geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer

III.3.1 Geschichte

Die Forschung im Fach Geschichte an den niedersächsischen Hochschulen wurde im Januar und Februar 2000 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka begutachtet. In dieses Verfahren wurden die acht niedersächsischen Hochschulstandorte einbezogen, an denen das Land Ressourcen für geschichtswissenschaftliche Lehre und Forschung vorhält. Die Evaluation der Forschungsaktivitäten folgte einem Verfahren der Lehrevaluation, das 1996 durchgeführt worden war.

Der Abschlussbericht wurde im Oktober 2000 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Evaluation des Faches Geschichte ergab, dass an den Institutionen geschichtswissenschaftlicher Forschung in Niedersachsen vielfach gute und sehr gute Forschungsleistungen erzielt werden. Ein eindrucksvolles Beispiel für eine herausragende und international sehr anerkannte geschichtswissenschaftliche Forschungseinrichtung ist das Institut für

Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. Die Begutachtung hat aber auch gezeigt, dass die Bedingungen für eine erfolgreiche geschichtswissenschaftliche Forschung an drei Standorten des Landes nicht in ausreichendem Maße gegeben sind; dies sind die Universitäten Hildesheim und Lüneburg sowie die Hochschule Vechta. Die Gutachtergruppe hat daher die Verlagerung der dortigen Ressourcen empfohlen, um angesichts der insgesamt schwachen Ausstattung des Faches im überregionalen Vergleich einen Ausgleich an anderer Stelle zu ermöglichen. So ist beispielsweise die jüngste Zeitgeschichte in Niedersachsen unterrepräsentiert, ebenso der gesamte Bereich der Außerdeutschen Geschichte. Letzteres gilt sowohl für die Geschichte Europas und die Geschichte außereuropäischer Teile der Welt als auch insgesamt für die Geschichte der internationalen Beziehungen. Hingegen nimmt die Regional- und Lokalgeschichte, die an einigen Standorten erfolgreich und innovativ betrieben wird, einen unverhältnismäßig großen Raum ein. Dem hier sichtbar werdenden Trend zur Provinzialisierung der geschichtswissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen sollte entgegengewirkt werden.

Die Standorte

Technische Universität Braunschweig

Der Standort Braunschweig ist auf seinem Weg zur Verjüngung weiter vorangeschritten als die anderen geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen in Niedersachsen und weist ein innovationsfreudiges Klima auf. Die Entwicklung eines kulturhistorischen Schwerpunkts ist auf gutem Weg. Dies ist zukunftssträchtig und förderungswürdig, zumal es das besondere Profil Braunschweigs in der Geschichtswissenschaft in Niedersachsen prägt. Die Gutachter heben besonders die sehr vielversprechende Wissenschafts- und Technikgeschichte hervor, die weiter ausgebaut werden sollte, und empfehlen darüber hinaus, die mit dem Georg-Eckert-Institut am Standort exzeptionellen Voraussetzungen für geschichtsdidaktische (Schulbuch-)Forschung zukünftig intensiver zu nutzen.

Universität Göttingen

Die Universität Göttingen hat das Potenzial zu einem Spitzenplatz auf dem Gebiet der geschichtswissenschaftlichen Forschung in Deutschland. Das Fach sollte dort möglichst in ganzer Breite vertreten werden. Allerdings haben die Gutachter darauf hingewiesen, dass am Standort sehr viel mehr als bisher nach Möglichkeiten der Profil- und Schwerpunktsetzung gesucht und eine verbesserte Kooperation zwischen den oft sehr separat arbeitenden Abteilungen angestrebt werden sollte. Positiv hervorzuheben sind das 1999 gegründete „Zentrum für Mittelalter- und Frühneuzeitforschung“ im Allgemeinen und ein sehr erfolgreiches Forschungsprofil im Bereich Frühe Neuzeit im transatlantischen Raum im Besonderen.

Universität Hannover

Das besonders gut integrierte Historische Seminar hat zwei Schwerpunkte zur Profilbildung entwickelt, die eine große Bedeutung für die niedersächsische Geschichtswissenschaft und für das Fach überhaupt gewonnen haben. Zum einen besteht hier einer der in Niedersachsen seltenen Schwerpunkte zur Außereuropäischen Geschichte, wobei die in Deutschland selten betriebene Afrikanische Geschichte erhebliche Erfolge zu verzeichnen hat und mit der Geschichte und Soziologie Zentralamerikas wie auch mit der Geschichte Europas in origineller und vielversprechender Weise verbunden werden soll. Dieser Schwerpunkt stellt ein niedersächsisches Unikat mit nationaler und internationaler Bedeutung dar und sollte nach Auffassung der Gutachter unbedingt unterstützt und langfristig gesichert werden. Zum anderen findet sich in Hannover eine besonders leistungsfähige und zukunftssträchtige Variante der Landes- und Regionalgeschichte vom späten Mittelalter bis in die neueste Zeit, wobei sich diese für das 20. Jahrhundert mit Neuansätzen zur selten betriebenen, aber wichtigen Mediengeschichte wie zur Geschichte der Öffentlichkeit verbindet.

Universität Hildesheim

Die Geschichtswissenschaft ist in Hildesheim durch eine sehr ungünstige Positionierung innerhalb der Hochschule und auf Fachbereichsebene gekennzeichnet. In ihrem Selbstverständnis sieht sich die Hochschule zunehmend als eine Ausbildungsstätte, die sich auf die veränderten Ansprüche des Lehrerberufes konzentriert. Die Gutachter geben insbesondere zu bedenken, dass mit nur einer Professur und einer Oberratsstelle die kritische Masse für eine zukunftssträchtige geschichtswissenschaftliche Forschung an der Universität Hildesheim nicht gegeben ist. Unter Forschungsgesichtspunkten wird daher eine Verlagerung der Stellen an einen anderen Standort empfohlen.

Universität Lüneburg

Die Geschichtswissenschaft in Lüneburg hat als Teildisziplin im Studienfach „Angewandte Kulturwissenschaften“ wenige, aber national und international beachtete Forschungsarbeiten vorgelegt. Die produktive Forschung ist aber nur in geringem Maße an den Standort Lüneburg gebunden, vielmehr kommt sie durch Kooperationen, die Nutzung externer Bibliotheken und anderweitiger Ressourcen zustande. Problematische Aspekte zeigen sich außerdem in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die ohne entsprechende Stellen am Standort kaum erfolgen kann. Darüber hinaus erschwert es der enge Bezug auf die Regional- und Lokalgeschichte, begabten Forschernachwuchs für eine Promotion oder Habilitation in Lüneburg zu gewinnen. Aus den genannten Gründen ist nach Ansicht der Gutachter zu erwägen, ob nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaber die Geschichte am Standort Lüneburg weitergeführt, oder ob mit

den zu gewinnenden Stellen andernorts das Defizit in der Neueren Geschichte/Zeitgeschichte ausgeglichen werden sollte.

Universität Oldenburg

Die Geschichtswissenschaft in Oldenburg ist durch die gelungene Verknüpfung von Fachwissenschaft und Fachdidaktik wie durch eine sozialgeschichtlich-alltagsgeschichtlich-regionalgeschichtliche Orientierung geprägt. Die starke Regionalgeschichte wird durch eine europäische Perspektive erfolgreich ergänzt, die durch die Einbeziehung ost- und westeuropäischer Kompetenzen und Inhalte gekennzeichnet ist. Diese überzeugende und insgesamt erfolgreiche Kombination sollte beibehalten und weiterhin unterstützt werden. Der integrierte Arbeitsbereich für Ostmitteleuropäische Geschichte (mit der Konzentration auf Polonistik in Deutschland eine Seltenheit) ist ein wichtiges Strukturmerkmal. Die Tradition des Standorts, die große Zahl von Lehramtsstudierenden wie auch die in anderer Hinsicht recht begrenzten Bibliotheksverhältnisse legen es jedoch nahe, den besonderen Forschungsschwerpunkt des Fachbereichs vor allem in einer modernen Geschichtsdidaktik zu sehen und diesen auszubauen.

Universität Osnabrück

Wichtigstes Profilelement ist das international erfolgreiche interdisziplinäre Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS). Es zeigt, dass ein starker Forschungsschwerpunkt auch unter bescheidenen Bibliotheksbedingungen in Randlage erfolgreich sein kann. Das IMIS sollte durch Ausbau seiner Bücherbestände und durch Sicherung von Kooperationsmöglichkeiten im sozialwissenschaftlichen Bereich der Universität weiter gefördert werden. Darüber hinaus wird die Alte Geschichte am Standort positiv hervorgehoben. Sie kann bei entsprechender Unterstützung auch zukünftig international anerkannte Forschungsleistungen erbringen. Die Funde von Kalkriese in Verbindung mit der „Forschungsstelle Rom und Germanien“, die Einrichtung einer Stiftungsprofessur für Klassische Archäologie und das Vorhandensein eines gewissen Fächerumfeldes, ebenso wie die bisherigen Forschungsleistungen der Wissenschaftler am Standort, bilden das dafür notwendige Potenzial.

Hochschule Vechta

Das Fach Geschichte am Standort Vechta weist unter Forschungsgesichtspunkten bemerkenswerte Leistungen auf, die allerdings unter sehr eingeschränkten bzw. einschränkenden Bedingungen erbracht werden. Ein ergänzendes Fächerspektrum ist kaum vorhanden, wissenschaftliche Nachwuchsförderung ist mangels entsprechender Stellen, soweit diese nicht im Rahmen der positiv hervorzuhebenden Drittmittelakquisition gewonnen werden können, nur punktuell zu betreiben. Die kritische Masse wird am

Standort, unter Gesichtspunkten der Forschung bewertet, deutlich unterschritten. Vor diesem Hintergrund ist es nach Ansicht der Gutachter sinnvoll, die Ressourcen zu verlagern bzw. bei den anstehenden Neubesetzungen auf einen - im modernen Sinne - fachdidaktischen Schwerpunkt hinzuwirken. Dagegen sollte nach Ansicht der Gutachter von einer fachwissenschaftlichen Ausbildung im Magister- und Promotionsstudiengang abgesehen werden.

III.3.2 Wirtschaftswissenschaften

Die Forschung in den Wirtschaftswissenschaften an niedersächsischen Universitäten wurde im Februar 2001 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Franz (VWL) und Prof. Dr. Dr. h.c. Franz W. Wagner (BWL) begutachtet. In dieses Verfahren wurden die sieben niedersächsische Hochschulstandorte einbezogen, an denen das Land Ressourcen für wirtschaftswissenschaftliche Lehre und Forschung vorhält. Diese Evaluation der Forschung folgte einem Verfahren zur Lehrevaluation, das in den Jahren 1997/98 durchgeführt worden war.

Der Abschlussbericht wurde im Oktober 2001 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Evaluation der Wirtschaftswissenschaften hat ergeben, dass die Mehrzahl der Standorte durchaus Forscherinnen und Forscher vorzuweisen haben, die sehr gute oder sogar hervorragende Leistungen erbringen. Dennoch bleiben diese Leistungen vereinzelt, und es ist bisher keiner Fakultät bzw. keinem Fachbereich gelungen, sich als überregional führend zu etablieren. Unter den sechs führenden Standorte für das Fach in Deutschland ist keine niedersächsische Universität vertreten. Die Gutachter sehen jedoch an einigen Standorten Potenzial für eine Profilierung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, das die Chancen auf eine Spitzenposition deutlich verbessern würde.

Die aus der Sicht der Gutachter wichtigste Frage lautet, mit welchen Maßnahmen erreicht werden kann, dass sich eine der Landesuniversitäten einen Platz in der Spitzengruppe in Deutschland erobern und damit Anschluss an die internationale Entwicklung finden kann. Die Landesregierung sollte diesen Aufholprozess nach Kräften fördern, aber nicht dirigistisch steuern. Insbesondere sollte sie es dem Wettbewerb überlassen, welche der Universitäten diesen Anschluss überhaupt bzw. als erste erzielt. Sie muss jedoch die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Diese bestehen darin, den Wettbewerb

zu fördern und über leistungsbezogene Mittelvergabe Anreizmechanismen zu schaffen. Dies sollte auf drei verschiedenen Ebenen geschehen:

- a) innerhalb der einzelnen Fakultäten und Fachbereiche sollte durch größere Flexibilität in der Mittelvergabe (z.B. Hilfskraft- und Sachmittel) der Wettbewerb der Forschungseinheiten untereinander gefördert werden. Auf dieser Ebene sollten vor allem Anstrengungen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses unternommen werden. Mögliche Instrumente dazu sind die gezielte Förderung von Vorträgen auf internationalen Tagungen mit externer Begutachtung der Vorträge. Die Fakultäten bzw. Fachbereiche könnten ihre Reisemittel auf diesen Zweck konzentrieren (analog der 1000-DM-Prämie des „Vereins für Socialpolitik“), statt die Mittelvergabe nach dem Gießkannenprinzip zu steuern. Es sollten ebenfalls Mittel für die Einladung herausragender Gastprofessorinnen und -professoren zur Verfügung gestellt werden.
- b) die Hochschulleitungen sollten (z.B. über die Zielvereinbarungen und interne Verteilungsmodelle, die ohnehin bereits bestehen bzw. gerade geschaffen werden), einen Wettbewerb zwischen den Fachbereichen bzw. Fakultäten initiieren.
- c) das Land Niedersachsen sollte aus einem zentralen, aber fachbezogenen Pool von Mitarbeiterstellen diejenigen Fachbereiche bzw. Forschungseinheiten befristet mit zusätzlichen Stellen versorgen, die besonders gute Leistungen erbracht haben. Gerade bei diesen Landesmitteln wird sich ein fruchtbarer Wettbewerb zwischen den wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen entwickeln, wenn folgende Rahmenbedingungen erfüllt sind:
 - Die Vergabe dieser Stellen erfolgt leistungsbezogen, d.h. unter Berücksichtigung des Forschungsoutputs einer Forschungseinheit auf der Basis einer Ex-post-Evaluation, z.B. durch von der Wissenschaftlichen Kommission bestellte Gutachter. Damit unterscheidet sie sich von der bei der DFG und anderen Förderungsinstitutionen üblichen Antragsvergabe nach Ex-ante-Evaluation. Die Evaluation hat an Hand transparenter Kriterien zu erfolgen.
 - Die Vergabe der Stellen aus dem Pool erfolgt ferner befristet, in der Regel auf fünf Jahre, um den Anreiz zur dauerhaften „Produktion“ hoher Forschungsqualität aufrecht zu erhalten. Wichtig ist, dass diese Stellen zusätzlich zu der in Berufungs- oder Bleibeverhandlungen zugesagten Ausstattung vergeben werden. Damit erhöht das Land den Anreiz für hervorragende Forscherinnen und Forscher, einen Ruf an eine Landesuniversität anzunehmen.
 - Falls das Land sich nicht in der Lage sieht, zusätzliche Mittel für die Schaffung des Pools bereitzustellen, kann dieser aus frei werdenden Stellen an den be-

troffenen Fachbereichen gebildet werden. Die Beteiligten müssen aber die Gewissheit haben, dass die Stellen zweckgebunden zur Förderung der Forschung in den Wirtschaftswissenschaften eingesetzt werden und es sich nicht um eine Einsparaktion des Landes handelt.

Inhaltlich sollte das Land so wenig wie möglich in die Entscheidungen der einzelnen Universitäten darüber eingreifen, auf welchen Gebieten sie eine besondere Profilierung in der Forschung anstreben. Das gilt sowohl für die größeren Fakultäten und Fachbereiche, die es sich leisten könnten, mehrere Schwerpunkte erfolgversprechend auf- oder auszubauen, als auch für die kleineren Fachbereiche, die sich eine wesentlich geringere inhaltliche Breite leisten können, wenn sie ein hohes Forschungsniveau erreichen wollen.

Insgesamt ist hervorzuheben, dass bei der Intensität des internationalen Wettbewerbs heutzutage Spitzenresultate in der Forschung nur mit einem erheblichen Mitteleinsatz zu erzielen sind. Zum einen sollte bereits bei Berufungen darauf geachtet werden, erstklassige Forscherinnen und Forscher - sowohl bereits etablierte Professoren als auch Nachwuchskräfte - für das Land zu gewinnen. Zum anderen muss deren Ausstattung die Bildung lebensfähiger und produktiver Forschungseinheiten erlauben. Falls das Land nicht nur eine seiner Universitäten in die deutsche Spitzengruppe bringen, sondern auch die Qualität der Forschung in breitem Umfang erhöhen will, so wird es auf Dauer zusätzliche Mittel für die Forschung bereitstellen müssen. Eine Konzentration von Fördermitteln, Flexibilität in ihrem Einsatz und die Etablierung von Verwaltungsmechanismen, die rasche Entscheidungen ermöglichen, erscheinen essenziell.

Die Standorte

Technische Universität Braunschweig

Der in der Summe positive Gesamteindruck der Wirtschaftswissenschaften in Braunschweig wird maßgeblich durch die Lehrstühle für Wirtschaftsinformatik und Informationsmanagement sowie für Produktionswirtschaft geprägt. Die Erhaltung dieser Forschungseinheiten sollte daher mit aller Entschiedenheit betrieben werden. Dies gilt nicht nur mit Blick auf die Ausstrahlung Braunschweigs als Standort wirtschaftswissenschaftlich relevanter Forschung; vielmehr besteht bei einer Einrichtung dieser Größe stets das Problem, dass mit dem Fortgang eines Wissenschaftlers oftmals ganze Forschungszweige nicht fortgesetzt werden können. Darüber hinaus ist zu überprüfen, ob nicht der weitere Profilierungsprozess um diese Leistungszentren herum erfolgen sollte. Bisher sind die Vorstellungen zur weiteren Entwicklung noch sehr vage, die im Fachbereich diskutierten Profile „Internationalität“ und „Interdisziplinarität“ erscheinen wenig tragfähig. Alternativ sollten die Perspektiven und Möglichkeiten, die sich durch eine übergreifende IT-Orientierung ergeben könnten, überdacht werden. In diesem Falle könnte eine Ver-

stärkung der Volkswirtschaftslehre, die am Standort kaum integriert und nur unzureichend ausgestattet ist, und ihre Einbindung in das betriebswirtschaftliche Forschungsprogramm Sinn machen.

Technische Universität Clausthal

Hochschulleitung und Fachbereich nennen als vorrangige Ziele für die weitere Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in Clausthal die Ergänzung des Bereichs um zwei weitere Professuren. Eine der beiden Stellen soll mit einem Wirtschaftsinformatiker besetzt werden. Dies erscheint sinnvoll und kann dazu beitragen, die schon begonnenen Kooperationen im Bereich der Operations Research längerfristig fortzusetzen. Es wäre zu begrüßen, wenn die auf diesem Feld im Fachbereich Mathematik und Informatik tätigen Professuren z.B. durch Kooptation insgesamt enger an die Wirtschaftswissenschaften angebunden werden könnten. Die frei werdende C3-Stelle im Fachbereich Geowissenschaften, Bergbau und Wirtschaftswissenschaften sollte so ausgerichtet werden, dass hier ebenfalls eine Einbindung ermöglicht wird. Der Fachbereich muss weiterhin darauf achten, dass die Synergieeffekte, die sich am Standort in mehrfacher Hinsicht ergeben können, konsequent genutzt werden. Es wird aller Voraussicht nach auch mittel- und langfristig nicht möglich und sinnvoll sein, die Wirtschaftswissenschaften in Clausthal in der gesamten Breite zu etablieren. Daher sollte die Hochschulleitung erwägen, diejenigen quantitativen Gebiete der Betriebswirtschaftslehre zu stärken, die in der Forschung mit den technischen Fächern kooperieren können. Lehrleistungen auf den nicht abgedeckten Gebieten der BWL und VWL sollten ggf. von anderen Universitäten des Landes importiert werden.

Georg-August-Universität Göttingen

Die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Göttingen befindet sich in einer Umbruchsituation, die von der Fakultät als Chance gestaltend genutzt werden muss. Die Gutachter halten es dabei für ein vorrangiges Ziel, die vielfach aufscheinende „Kompartimentalisierung“ der Lehrstühle aufzubrechen. Ein erster, begrüßenswerter Schritt in diese Richtung wurde bereits mit der Gründung zweier Zentren unternommen. Sofern die Umsetzung konsequent betrieben wird, bestehen durchaus gute Chancen für die Fakultät, sich im Wettbewerb durchzusetzen. Wenn die Konzeption eine klare Linie vorgibt, so besteht die Möglichkeit, gezielt in ein solches Zentrum hinein zu berufen und so von Beginn an eine engere Vernetzung von Lehrstuhl und Zentrum zu realisieren. Darüber hinaus sollte die Fakultät sich um die Einrichtung einer Forschergruppe oder eines ähnlichen Verbundes bemühen sowie vermehrt Doktorandenseminare unter Beteiligung von Hochschullehrerinnen und -lehrern durchführen. Ein ebenfalls erheblicher

Spielraum für Verbesserungen - trotz guter Forschungsleistungen Einzelner - ist für den Bereich der Statistik und Ökonometrie zu konstatieren.

Universität Hannover

Das Selbstverständnis des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften scheint aufgrund der Studentenzahlen sehr stark von den Belangen der Lehre geprägt zu sein. Dies ist zum Teil nachvollziehbar, es erscheint unter Forschungsgesichtspunkten allerdings nicht zwingend, diesen Aspekt bei Berufungen vorrangig zu berücksichtigen. Ein solches Vorgehen ist zugleich mit dem Risiko behaftet, beim Weggang einzelner Fachkolleginnen oder Fachkollegen ganze Forschungsgebiete zu verlieren. Der Fachbereich sollte bei zukünftigen Besetzungen erwägen, ob nicht eine stärkere Schwerpunktsetzung durch die Bildung von „Forschungspools“ möglich und sinnvoll sein könnte. Denkbar wären die Schwerpunkte „Moderner Staat“ sowie „Management und internationale Wirtschaft“. Angesichts der vorhandenen Kapazitäten und Erfolge in der empirisch und ökonomisch orientierten Personalwirtschaft, Arbeitsökonomie und Ökonometrie hätte auch ein expliziter Schwerpunkt „Arbeitsökonomie und Personalwirtschaft“ gute Zukunftschancen.

Zur Herausbildung eines klareren Forschungsprofils sollte geprüft werden, ob die agrarökonomischen Lehrstühle am Standort mittelfristig umzuwidmen und entsprechend einzubinden sind, die starke Präsenz der technischen Fächer besser als bisher genutzt, zudem ein Graduiertenkolleg eingeworben und zusätzlich eine Forschergruppe unter externer Beteiligung eingerichtet werden könnte.

Universität Lüneburg

Die Forschungsleistungen des wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs der Universität Lüneburg müssen insgesamt als gering eingeschätzt werden. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Betriebswirtschaftslehre, aber auch Teile der Volkswirtschaftslehre. Vor diesem Hintergrund besteht aus der Sicht der Gutachter und im Interesse der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung dringender Handlungsbedarf. Das Land Niedersachsen muss zunächst darüber befinden, ob ein universitärer wirtschaftswissenschaftlicher Studiengang in Lüneburg zwingend erforderlich ist. Sollte sich das Land zum Erhalt entschließen, müsste der Fachbereich sein Profil zukünftig deutlich gegenüber dem von Fachhochschulen abgrenzen. Andernfalls wären in einer großzügig zu bemessenden Übergangsfrist frei werdende Professuren nicht wieder zu besetzen und das noch erforderliche Lehrdeputat durch Lehraufträge sicherzustellen. Falls die Landesregierung die Beibehaltung eines wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs an der Universität Lüneburg für geboten hält, muss ein ohne Zweifel aufwändiger Neuanfang gemacht werden,

wobei die Berufungspolitik Forschungsgesichtspunkte stark gewichten muss und darüber hinaus externer Sachverstand in die Verfahren einbezogen werden sollte.

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung an der Universität Oldenburg ist auf den ersten Blick und nach eigener Darstellung durch eine Vielzahl von Schwerpunkten gekennzeichnet. Die Begutachtung hat allerdings ergeben, dass der eigentliche Schwerpunkt, der dem Standort auch gegenüber anderen wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen in Niedersachsen ein deutliches Profil verleiht, in der Umweltökonomie zu sehen ist. Die Gutachter unterstützen diese Ausrichtung inhaltlich und empfehlen, die Ressourcen des Fachbereichs in diesem Schwerpunkt zu bündeln. Dabei sollte allerdings bedacht werden, dass der Schwerpunkt zur Zeit auf ein sehr spezifisches und singuläres Paradigma abstellt und deshalb forschungspolitisch sehr einseitig ist. Eine stärkere Außenorientierung und die Öffnung gegenüber anderen Paradigmata sollte erwogen werden, um die internationale Akzeptanz der für Oldenburg spezifischen Ausrichtung zu prüfen. Ein solcher Schritt würde zugleich dem Nachwuchs den Zugang zu anderen Forschungseinrichtungen öffnen oder doch zumindest erleichtern. Weiterhin sollte darauf geachtet werden, dass der Schwerpunkt international verankert wird und damit Anschluss an renommierte internationale Forschungseinrichtungen erhält. Es sollte ergänzend geprüft werden, wie die unzureichende Ausstattung vieler Forschungseinheiten sowie Mängel in der allgemeinen Infrastruktur im technischen oder Bibliotheksbereich rasch beseitigt werden können.

Universität Osnabrück

Die wirtschaftswissenschaftlichen Fachteilgebiete am Standort Osnabrück haben beachtenswerte, z.T. herausragende Forschungsleistungen aufzuweisen, die oftmals unter erschwerten Bedingungen erbracht werden. Allerdings fällt im landesweiten Vergleich auf, dass Osnabrück im Berichtszeitraum ein eher geringes Drittmittelaufkommen hat und nur wenige (eigene bzw. externe) Absolventen für eine Promotion an der Universität gewinnen konnte. In der Volkswirtschaftslehre existieren zur Zeit einzelne, gut funktionierende Forschungsbereiche, die als Basis für einen weiteren Ausbau angesehen werden können. Dazu bieten sich etwa die Bereiche Finanzwissenschaft/Wohlfahrtsökonomie sowie die Empirische Wirtschaftsforschung an. Wenn der Fachbereich sich dies zum Ziel setzen sollte, wäre es ratsam, die volkswirtschaftlich ausgerichteten Professuren auf Dauer stärker thematisch zu konzentrieren. Volkswirtschaftliche Professuren in anderen Fachbereichen sollten in den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich integriert werden. In der BWL zeichnen sich zwei Schwerpunkte ab, die dem Fachbereich mit einiger Unterstützung ein bisher nicht erkennbares Profil verleihen könnten. Wenn es

gelingt, eine Stiftungsprofessur „International Accounting“ einzuwerben, dann sollte an der Unternehmensrechnung als Schwerpunkt festgehalten werden. Es könnte ebenfalls sinnvoll sein, die Anstrengungen in der Wirtschaftsinformatik weiter zu verfolgen, die bereits Anlass für eine Zusammenführung der drei relevanten Professuren in einem Institut waren. Demgegenüber sollte der dritte angedachte Schwerpunkt mit der Zielrichtung Internationalisierung nicht weiter verfolgt werden.

III.3.3 Rechtswissenschaften

Die Forschung im Fach Rechtswissenschaften wurde im April 2002 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h.c. Rüdiger Wolfrum evaluiert. An der Forschungsevaluation waren sechs niedersächsische Universitäten beteiligt, an denen das Land Ressourcen für rechtswissenschaftliche Lehre und Forschung vorhält. Die Evaluation folgte einem Verfahren zur Lehrevaluation, das in den Jahren 1998/99 durchgeführt worden war.

Der Abschlussbericht wurde im Oktober 2002 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Rechtswissenschaftliche Forschung ist in Niedersachsen nur an drei Universitäten in „Vollfakultäten“ (bzw. -fachbereichen) organisiert. Dies sind die Universitäten Göttingen, Hannover und Osnabrück,¹ die im Wesentlichen alle Fachteilgebiete abdecken und ein juristisches Staatsexamen für die Studierenden anbieten können. An den Universitäten ohne grundständige Juristenausbildung in Clausthal, Lüneburg und Oldenburg erbringt die Disziplin primär Serviceleistungen in den Ausbildungsbereichen anderer Fächer, u.a. in den Ingenieurwissenschaften, den Wirtschaftswissenschaften, aber auch in den Erziehungswissenschaften.² Gleichwohl finden sich auch hier originäre rechtswissenschaftliche Forschungsvorhaben, die von den Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftlern mit hohem Qualitätsbewusstsein verfolgt werden.

Die Einschätzung der Forschungsleistung im Verfahren ist den Kriterien gefolgt, die auch in anderen Disziplinen zur Anwendung kommen, wobei fachspezifische Besonderheiten

¹ Die Lehrevaluation hat sich auf die Standorte mit Staatsexamensstudiengängen beschränkt.

² Eine weitere rechtswissenschaftliche Professur ist an der Technischen Universität Braunschweig etatisiert. Diese Forschungseinheit ist aufgrund ihrer Ausrichtung bereits in der Evaluation der Wirtschaftswissenschaften berücksichtigt worden.

bei der Gewichtung der Indikatoren entsprechend berücksichtigt wurden. So wird im Abschlussbericht u.a. deutlich, dass rechtswissenschaftliche Publikationen in ihrer Qualität nicht daran gemessen werden können, ob sie in Zeitschriften mit „review-Prozess“ erschienen sind, weil es diese bundesweit, auch auf europäischer und internationaler Ebene nicht oder nur in Ansätzen für das Fach gibt. Demgegenüber müssen sich auch Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler dem Anspruch stellen, ihre Forschungen in intra- und interdisziplinären Kontexten durchzuführen, national und international in der Fachwissenschaft vernetzt zu sein, Drittmittel für ihre Vorhaben einzuwerben und eine erfolgreiche Nachwuchsförderung zu betreiben. Ebenso ist es unter den heutigen innerwissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Vorzeichen unabdingbar, die Aktivitäten eines rechtswissenschaftlichen Fachbereichs oder einer Fakultät daraufhin zu überprüfen, ob es ein „Alleinstellungsmerkmal“, ein besonderes Profil der Einrichtung gibt oder geben kann. Allerdings hat die Begutachtung in Niedersachsen gezeigt, dass Profilbildung und Schwerpunktsetzung mit einer gewissen Vernachlässigung der Grundlagenfächer einhergehen. Diese Entwicklung ist nach Auffassung der Gutachter nicht zu begrüßen, da Spezialisierungen, soll die Qualität der Forschung dauerhaft sichergestellt werden, stets an die Grundlagenfächer gebunden sein müssen.

An den niedersächsischen Standorten ist die Profilbildung in Osnabrück (mit einer starken Fokussierung im Bereich Wirtschaftsrecht) am weitesten gediehen, in Göttingen gibt es gute Ansätze für ein (rechtsvergleichendes) Profil. Hingegen hat die Universität Hannover ihre Profilierung als interdisziplinär ausgerichtete Institution mit einer engen Vernetzung rechts- und sozialwissenschaftlicher Bezüge nicht gleichermaßen überzeugend realisieren können.

Während in den voll ausgebauten rechtswissenschaftlichen Fachbereichen und Fakultäten der Ausgleich zwischen Grundlagen- und Spezialfach durch eine kluge Berufungspolitik durchaus gelingen kann, haben die kleinen Standorte mit wenigen rechtswissenschaftlichen Stellen diese Möglichkeit nicht oder nur eingeschränkt. Dieses Manko zeigt sich besonders an den Universitäten Lüneburg und Oldenburg, bis zu einem gewissen Grade auch in Clausthal. Die Rechtswissenschaft ist in diesen Universitäten als Dienstleister für andere Fächer am Ort wichtig, unter Forschungsgesichtspunkten hat die Gutachtergruppe jedoch das oben genannte Argument bekräftigt, dass Spezialisierung auf einem breiten Fundament stehen muss. Die Gutachter haben Verlagerungsempfehlungen für einzelne Professuren in Lüneburg, Oldenburg, mit Einschränkungen auch für Clausthal ausgesprochen und dafür plädiert, die Versorgung der Standorte zukünftig aus Vollfakultäten heraus zu gewährleisten (Servicemodell).

Insgesamt hat die Gutachtergruppe den Rechtswissenschaften in Niedersachsen ein beachtliches Forschungsniveau bescheinigt. Ungeachtet dessen werden im Bericht Struk-

turprobleme benannt - u.a. die „kritische Masse“ und Ausstattung an einzelnen Standorten, die Situation der Grundlagenfächer und zum Teil der Nachwuchsförderung -, die zusätzliche Ansatzpunkte für eine konstante Qualitätssicherung rechtswissenschaftlicher Forschung an den niedersächsischen Hochschulen skizzieren.

Die Standorte

Technische Universität Clausthal

Die rechtswissenschaftlichen Aktivitäten an der TU Clausthal sind durch ihre gelungene Einbindung in die Universität (Lehre), ihre etablierten Kooperationsbeziehungen nach außen und ihre Ausrichtung auf zukunftssträchtige rechtswissenschaftliche Felder (Forschung) gekennzeichnet. Die Gutachter haben sich dafür ausgesprochen, die (einzige) rechtswissenschaftliche Professur in Clausthal neu zu besetzen, wenn die Chance besteht, einen entsprechend breit qualifizierten und in der Forschung ausgewiesenen Bewerber bzw. eine Bewerberin zu gewinnen. Unter Strukturgesichtspunkten sollte jedoch eingehend geprüft werden, ob die Stelle auf Dauer nicht in einen größeren Forschungskontext eingebunden und in der Universität Göttingen verankert werden sollte. Sofern eine solche Lösung realisiert wird, muss jedoch sichergestellt werden, dass die für den Standort Clausthal unabdingbaren Serviceleistungen als Aufgabe der Professur bereits im Rahmen der Berufung (nach Göttingen) festgeschrieben werden, wobei sie möglicherweise auf mehrere Schultern verteilt werden können.

Georg-August-Universität Göttingen

Die Juristische Fakultät ist nach Einschätzung der Gutachter ein tragendes Element der Universität Göttingen. Ihre Mitglieder haben im Berichtszeitraum Aktivitäten entfaltet, die (als Einzelprojekte) vielfach innovativen und internationalen Charakter haben. So dokumentieren insbesondere die etablierten Kooperationsbeziehungen zu den asiatischen Ländern und zu einigen europäischen Staaten das große Engagement der Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in diesem Bereich. Neben der internationalen spielt auch die interdisziplinäre Ausrichtung bei einer Reihe von Forschungsvorhaben eine gewisse Rolle. Insgesamt haben die Gutachterinnen und Gutachter die Fakultät ermutigt, in ihrer Zukunftsplanung die möglichen Synergien innerhalb der Fakultät und in der gesamten Universität bewusst als Chance für die Forschung zu nutzen. Darüber hinaus sollten in das angedachte Institut für Rechtsvergleichung alle einschlägig forschenden Professuren integriert sowie in der Nachwuchsförderung eine stärkere Institutionalisierung angestrebt werden. Zudem sollten die vielfältigen internationalen Kontakte der Wissenschaftler/innen auch im Nachwuchsbereich wirksam werden.

Universität Hannover

Die Universität Hannover ist in den Rechtswissenschaften durch eine Vielzahl von Schwerpunkten gekennzeichnet, die vor allem den individuellen Forschungsinteressen der Fachbereichsmitglieder entsprechen. In dieser Hinsicht, aber auch in Bezug auf die intra- und interdisziplinär erbrachten Forschungsleistungen oder die internationale Vernetzung, ist der Fachbereich in den zurückliegenden Jahren weniger erfolgreich gewesen als etwa die Universität Osnabrück bei vergleichbarer Stellenausstattung. Die Begutachtung hat darüber hinaus gezeigt, dass die in der Zielsetzung positiv zu sehende Integration der Sozialwissenschaften am Standort Hannover nicht systematisch und produktiv erfolgt ist. Auch die Nachwuchsförderung hat innerhalb der „vierten Säule“ unübersehbar unter der nicht vollzogenen Integration gelitten. Die Gutachter haben angesichts dieses Befundes vorgeschlagen, die sozialwissenschaftlichen Stellen in der Zukunftsplanung zur Deckung der Defizite etwa im Kernbereich des Zivilrechts, im Europarecht oder im Prozessrecht und internationalen Privatrecht konsequent einzusetzen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Neuordnung der Institutsgliederung verbunden werden.

Universität Lüneburg

Die Forschungsaktivitäten und das Engagement in Lüneburg sind, gemessen an den Rahmenbedingungen des Standorts, bemerkenswert. Gleichwohl könnte aus Sicht der Gutachter eine Restrukturierung zur Optimierung beitragen. Hierzu liegen Empfehlungen vor, die sich zum einen auf die institutionelle Anbindung bzw. inhaltliche Ausrichtung zweier rechtswissenschaftlicher Professuren an der Universität beziehen, zum anderen die Verlagerung einer Stelle (nach Freiwerden) an den Standort Osnabrück diskutieren. Darüber hinaus geben die Gutachterinnen und Gutachter zu bedenken, dass ein Standort mit vier Professuren, der keine grundständige Juristenausbildung betreibt und nur ein eingeschränktes Promotionsrecht besitzt, sich vor allem für die Durchführung von Habilitationen zu einer besonderen Qualitätskontrolle seiner Nachwuchsförderung verpflichten sollte.

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Im Bereich der Forschung hat das Juristische Seminar der Universität Oldenburg in der Vergangenheit keine eigene Profilbildung betrieben, wenngleich die Schwerpunkte einzelner Forschungseinheiten sowohl rechtswissenschaftlich sichtbar als auch zum Teil auf wirtschaftswissenschaftliche oder informationstechnische Arbeiten bezogen sind. Die Gutachterinnen und Gutachter haben die individuellen Forschungsleistungen an den Lehrstühlen in Rechnung gestellt; dennoch ist nach Ansicht der Kommission unter strukturellen (Forschungs-)Gesichtspunkten zu empfehlen, mittelfristig einzelne (im Bericht näher bezeichnete) Stellen an die Universitäten Göttingen und Osnabrück zu verlagern.

Die rechtswissenschaftliche Nachwuchsförderung in Oldenburg ist von der Gutachtergruppe in ähnlicher Weise problematisiert worden wie bereits für die Universität Lüneburg. Auch die Universität Oldenburg sollte mit Blick auf die Berufbarkeit der Nachwuchswissenschaftler/innen sicherstellen, dass keine *venia* verliehen wird, für die am Standort selbst die formalen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Universität Osnabrück

Die Universität Osnabrück hat es in den zurückliegenden Jahren verstanden, in den Rechtswissenschaften eine nicht nur nationale, sondern in Teilen auch internationale Sichtbarkeit zu erlangen. Gemessen an der (Grund-)Ausstattung des Fachbereichs ist dies eine sowohl unter Effizienz- als auch Effektivitätsgesichtspunkten bemerkenswerte Leistung. Die Konzentration des Fachbereichs auf das Wirtschaftsrecht ist nachvollziehbar, inhaltlich zukunftsweisend und von außen betrachtet als „Alleinstellungsmerkmal“ der Rechtswissenschaften in Osnabrück gut zu erkennen. Zu einer weitergehenden Profilierung wird nach Auffassung der Gutachtergruppe das in Planung befindliche European Legal Studies Institute beitragen. Bei der begrüßenswerten Schwerpunktbildung sollte das Fach gleichwohl darauf achten, dass die Forschungen in anderen zentralen Bereichen in der Scientific Community anschlussfähig bleiben, und dafür Sorge tragen, dass der wissenschaftliche Nachwuchs ausreichend internationale Erfahrung sammeln kann.

III.4 Multidisziplinäre Verfahren

III.4.1 Berufswissenschaften der Lehrerbildung

Die Forschung in den Berufswissenschaften der Lehrerbildung wurde im Juni 2001 von einer Expertenkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth begutachtet. An diesem Verfahren waren die acht niedersächsischen Universitäten und gleichgestellten Hochschulen beteiligt, an denen das Land Ressourcen für die Lehrerbildung vorhält. Dieser Evaluation der Forschung waren die Evaluation der Lehre in den Grundwissenschaften der Lehrerbildung und in den Erziehungswissenschaften in den Jahren 2000 und 2001 vorausgegangen.

Der Abschlussbericht wurde im März 2002 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Angesichts der Tatsache, dass es für ganz Niedersachsen an den meisten Standorten kein organisatorisches Konzept der Qualitätssicherung, der Ausbildung des wissen-

schaftlichen Nachwuchses und der Einbindung von Forschung in die landesweite Entwicklungsarbeit des Bildungssystems gibt, sind energische Anstrengungen zur Verbesserung notwendig. Die Lehrerbildung hat ohne berufswissenschaftliche Forschung keine Zukunft. Die weltweit verfügbaren Potenziale der schulbezogenen Forschung, sowohl hinsichtlich der Organisation und Profession als auch der Lehr- und Lernprozesse sowie der Curriculumentwicklung, müssen in Niedersachsen an Bedeutung gewinnen und besser genutzt werden. Ohne kritische Prüfung der vorhandenen Arbeit und ohne neue Investitionen wird man diesen Ertrag allerdings nicht erreichen können.

Die Gutachtergruppe konstatiert einen systematischen und dringenden Handlungsbedarf für die niedersächsische Bildungspolitik und die Lehrerbildung an den einzelnen Hochschulen. Die nachfolgenden Empfehlungen fassen die strategischen Ansatzpunkte zusammen, die berücksichtigt werden müssen, damit die Lehrerbildung in Niedersachsen ein qualitativ hinreichendes, auch unter Forschungsgesichtspunkten tragfähiges Fundament gewinnt. Das bedeutet im Einzelnen:

(1) standortspezifisch

- Angesichts des mittel- und langfristig absehbaren Lehrerbedarfs kann das Land Niedersachsen die bisherigen Standorte nicht prinzipiell zur Disposition stellen; sie kann sie allerdings nur erhalten und ausbauen, wenn Ausbildung und Forschung am jeweiligen Standort den Kriterien entsprechen, die erst eine Investition in Personen und Organisationen rechtfertigen.
- Neben der Garantie des Mindeststandards ist eine Sicherung der Qualität der Forschung nur möglich, wenn die Standorte profilbildend tätig werden. Sie sollten dies über die Planung der Forschungsaktivitäten, die Beteiligung an der nationalen und internationalen Forschung, z.B. durch Wettbewerb um Drittmittel, als auch mittel- und langfristig über die Definition der Forschungsschwerpunkte und die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses realisieren.
- Die fachspezifischen Profile, z.B. für die Sonderpädagogik, bzw. die Kooperation mit den lokalen Fachkulturen, etwa in Hannover oder Braunschweig, bieten gute Ansatzpunkte für Leistungssteigerungen im jeweiligen Feld, die Möglichkeiten werden bisher aber in aller Regel nicht hinreichend genutzt.
- An den einzelnen Standorten sollten organisatorische Vorkehrungen für den Zusammenhang von Lehr- und Forschungsaufgaben innerhalb der Lehrerbildung getroffen werden. „Didaktische Zentren“ werden zwar intensiv diskutiert, sie haben aber noch nicht die Gestalt gefunden, in der sie ihre Querschnittsaufgaben wirklich wahrnehmen können. Die Hochschulen müssten diese Zentren finanziell und personell deutlich besser ausstatten, die Kooperation mit der Schulpraxis verstetigen, die

hochschulinterne Mitarbeit über Leistungsanreize attraktiv machen und die Leistung selbst wiederkehrend evaluieren.

(2) fachspezifisch

- Die Erziehungswissenschaft an den niedersächsischen Hochschulen muss ihre Rolle als Berufswissenschaft der Lehrer wieder deutlicher ins Zentrum ihrer Arbeit rücken, in der Ausbildung ihrer Curricula dem Arbeitsfeld Rechnung tragen, u.a. durch ein Kerncurriculum Lehrerbildung, und in ihren Forschungsmethoden den Anschluss an den geltenden Qualitätsstandard suchen.
- Die Pädagogische Psychologie hat für Schule und Lehrerberuf große Bedeutung, sie wird in Niedersachsen dieser Bedeutung jedoch nicht durchgängig gerecht. Die Qualität ließe sich dadurch steigern, dass diese Disziplin ihre Stellung an der Grenze zwischen den Erziehungswissenschaften und der Psychologie verstärkt reflektiert und in den Forschungsstandards auch umzusetzen sucht; gemeinsame Berufungskommissionen und eine kooperative Evaluation der Forschungsleistungen sind das Minimum des wechselseitigen Bezuges.
- Die übrigen Grundwissenschaften, vor allem die Wahlpflichtfächer, können ebenso wenig wie die Pädagogische Psychologie allein über die Referenz auf Bildungssystem und Lehrerberuf definiert werden. Es sollte aber künftig nicht möglich sein, im Kontext der Lehrerbildung zu arbeiten, ohne die Forschungsprobleme in diesem Feld anzuerkennen. Bei der Neu- bzw. Wiederbesetzung von Stellen im Bereich von Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie sollte deshalb mindestens je eine Stelle für Bildungssoziologie, Bildungspolitik und Erziehungsphilosophie an jedem niedersächsischen Standort vorgesehen werden.
- Die Fachdidaktiken sind trotz exzellenter Leistungen im Einzelnen insgesamt weder hinreichend institutionalisiert noch durchgängig als forschende Disziplinen anerkannt und ausgestattet. Neue Investitionen sind daher notwendig; sie müssen in jedem Fall die Möglichkeiten der Nachwuchsförderung berücksichtigen.
- Die Fachdidaktiken innerhalb der Berufs- und Wirtschaftspädagogik bedürfen angesichts der Komplexität des Feldes und der wachsenden Bedeutung der Lehrämter in diesem Bereich besonderer Aufmerksamkeit; das Hinzuziehen auswärtigen Sachverständigen bei der Besetzung von Stellen ist hier besonders dringlich.

(3) wissenschaftspolitisch

- Berufungspolitik sollte mehr als bisher als strategischer Hebel genutzt werden. Zur Sicherung der Qualität wäre zu prüfen, inwieweit die Landesregierung dafür Sorge tragen kann, dass neben der Mitwirkung auswärtiger Wissenschaftlerinnen und Wis-

senschaftler auch fach- bzw. standortspezifische Kommissionen, die mehrheitlich extern besetzt sein sollten, den Erneuerungsbedarf vorantreiben; dies gilt vor allem für die Fachdidaktiken, standortspezifisch auch in der Erziehungswissenschaft und Schulpädagogik, sowie standortübergreifend für den Bereich Sonderpädagogik/Behindertenpädagogik.

- Leistungs- und Anreizsysteme bilden lokal und überregional den zweiten Hebel einer Politik, die an der Qualität von Forschung interessiert ist. Nach Ansicht der Gutachtergruppe nutzt die niedersächsische Landesregierung entsprechende Mechanismen noch nicht hinreichend, z.T. auch nur inkonsistent, wenn Standorte geringer Leistungsfähigkeit bei Mittelzuweisungen nach der jetzigen Praxis bevorzugt werden. Es wird daher empfohlen, die Zuweisung von Stellen und von Haushaltsmitteln vom nachgewiesenen Fortschritt in der Forschung in den Berufswissenschaften abhängig zu machen sowie - in der Problemgruppe der Standorte und bei lokal gravierenden Schwächen - die Freigabe der Mittel und die Besetzung von Professuren mit der Vorlage und externen Begutachtung eindeutiger Entwicklungspläne zu verknüpfen. Forschungsmittel sollten schließlich nur befristet zugewiesen werden.
- Ungeachtet aller Leistungsanreize muss die niedersächsische Landesregierung sicherstellen, dass die Ausstattung der Forschungseinheiten und -standorte als forschungsfähige Infrastruktur gelten kann. Fachgebiete sollten deshalb an keinem Standort unter dem Niveau angemessener ausgestatteter Professuren vertreten sein, d.h. sie sollten neben der Professur selbst, nicht unter C3 bzw. W2, ein Stellenpotenzial umfassen, das neben Qualifikationsprozessen auch die Lehre im Fach sichert und bei der Akquisition von Drittmitteln Wettbewerbsfähigkeit herstellt.
- Das Land sollte schließlich die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht allein durch die Stellenausstattung und durch Leistungsanreize fördern, sondern das gute Beispiel des Oldenburger Promotionsstudiengangs auf andere Standorte ausweiten, wenn entsprechende Kompetenz vorhanden und die wissenschaftliche Qualität gesichert ist.

Die Gutachterinnen und Gutachter sind sich bewusst, dass eine Umsetzung ihrer Empfehlungen in Teilen einschneidende Konsequenzen für die einzelnen Standorte hat und dass eine Abkehr von den alten Hierarchien der Fächer, Aufgaben und Ausbildungsgängen unbedingt voraus bzw. parallel gehen muss. Solche weitreichenden Konsequenzen sind aber notwendig, wenn die aktuell beliebte Rhetorik von der Bedeutung des Bildungsbereichs für die individuelle und gesellschaftliche Zukunft nicht ins Leere gehen soll. Hohe Erwartungen an das Bildungssystem und den Lehrerberuf erfordern auch energischen Einsatz für die Steigerung ihrer Qualität. Gute Forschung als eine Grundvoraussetzung von Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung kann jedoch nicht ohne an-

gemessene institutionelle Strukturen und gemeinsame Anstrengungen der relevanten Akteure, sowohl in den Hochschulen als auch im bildungspolitischen Bereich, erbracht werden.

Die Standorte

Die nachfolgende standortvergleichende Bewertung stellt den Versuch dar, das Evaluationsergebnis in Kurzform zu dokumentieren. Mit der vorgenommenen Gruppierung der Standorte wird jedoch kein „Ranking“ im strikten Sinne vorgelegt, bei dem die Abstände innerhalb und zwischen den Gruppen vergleichend mathematisch darstellbar wären. Die Zuordnung basiert vielmehr auf dem Gesamteindruck des jeweiligen Standortes, wobei über die Forschungsleistungen hinaus auch die lokalen Rahmenbedingungen, das Entwicklungspotenzial der Forschung in den Berufswissenschaften, die Strukturen der Fächer, der Stellenwert der Lehrerbildung an der Hochschule insgesamt und das Engagement der Hochschulleitung berücksichtigt worden sind.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die folgenden drei Gruppen für die Forschungsleistung und das Forschungspotenzial in den Berufswissenschaften der Lehrerbildung in Niedersachsen unterscheiden:

1. Standorte, die mit ihren Forschungsleistungen innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen und aufgrund der Unterstützung, die die Lehrerbildung in den einzelnen Universitäten erfährt, gute Anknüpfungspunkte für eine weitergehende Profilbildung des berufswissenschaftlichen Feldes bieten.
2. Standorte mit deutlichem Entwicklungspotenzial, jedoch zugleich mit zum Teil erheblichen Problemen in Bezug auf die Forschung und deren Rahmenbedingungen an den einzelnen Hochschulen, so dass sich die Forschung nur bei angemessener und standortspezifischer Unterstützung entsprechend entfalten kann.
3. Standorte, die den Anforderungen an eine theorie- und methodenbewusste Forschung in den Berufswissenschaften und an eine zukunftsgerichtete und entwicklungsfähige Lehrerbildung und -ausbildung derzeit aus unterschiedlichen Gründen nicht genügen.

Gruppe 1

Zur Gruppe 1 werden die Hochschulen in Braunschweig, Oldenburg und Osnabrück gerechnet. Es entspricht dem Gesamtergebnis der Evaluation, dass auch in dieser Gruppe für einzelne Fächer und Forschungseinheiten zum Teil sehr geringe Forschungsleistungen zu verzeichnen waren.

Technische Universität Braunschweig

An der Technischen Universität Braunschweig ist das Engagement für die Lehrerbildung und innerhalb der berufswissenschaftlichen Fächer an vielen Stellen ersichtlich. Von der Hochschulleitung bis in die einzelnen Forschungseinheiten hinein gibt es ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von qualitativ hochwertiger Forschung. Die spezifischen Forschungsprobleme werden gesehen, auch in der Erziehungswissenschaft werden die Herausforderungen von Bildungssystem, Lehrberuf und Lehr-/Lernprozessen angenommen und zum Teil produktiv gewendet. Gleichzeitig versucht die Universität Braunschweig, ihre technische Ausrichtung auch in der Akzentuierung der Forschung innerhalb der Lehrerbildung zur Geltung zu bringen. Die Chance zu einer Umsetzung dieses Programms ist mit den schon erfolgten Neubesetzungen ergriffen worden, sie kann bei den weiteren Berufungen noch zielgerichteter genutzt werden; ein Plan zur Entwicklung der Hochschule existiert.

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Die Universität Oldenburg ist immer noch deutlich von dem Reformgeist geprägt, mit dem sie einst angetreten war und im Modellversuch der Einphasigen Lehrerausbildung Zeichen setzen wollte. In der berufswissenschaftlichen Forschung zeigt sich das zunächst darin, dass berufswissenschaftliche Fragestellungen als Fokus der Forschung akzeptiert werden, dass die Universität Akzente bei der Forschung in der Lehrerbildung setzt und mit einigen der Instrumente, u.a. mit dem vom Land geförderten Promotionsprogramm, auch über institutionelle Möglichkeiten verfügt, die für ganz Niedersachsen und darüber hinaus zum Vorbild werden könnten. Allerdings wird dieses Potenzial in theoretischer und methodischer Hinsicht noch nicht so ausgeschöpft, wie man es angesichts der guten Voraussetzungen erwarten muss. Es hat den Anschein, dass der alte Reformgeist sich als Hindernis zu einer strikteren Theoretisierung der Forschung erweist.

Universität Osnabrück

Die Berufswissenschaften der Lehrerbildung in Osnabrück sind gekennzeichnet durch eine in weiten Teilen funktionierende Kommunikation und ein deutliches Bewusstsein für die Notwendigkeit einer theorieorientierten, an hohen Maßstäben zu messenden Forschung. Dieses Bewusstsein dokumentiert sich jedoch nicht immer in guten und sehr guten Forschungsleistungen. Im Ergebnis zeigt sich eine spannungsreiche Gleichzeitigkeit von exzellenter Forschung - diese vor allem mit Spitzenleistungen in den Fachdidaktiken - und durchaus problematischer Arbeit in anderen Feldern, z.B. in der Erziehungswissenschaft. Die Hochschule sollte das vorhandene Potenzial gezielt nutzen und versuchen, in den Berufswissenschaften durchgängig das hohe Niveau zu erreichen, das sie in einigen Arbeitsbereichen schon jetzt besitzt.

Gruppe 2

Der Gruppe 2 gehören die Universitäten Hildesheim, Lüneburg und Hannover an.

Universität Hildesheim

Die Lehrerbildung an der Universität Hildesheim ist gekennzeichnet durch ein großes Engagement der beteiligten Akteure und die hohe Sichtbarkeit der wechselseitigen Leistungen. Die Schwächen eines kleinen Standorts sind zugleich unverkennbar, denn es fehlt in der Regel die Attraktivität für die Spitzenforscher, an einen solchen Standort zu gehen bzw. dort langfristig zu bleiben. In Hildesheim gibt es insofern keine Leitfiguren oder eine Leittheorie, die neben dem Engagement auch Exzellenzkriterien deutlich zur Geltung bringen und dauerhaft in allen Bereichen der berufswissenschaftlichen Forschung zu verankern vermag. Das Centrum für Bildungs- und Unterrichtsforschung (CeBU) könnte dafür den Rahmen abgeben, gegenwärtig wird es noch zu sehr unter organisatorischen und Infrastrukturgesichtspunkten diskutiert, als dass schon theorie- und forschungsbezogene Aspekte im Mittelpunkt stünden.

Universität Lüneburg

Die begrenzten Möglichkeiten eines kleinen Standorts charakterisieren auch die Situation an der Universität Lüneburg. Nach den baulichen Voraussetzungen vielleicht sogar noch besser als Campus-Universität ausgestattet, verfügt die Hochschule jedoch über eine derart schmale sachliche und personelle Ausstattung, dass nicht einmal bereichsspezifisch exzellente Leistungen angemessen gefördert werden konnten. Gleichwohl liegen vielversprechende Planungen vor. Neben dem anerkannten Stellenwert der Forschung in der Lehrerbildung werden in Lüneburg auch die Erwartungen des Praxisfeldes gleichrangig berücksichtigt, gestützt auf einen inneruniversitären Konsens über die Bedeutsamkeit der Lehrerbildung für den Standort insgesamt. Für die Zukunft sollte allerdings neben der allgemeinen Standardangleichung auf dem partiell erreichten hohen Niveau auch dafür gesorgt werden, dass die besonderen, lehrerbildenden Spezialitäten in Lüneburg zugleich die fachwissenschaftliche Fundierung finden, die sie benötigen.

Universität Hannover

Die Universität Hannover ist innerhalb dieser Gruppe der niedersächsischen Hochschulen sicherlich der schwächste Standort. Auf Fachbereichsebene gibt es kein konsistentes Programm zur Entwicklung von Lehre und Forschung, nur bei einigen Akteuren ist ein Qualitätsbewusstsein für die berufswissenschaftliche Forschung vorhanden. Gute bis überdurchschnittliche Leistungen bei einzelnen Forschungseinheiten und Personen stehen neben mittelmäßigen oder schlechten Ergebnissen in der Forschung. Sie kommen

selbst dort vor, wo die Hochschule ein Monopol bei Angeboten in Niedersachsen besitzt bzw. teilexklusiver Standort ist.³

Gruppe 3

In die Gruppe 3 fallen die Universität Göttingen und die Hochschule Vechta.

Georg-August-Universität Göttingen

An der Universität Göttingen entsprechen weder die institutionelle Sicherung und die universitätsinternen Qualitätskriterien noch die konkreten Ergebnisse der Arbeit - von wenigen Ausnahmen abgesehen - dem zu fordernden Standard der Forschung in den Berufswissenschaften der Lehrerbildung. Diese Situation ist umso problematischer, als Göttingen für Niedersachsen ein zentraler Standort gymnasialer Lehrerbildung ist, die Qualität der Arbeit in den höheren Schulen aber nachweisbar von der theoretischen, fachdidaktischen und erziehungswissenschaftlichen Kompetenz der Lehrer abhängig ist. Die Schlussfolgerung kann nur sein, dass am Standort sowohl personell wie finanziell, in der Widmung von Stellen, in der Durchsetzung eindeutiger und an wissenschaftlichen Standards orientierter Qualitätskriterien sowie bei der Schaffung einer aufgabenbezogenen Forschungsinfrastruktur erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Forschung in der Lehrerbildung auf ein Niveau zu heben, das allein dem Standort und der zu bearbeitenden Aufgabe angemessen sein kann.⁴

Hochschule Vechta

Die Zuordnung der Hochschule Vechta in diese Problemgruppe hat andere Gründe und führt nicht zur Entwicklung einer Perspektive der Änderung und Verbesserung des Standorts. Ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen kann für die Forschungsleistungen in den Berufswissenschaften der Lehrerbildung kein positives Urteil gefunden werden. In den einzelnen Bereichen und Disziplinen, mit denen sich die Evaluation beschäftigt hat, findet sich allenfalls Mittelmaß, gekennzeichnet durch fehlendes Forschungsbewusstsein und weitgreifende Defizite in den Theorie- und den Methodenbezügen. Insgesamt werden die Erwartungen, die man an einen modernen Hochschulstandort und seine Leistungen heute haben muss, nicht hinreichend erfüllt. Die Gutach-

³ Die Universität Hannover hat 2003 ein umfassendes, von der Wissenschaftlichen Kommission begutachtetes Konzept zur internen Qualitätssicherung vorgelegt.

⁴ Die Universität hat in der Zwischenzeit ein Konzept zur Umstrukturierung der Lehrerbildung vorgelegt, das von der Wissenschaftlichen Kommission positiv bewertet worden ist. Die Umsetzung des Konzepts ist in wesentlichen Punkten eingeleitet.

tergruppe stellt deshalb die Frage, ob der Standort auf Dauer innerhalb der niedersächsischen Hochschullandschaft noch akzeptabel ist.

III.4.2 Umweltwissenschaften

Im Juni 2002 wurde die Qualität der umweltwissenschaftlichen Forschung an niedersächsischen Universitäten durch eine hochrangig besetzte Gutachterkommission unter Vorsitz von Herrn Prof. Wiggering (Leiter des Zentrums für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung, Müncheberg) evaluiert. In diesem interdisziplinär angelegten Verfahren haben es die Gutachter zunächst übernommen, den Begriff der Umweltwissenschaften wissenschaftlich zu definieren und festzulegen, welche fachlichen Komponenten die Umweltwissenschaften enthalten müssen und welche Leistungen diese Disziplinen zu erbringen haben. Damit verbunden war die Herausforderung, fachspezifische Kriterien für die Forschungsevaluation in den Umweltwissenschaften zu erarbeiten.

An dem Verfahren waren die Technischen Universitäten Braunschweig und Clausthal, die Universitäten Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück sowie die Hochschule Vechta beteiligt.

Der Abschlussbericht wurde im März 2003 vom Plenum der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedet.

Übergreifende Ergebnisse und Empfehlungen

Die Gutachter sind zu dem Ergebnis gekommen, dass umweltwissenschaftliche Forschung die Analyse der Umweltsituation beinhaltet, sich mit der Entwicklung von Möglichkeiten zur Therapie einer geschädigten Umwelt befasst und prophylaktische Strategien zum Erhalt der Umwelt entwickelt. Sie benötigt daher nicht nur naturwissenschaftliche Grundlagen, sondern (unter anderem) auch Expertise in der Soziologie, in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften und in den Ingenieurwissenschaften. Umweltwissenschaftliche Forschung muss sowohl über fachliche Tiefe wie auch über interdisziplinäre Breite verfügen. Dabei bedeutet Interdisziplinarität die Bearbeitung *eines* Problems von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen und Methoden. Zu interdisziplinärer Arbeit gehört, die eigene Disziplin anderen mit ihren spezifischen Methoden vermitteln zu können, sich zu den Nachbarwissenschaften zu öffnen und gemeinsam Verbindungslinien zu schaffen.

Über die naturwissenschaftliche Analyse hinaus müssen die Forschungsarbeiten eine Umweltdiagnostik und konkrete Handlungsanweisungen ergeben. Mehr noch als in anderen Wissenschaftsbereichen müssen die Erträge der Umweltforschung in die prakti-

sche Anwendung gebracht werden, gesellschaftliches und politisches Handeln beeinflussen und wirtschaftlich umgesetzt werden. Dies muss nicht von jedem einzelnen Wissenschaftler selbst geleistet werden, doch sollten Umweltwissenschaftler ihre Ergebnisse als kompetenter Partner in anwendungsnahe Bereiche einbringen bzw. ihre Forschung so ausrichten und darstellen, dass diese von anwendungsnahen Bereichen wie Politik und Wirtschaft aktiv gesucht und aufgegriffen wird.

Insgesamt zeigt das Verfahren, dass die niedersächsischen Universitäten über eine ausgesprochen vielfältige und breite Exzellenz in den Umweltwissenschaften verfügen, die von der ökologischen Grundlagenforschung über soziologische und planerische Aspekte bis hin zur Umwelttechnik reicht. Dabei bestehen kaum Redundanzen der einzelnen Forschungsschwerpunkte, so dass sich aus unterschiedlichen und oft einzigartigen Ausrichtungen an den einzelnen Hochschulen ein äußerst interessantes Gesamtprofil der Umweltwissenschaften in Niedersachsen ergibt. Die umweltbezogenen Forschungsschwerpunkte werden in den meisten Fällen von der Hochschulleitung unterstützt und gehen in das Gesamtkonzept der jeweiligen Universität ein. Auch quantitativ sind die Umweltwissenschaften im nationalen Vergleich gut vertreten, so dass sich das Land in der umweltwissenschaftlichen Forschung auszeichnet und auf ein großes Potenzial zurückgreifen kann.

Die Standorte

Technische Universität Braunschweig

Das umweltwissenschaftliche Profil der Technischen Universität Braunschweig wird durch den technischen Umweltschutz geprägt, der Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der nachhaltigen Entwicklung von Lebensräumen unter besonderer Berücksichtigung von Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen. Die Umweltwissenschaften in Braunschweig erbringen bis auf wenige Ausnahmen gute bis sehr gute Leistungen. Die Forschungsrichtung wird als durchaus zukunftsträchtig bewertet, doch erscheint das Profil insgesamt noch sehr breit und heterogen. Die Gutachter empfehlen, dass die besonders stark im Umweltbereich engagierten und an einer entsprechenden Schwerpunktsetzung interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützt und unter dem fachlichen Dach vereint werden sollten. Diese Forschungseinheiten sollten das Leitbild spezifizieren und sodann eine entsprechende Fokussierung anstreben.

Technische Universität Clausthal

Die TU Clausthal leistet einen wichtigen ingenieurwissenschaftlichen Beitrag zu den Umweltwissenschaften. Der Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der Umwelttechnik. Als übergeordnete Ziele werden die Ressourcenschonung, die Schließung von Stoff-

kreisläufen und die Entlastung natürlicher Stoffkreisläufe angestrebt. Nicht nur das umweltwissenschaftliche Konzept, sondern in den meisten Fällen auch die wissenschaftliche Qualität der Forschungsarbeiten stellte sich den Gutachtern sehr überzeugend dar. Hervorzuheben ist, dass der Anwendungsbezug vielfach in herausragender Weise vorhanden ist und die Umsetzung der Forschungsergebnisse im Rahmen von gut ausgebauten Industriekooperationen gelingt. Defizite wurden allerdings bei Veröffentlichungen in internationalen Zeitschriften festgestellt. Weiterhin sollte die interne Vernetzung ausgebaut werden und darüber hinaus eine Öffnung nach außen, vor allem auch hin zu den nicht-technischen Bereichen, verfolgt werden.

Universität Göttingen

In Göttingen findet sich eine zum Teil international hervorragende Umweltforschung vor allem im Bereich der Forstwissenschaften und Waldökologie sowie in einigen Bereichen der Agrarwissenschaften. Die Universität hat die Forschungsaktivitäten in den Umweltwissenschaften in insgesamt sechs interdisziplinär ansetzenden Zentren thematisch gebündelt. Die Arbeit dieser Zentren ist zumeist als hervorragend einzustufen, allen voran das Zentrum für Waldökologie. Die neueren Zentren überzeugen durch ihren konzeptionellen Ansatz und lassen für die Zukunft interessante und wegweisende Arbeiten erwarten. Die Gutachter können hier nur empfehlen, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen und weiterzuentwickeln.

Universität Hannover

Die Gutachter haben an der Universität Hannover zwei zukunftssträchtige Schwerpunkte in der Umweltforschung vorgefunden, die zum einen durch das Institut für Bodenkunde des Fachbereichs Geowissenschaften und Geographie und zum anderen durch den Fachbereich Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung gebildet werden. Der Fachbereich Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung hat mit seiner planerischen Ausrichtung ein äußerst interessantes Profil und stellt für die Umweltwissenschaften eine wichtige Ergänzung dar. Wenn es gelänge, diese Aktivitäten durch eine stärkere Vernetzung und bessere Nutzung der interdisziplinären Ansätze innerhalb des Fachbereichs aber auch innerhalb der Universität stärker und gezielter in die Umweltwissenschaften einzubringen, hätte die Universität Hannover hier ein signifikantes Alleinstellungsmerkmal. In der Bodenkunde wird insgesamt eine äußerst hochwertige Grundlagenforschung betrieben. Ein großer Teil der Arbeiten findet eine internationale Anerkennung.

Universität Lüneburg

Die Universität Lüneburg verfügt als einzige Hochschule in Niedersachsen über einen eigenen Fachbereich für Umweltwissenschaften. Diesem Schwerpunkt wird auch seitens

der Hochschulleitung eine besondere Bedeutung zugewiesen. Insgesamt sind die Umweltwissenschaften an der Universität Lüneburg in großer Breite vorhanden, doch fehlt die Integration, durch die auch eine entsprechende interdisziplinäre Tiefe und kritische Masse erreicht werden könnte. Das Forschungsprofil muss noch deutlicher entwickelt und sichtbar gemacht werden. Dabei empfiehlt sich aufgrund der an der Universität insgesamt vorhandenen Expertise, eine Schwerpunktsetzung auf dem Bereich der Sozialwissenschaften anzustreben und die Naturwissenschaften nur punktuell vorzuhalten. Der Nachhaltigkeitsaspekt sollte bei den Überlegungen zu einem Profil weiterhin im Vordergrund stehen. Die interne Kooperation sollte unbedingt verbessert werden.

Universität Oldenburg

Der Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekt war und ist ein wesentlicher Bestandteil des Leitbilds der Universität Oldenburg. Dementsprechend finden sich in der Mehrzahl der bisherigen Fachbereiche Forschungseinheiten mit einer ausgeprägten umweltwissenschaftlichen Orientierung. Explizit den Umweltwissenschaften gewidmet ist dabei das Institut für Chemie und Biologie des Meeres (ICBM). Durch das ICBM erhält die Universität ein ausgeprägtes und sichtbares Forschungsprofil in den marinen Umweltwissenschaften. Die Umweltwissenschaften insgesamt stellen sich in Oldenburg vorrangig als eine fundierte und disziplinär ansetzende Grundlagenforschung dar. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit findet jedoch nur zwischen fachlich nahestehenden Bereichen statt. Die Gutachter empfehlen, die ausgewiesenen Bereiche zu stärken und enge fachliche Kooperationen wie auch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit über *ein* Zentrum mit Anreizstrukturen zu fördern.

Universität Osnabrück

Die umweltwissenschaftliche Forschung an der Universität Osnabrück ist zum einen im Institut für Umweltsystemforschung konzentriert vertreten, zum anderen über viele einzelne weitere Fachgebiete verteilt. Dabei zeichnet sich das Institut für Umweltsystemforschung durch hervorragende und zum großen Teil international hoch anerkannte Forschungsleistungen aus. Auch in den anderen Fachgebieten mit umweltwissenschaftlicher Ausrichtung werden zum großen Teil sehr gute Forschungsleistungen erbracht, allen voran die Umweltphysik, aber auch die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Aus der bestehenden Struktur leiten die Hochschulleitung wie auch die Fachvertreter ein zukünftiges Konzept ab, in dem mit der Bildung eines „Zentrums für Umweltsystemforschung und Nachhaltigkeit“ die Umweltforschung an der Universität Osnabrück stärker gebündelt werden soll. Die Idee der Zentrumsgründung findet bei den Gutachtern eine große Zustimmung und wird unterstützt. Allerdings bedarf es noch einer weiteren fachlichen Schwerpunktsetzung.

Hochschule Vechta

An der Hochschule Vechta wurden drei Institute mit umweltwissenschaftlicher Ausrichtung in die Forschungsevaluation eingebracht. Der umweltwissenschaftliche Forschungsansatz setzt sich bislang aus spezifischen Einzelprojekten in den einzelnen Instituten bzw. Fachdisziplinen zusammen, die punktuell gute Forschungsleistungen erbringen (z.B. Strukturforschung, Geoinformatik). Die umweltwissenschaftliche Forschung der Hochschule Vechta ist durch ihre starke lokale Verankerung geprägt und zeichnet sich durch eine hohe transdisziplinäre Ausrichtung aus. Interdisziplinäre Ansätze fehlen hingegen weitgehend. Die Gutachtergruppe bezweifelt, dass das vorgelegte Strukturkonzept genügend fachlich unterlegt ist und stellt eine insgesamt strukturell unterkritische Masse fest. Sie empfiehlt daher, die Umweltwissenschaften an die Universität Lüneburg zu verlagern.

III.5 Evaluationen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen

III.5.1 Institut für Solarenergieforschung Hameln-Emmerthal (ISFH)

Das Institut für Solarenergieforschung GmbH (ISFH) in Hameln/Emmerthal wurde 1987 in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH gegründet. Alleiniger Gesellschafter ist heute das Land Niedersachsen. Das Land Niedersachsen hat den damals bevorstehenden Wechsel der Institutsleitung zum Anlass genommen, die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen um eine Bewertung der Leistungsfähigkeit und Entwicklungsperspektiven des ISFH zu bitten.

Die Gutachter sehen die gute Kooperation mit der Industrie als eine wesentliche Stärke des Instituts an. Es sucht bei seinen Forschungsprojekten frühzeitig den Kontakt zu Firmen und bezieht bei der Planung der Forschungsprojekte stets auch Aspekte einer möglichen industriellen Umsetzung mit ein. Dabei kann das Institut im Bereich Photovoltaik auch bereits auf erfolgreiche Pilotanlagen in der Industrie verweisen, die auf seinen Forschungen beruhen. Die Arbeiten zur Zertifizierung von Solarkollektoren sind ebenfalls von großem Interesse für industrielle Auftraggeber, sollten aber nicht aus der Grundfinanzierung subventioniert werden.

Wissenschaftlich liegt die Stärke des Instituts im Bereich Photovoltaik, auf dem international konkurrenzfähige Arbeit geleistet wird. Dabei ist das ISFH gut in den Forschungsverbund Sonnenenergie eingebunden. Zwar werden Forschungsarbeiten zur Photovoltaik auch an anderen Instituten des Verbunds betrieben, das ISFH hat hier jedoch durch originelle Forschungsarbeiten ein eigenständiges Profil erarbeitet, das eine gute Aus-

gangsbasis für weitere erfolgreiche Arbeiten bildet. In Aspekten der Grundlagenforschung, etwa der materialwissenschaftlichen Fragestellungen, die nicht im Institut selber behandelt werden können, sollte das ISFH jedoch stärker Kontakt zu möglichen Kooperationspartnern suchen; die Gutachter sind sich nicht sicher, ob Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der Universität Hannover schon optimal genutzt werden.

Ein weiteres Forschungsfeld des ISFH ist die thermische Nutzung von Sonnenenergie. Es sollte künftig auf ein Profil in Richtung „Solare Gebäude“ ausgerichtet werden. Hier spielt das Institut eine wichtige regionale Rolle bei der weiteren Verbreitung des Einsatzes von solarer Technik, auch wenn das Institut aufgrund begrenzter Ressourcen nicht die gleiche Themenbreite wie andere Institute bis hin zur virtuellen Gebäudesimulation abdecken kann.

Durch seine Öffentlichkeitsarbeit leistet das Institut einen wichtigen Beitrag für die Region und sollte dieser überaus positiven Funktion durch Einrichtung einer eigenen Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit einen höheren Stellenwert einräumen. Diese Stelle sollte sich auch systematischer mit Fragen der Systemanalyse beschäftigen, um z.B. das wirtschaftliche Potenzial einzelner Technologien zu bewerten oder die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung und Anwendung der Solartechnik einzuschätzen. Gleichzeitig empfehlen die Gutachter ein gewisses Maß an Controlling einzuführen, um die Steuerung des Instituts, Lerneffekte und Begutachtungen zu unterstützen. Dabei sollten Forschungsstrategien und -projekte mittelfristig formuliert und regelmäßig mit dem Ist-Stand der Arbeiten, den Ergebnissen und dem Ressourcenaufwand abgeglichen werden. Das Institut sollte sich bemühen, das Verhältnis zwischen Aufwand (Personal/Mann-Monate, Sachmittel) und wissenschaftlichem Ertrag der einzelnen Projekte transparent zu machen, um so eine Grundlage für eine kontinuierliche kritische Effizienzprüfung zu schaffen.

Die Gutachter unterstützen die Institutsleitung in der Absicht, die vakant gewordene Abteilungsleiterposition für Solarthermie vorerst nicht zu besetzen. Für die Leitung der Abteilung Solarthermie wird ein Abteilungsleiter derzeit nicht für notwendig erachtet, da die beiden Arbeitsgruppenleiter auch direkt an den Institutsleiter berichten können. Wichtiger ist es vielmehr, auf diese Weise personellen Gestaltungsspielraum für den zukünftigen Institutsleiter zu erhalten.

Die Gutachter sehen kaum Chancen, Industriepartner für ein stärkeres institutionelles Engagement oder etwa eine Übernahme des Instituts zu gewinnen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich das Interesse der Industrie auch weiterhin auf projektbezogene Zusammenarbeit beschränken wird. Hierbei hat sich das ISFH eindrucksvoll als interessanter Partner etabliert. Die Arbeiten des ISFH haben bereits zu zwei Firmenausgründungen geführt, eine dritte Ausgründung im Bereich Zertifizierung ist denkbar. Darüber

hinaus kann das Institut indirekt durch eine Identifikation der Region mit der Solarenergie einen Beitrag zur weiteren Ansiedlung von Firmen dieser Branche leisten.

III.5.2 Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel (HAB)

Im Sommer des Jahres 2001 wurde die Herzog August Bibliothek (HAB) in Wolfenbüttel auf Wunsch des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur durch die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen evaluiert. Die Einrichtungen in Wolfenbüttel stellen in ihrer jetzigen Form eine einmalige Verbindung von Bibliothek, Forschungsinstitut, Nachwuchsförderungs- und Kultureinrichtung dar. Durch die Einzigartigkeit ihrer Bestände und die Ausstrahlung ihrer Aktivitäten sind sie von herausragender regionaler, nationaler und internationaler Bedeutung. Ihre Gremien sind mit Experten aus dem In- und Ausland besetzt und belegen damit die Bedeutung, die der Bibliothek zukommt.

Die Gutachter waren der Auffassung, dass die HAB mit Hilfe der Empfehlungen aus der Evaluation die angeregte Umorientierung zu einer modernen Forschungsinstitution leisten kann, in der sich Teamgeist und Freude am gemeinsamen Planen und Arbeiten mit hoher wissenschaftlicher Qualität paaren. Als vordringlich sahen die Gutachter die rasche Besetzung der bisher blockierten Stelle in einer für die Forschung der HAB relevanten Weise an, weiter die personelle Verstärkung der Stipendiatenbetreuung und der Handschriftenabteilung. Sie verwiesen außerdem mit großem Ernst auf die raschen Entwicklungen im EDV-Sektor, die es erforderlich machen, die entsprechende Abteilung der HAB in eine Lage zu versetzen, in der sie sich nicht im Alltag der Dienstleistung und der Computer-Reparatur erschöpft, sondern vorausschauend konzeptionell handeln kann.

Schließlich wiesen die Gutachter darauf hin, dass die früher besetzte wissenschaftliche Stelle für das 17. Jahrhundert dringlich wieder geschaffen und besetzt werden muss, wenn nicht der Kernauftrag der HAB leiden soll. Für die Verbesserung des Arbeitsklimas nicht nur einiger weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheinen den Gutachtern die angeregte Umorganisation der Verwaltung und die dadurch möglichen Abteilungskonferenzen ein strukturelles Heilmittel zu sein. Im übrigen sind Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen eine Möglichkeit, die Arbeitsfreude der Mitarbeiter zu steigern. Auch die beengte Raumsituation ist dem Arbeitsklima nicht gerade förderlich. Die geplanten Neubauten sollten daher rasch in der Ausrichtung an der Funktionstüchtigkeit der HAB ausgeführt werden. Auch gaben die Gutachter zu bedenken, ob die HAB nicht zwischenzeitlich ihre vermieteten Räume zurückholen sollte.

Niedersachsen verfügt mit den Arbeitsstellen in Göttingen, Osnabrück und Wolfenbüttel über einen europaweit außergewöhnlichen Kompetenz-Schwerpunkt im Bereich der historischen und philologischen Frühneuzeitforschung. Das Land sollte mit diesem Pfunde, das ihm internationales Ansehen verschafft, wuchern. Die Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel ist die international angesehene und bekannte Kern-Institution dieses Kompetenz-Schwerpunktes.

III.5.3 Stiftung Johannes a Lasco Bibliothek Emden (JALB)

Als eine weitere Einrichtung der Frühneuzeitforschung wurde im Herbst 2002 die Johannes a Lasco Bibliothek (JALB) in Emden evaluiert, die seit 1993 in der Rechtsform einer Stiftung betrieben wird. Anlass für die Evaluation war die anstehende Entscheidung zur Weiterförderung des vom Land und von der Stiftung Niedersachsen mitfinanzierten Forschungsprogramms zu den „Kulturwirkungen des reformierten Protestantismus“. Angesichts der erst sehr kurzen Laufzeit des Forschungsprogramms selbst (seit Januar 2001) sollte die Evaluation aber von vornherein das gesamte Aufgabenspektrum der JALB einbeziehen und beurteilen, welche Position die Bibliothek im internationalen Kontext einnimmt und wie sie sich ggf. besser positionieren kann.

In der deutschen Bibliothekslandschaft vertritt die Johannes a Lasco Bibliothek das Spezialsammelgebiet ‚reformierter Protestantismus‘ (seit 1995 mit DFG-Förderung). In der Wissenschaft hat sie sich durch die Ausrichtung von Tagungen unter anderem unter dem Rahmenthema „Kulturwirkungen des reformierten Protestantismus“ in der (kirchen-) historischen Forschung einen Namen gemacht. Darüber hinaus ist die JALB über ihre Internet-Dienstleistungen zu einer wichtigen Adresse für den weltweiten Informationsaustausch der Reformierten Kirchen geworden. Schließlich ist sie als vielfältig genutzter Tagungs- und Veranstaltungsort in der Region ein unverzichtbarer Faktor. Ihre im Set der wissenschaftlichen Bibliotheken profilierte Position verdankt die JALB einer in den 90er Jahren mit großem Engagement und erfolgreich betriebenen Aufbauleistung, die von Anfang an durch eine gezielte und wirksame Öffentlichkeitsarbeit begleitet war. Die rasche Entwicklung zu einer modernen Spezialbibliothek auf der Basis eines alten, in wichtigen Teilen singulären Buchbestandes sowie die gelungene Verbindung von klassischen Bibliotheksaufgaben, wissenschaftlicher Studienstätte und öffentlicher Vermittlungsleistung wurden schon sechs Jahre nach der Neueröffnung vom Deutschen Bibliotheksverband und der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius mit der Verleihung des Preises „Bibliothek des Jahres 2001“ gewürdigt.

Die Gutachter empfahlen der JALB in allen Arbeitsbereichen, aber besonders in den Bereichen Bibliothek und Wissenschaft eine klare und noch deutlichere Konzentration auf

das Kernprofil, den reformierten Protestantismus der frühen Neuzeit. Die Planung und Gestaltung des Forschungsprogramms der JALB sollte dem wissenschaftlichen Beirat übertragen werden. Das Forschungsprojekt „Kulturwirkungen des reformierten Protestantismus“ sollte vom Land Niedersachsen und von der Stiftung Niedersachsen weiter gefördert werden. In organisatorischer Hinsicht empfahlen die Gutachter aber, die vorgesehene Einrichtung eines Instituts zur Erforschung des reformierten Protestantismus zu überdenken und insbesondere von der Finanzierung eines Teilzeit-Institutsdirektors Abstand zu nehmen. Statt dessen sollte der aus dem Programm finanzierte wissenschaftliche Mitarbeiter die Gelegenheit erhalten, in Kooperation mit geeigneten externen Experten Initiativen in Richtung auf ein größeres drittmittelfähiges Forschungsprojekt mit engem Bestandsbezug auszuarbeiten. Ferner sollte die JALB ein Stipendienprogramm entwickeln und ab 2004 die ersten Stipendien vergeben.

Teil IV: Zusammensetzung der Gremien

IV.1 Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen

Stimmberechtigte Mitglieder

Prof. Dr. Jürgen Mlynek (Vorsitz, seit Mitte 2000)
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Frühwald (Vorsitz 1997 - Mitte 2000)
Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

Prof. Dr. Helmut Altner
Zoologisches Institut, Universität Regensburg

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fricke
Institut für Luft- und Raumfahrt, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Ute Gerhard (1997-2000)
Institut für Sozialforschung, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Erika Fischer-Lichte (seit 2001)
Institut für Theaterwissenschaften, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Regine Kahmann
Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie, Marburg

Prof. Dr. Horst Franz Kern
Präsident der Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Thomas Ottmann
Institut für Informatik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Dres. h.c. Arnold Picot
Fakultät für Betriebswirtschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Hubert Schmidbaur
Fakultät für Chemie, Technische Universität München

Prof. Dr. Ewald Terhart (seit 2000)
Institut für Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik, Westfälische Wilhelms-Universität
Münster

Prof. Dr. Heide Ziegler
Präsidentin der International University in Germany Bruchsal

Beratende Mitglieder

Prof. Dr. Christa Cremer-Renz (seit 2001)
Präsidentin der Fachhochschule Nordost-Niedersachsen

Prof. Dr. Arno Jaudzims (1997-2000)
Präsident der Fachhochschule Hannover

Dr. Wilhelm Krull
Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Hannover

Prof. Dr. Ludwig Schätzl
Vorsitzender der Landeshochschulkonferenz, Präsident der Universität Hannover

Prof. Dr. Rainer Künzel (seit Mitte 2001)
Wissenschaftlicher Leiter der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA), Präsident der Universität Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hinrich Seidel (1997 bis Mitte 2001)
ehem. Wissenschaftlicher Leiter der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA)

Prof. Dr. Hans-Wolf Sievert
Vorsitzender des Vorstandes der Sievert AG & Co., Osnabrück

Hubertus Schmoldt
Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Hannover

Lenkungsgruppe Forschungsevaluation

Prof. Dr. Jürgen Mlynek (Vorsitz, seit Mitte 2000)
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Frühwald (Vorsitz 1997 - Mitte 2000)
Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

Prof. Dr. Ludwig Schätzl
Vorsitzender der Landeshochschulkonferenz, Präsident der Universität Hannover

Prof. Dr. Fred Jochen Litterst
Präsident der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig

Prof. Dr. Hubert Schmidbaur
Fakultät für Chemie, Technische Universität München

MD Christian Börger
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

IV.2 Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Forschungsevaluation

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Frühwald (Vorsitz)
Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fricke
Institut für Luft- und Raumfahrt, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Horst Franz Kern
Präsident der Philipps-Universität Marburg

Dr. Wilhelm Krull
Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Hannover

Prof. Dr. Ludwig Schätzl
Vorsitzender der Landeshochschulkonferenz, Präsident der Universität Hannover

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hinrich Seidel
ehem. Wissenschaftlicher Leiter der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur
Hannover (ZEvA)

Arbeitsgruppe Naturwissenschaften

Prof. Dr. Jürgen Mlynek (Mlynek)
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Helmut Altner
Zoologisches Institut, Universität Regensburg

Prof. Dr. Regine Kahmann
Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie, Marburg

Prof. Dr. Horst Franz Kern
Präsident der Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Thomas Ottmann
Institut für Informatik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Hermann Reuke
Geschäftsführer der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA)

Prof. Dr. Hubert Schmidbaur
Fakultät für Chemie, Technische Universität München

Arbeitsgruppe Ingenieurwissenschaften

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fricke (Vorsitz)
Institut für Raumfahrttechnik, Technische Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Boeck
Lehrstuhl für Hochspannungs- und Anlagentechnik, Technische Universität München

Prof. Dr.-Ing. Gerhard Fettweis
Institut für Nachrichtentechnik, Technische Universität Dresden

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. e.h. Gert König
Institut für Massivbau und Baustofftechnologie, Universität Leipzig

Prof. Dr.-Ing. Heinz Mertens
Institut für Maschinenkonstruktion, Technische Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Klaus Petermann
Fachgebiet Hochfrequenztechnik, Technische Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Stavros Savidis
Fachgebiet Grundbau und Bodenmechanik, Technische Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Prof. E.h. Dr.-Ing. E.h. Dr. h.c. mult. Engelbert Westkämper
Institut für Industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart

Arbeitsgruppe zur Reform der Graduiertenausbildung

Prof. Dr. Jürgen Mlynek (Vorsitz)
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Regine Kahmann
Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie, Marburg

Prof. Dr. Horst Franz Kern
Präsident der Philipps-Universität Marburg

Dr. Wilhelm Krull
Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung

Thomas Oppermann
ehem. Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

Prof. Dr. Thomas Ottmann
Institut für Informatik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Dres. h.c. Arnold Picot
Institut für Organisation, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Heide Ziegler
Präsidentin der International University in Germany Bruchsal

Arbeitsgruppe zur Nachwuchsförderung

Prof. Dr. Jürgen Mlynek (Vorsitz)
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Horst Franz Kern
Präsident der Philipps-Universität Marburg

Dr. Wilhelm Krull
Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung

Prof. Dr. Heide Ziegler
Präsidentin der International University in Germany Bruchsal

Arbeitsgruppe Lehrerbildung

Prof. Dr. Ewald Terhart (Vorsitz)
Institut für Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik, Westfälische Wilhelms-Universität
Münster

Prof. Dr. Werner Blum
Fachbereich Mathematik/Informatik, Universität Kassel

Prof. Dr. Rainer Bromme
Psychologisches Institut III, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Sieglind Ellger-Rüttgardt
Institut für Rehabilitationswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Hans E. Fischer
Fachbereich Physik, Universität Dortmund

Prof. Dr. Maria Fölling-Albers
Institut für Pädagogik, Universität Regensburg

Prof. Dr. Adolf Kell
Fachbereich Erziehungswissenschaft - Psychologie - Sport, Universität Siegen

Prof. Dr. Meinert A. Meyer
Institut für Schulpädagogik, Universität Hamburg

Prof. Dr. Sibylle Reinhardt
Institut für Politikwissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Arbeitsgruppe Internationalisierung

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fricke
Institut für Luft- und Raumfahrt, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Rainer Künzel
Wissenschaftlicher Leiter der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur
Hannover (ZEvA), Präsident der Universität Osnabrück

Prof. Dr. Hubert Schmidbaur
Fakultät für Chemie, Technische Universität München

Prof. Dr. Heide Ziegler
Präsidentin der International University in Germany Bruchsal

Arbeitsgruppe niedersächsisch-israelische Gemeinschaftsvorhaben

Prof. Dr. Jürgen Mlynek (Vorsitz)
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Erika Fischer-Lichte
Institut für Theaterwissenschaften, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Heinrich Oettel
Institut für Metallkunde, Technische Universität Bergakademie Freiberg

Prof. Dr. Werner Rathmayer
Fachbereich Biologie, Universität Konstanz

Arbeitsgruppe „Nachwuchswissenschaftler/innen aus außereuropäischen Ländern nach Niedersachsen“

Prof. Dr. Helmut Altner
Zoologisches Institut, Universität Regensburg

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fricke
Institut für Luft- und Raumfahrt, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Hans-Wolf Sievert
Vorsitzender des Vorstandes der Sievert AG & Co., Osnabrück

Prof. Dr. Heide Ziegler
Präsidentin der International University in Germany Bruchsal

Arbeitsgruppe Medizin

Prof. Dr. Jürgen Mlynek (Vorsitz)
Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Guido Adler
Universitätsklinikum Ulm

Prof. Dr. Helmut Altner
Zoologisches Institut, Universität Regensburg

Prof. Dr. Regine Kahmann
Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie, Marburg

Prof. Dr. Horst Franz Kern
Präsident der Philipps-Universität Marburg

Dr. Wilhelm Krull
Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Hannover

Prof. Dr. Dres. h.c. Arnold Picot
Fakultät für Betriebswirtschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Volker ter Meulen
Institut für Virologie und Immunbiologie, Bayerische Julius-Maximilians-Universität
Würzburg

Arbeitsgruppe Multimedia

Prof. Dr. Thomas Ottmann (Vorsitz)
Institut für Informatik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Friedrich Hesse
Institut für Wissensmedien, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Prof. Dr. Gerhard Krüger
Institut für Telematik, Universität Karlsruhe

Prof. Dr. Hans-Werner Six
Informatikzentrum, FernUniversität in Hagen

Prof. Dr. Ralf Steinmetz
Industrielle Prozess- und Systemkommunikation, Technische Universität Darmstadt

IV.3 Gutachtergruppen für die Verfahren zur Forschungsevaluation

Chemie

Prof. Dr. Sigrid D. Peyerimhoff (Vorsitz)
Lehrstuhl für Theoretische Chemie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Alois Fürstner
Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim an der Ruhr

Prof. Dr. Siegfried Großmann
Fachbereich Physik, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Peter Jutzi
Lehrstuhl für Anorganische Chemie II, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Dieter Oesterhelt
Max-Planck-Institut für Biochemie, Martinsried

Prof. Dr. Karl-Heinz Reichert
Institut für Technische Chemie TC 3, Technische Universität Berlin

Geschichte

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka (Vorsitz)
Präsident des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Prof. Dr. Detlef Junker
Historisches Seminar, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Anthony Nicholls
St. Antony's College, Oxford

Prof. Dr. Wilfried Nippel
Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Reinhard Rürup
Institut für Geschichtswissenschaft, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Rudolf Schieffer
Präsident der Monumenta Germaniae Historica, München

Prof. Dr. Georg Schmidt
Historisches Institut, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Bernd Schönemann
Historisches Institut, Universität Dortmund

Biologie

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Neuweiler (Vorsitz)
Zoologisches Institut, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Christophe Boesch
Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie, Leipzig

Prof. Dr. Bernd Frommer
Lehrstuhl für Pflanzenphysiologie, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Prof. Dr. Siegfried Großmann
Fachbereich Physik, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Christian Körner
Botanisches Institut, Universität Basel

Prof. Dr. Hans-Georg Kräusslich
Abteilung Virologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dr. Karin Lochte
Institut für Meereskunde, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Prof. Dr. Dieter Oesterhelt
Max-Planck-Institut für Biochemie, Martinsried

Prof. Dr. Alfred Pühler
Lehrstuhl für Genetik, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Renate Renkawitz-Pohl
Fachbereich Biologie, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Klaus Unsicker
Institut für Anatomie und Zellbiologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Bauingenieurwesen und Architektur

Professor Dr.-Ing. Stavros Savidis (Vorsitz)
Fachgebiet Grundbau und Bodenmechanik, Technische Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Fritz Berner
Institut für Baubetriebslehre, Universität Stuttgart

Professor Peter Berten
Fachbereich Architektur, Technische Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Manfred Boltze
Fachgebiet Verkehrsplanung und Verkehrstechnik, Technische Universität Darmstadt

Professor Dr.-Ing. Wolfgang Förstner
Institut für Photogrammetrie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Professor Dr.-Ing. Theodor Hugues
Fakultät für Architektur, Technische Universität München

Professor Dr.-Ing. Jürgen Köngeter
Lehrstuhl und Institut für Wasserbau und Wasserwirtschaft, RWTH Aachen

Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. e.h. Gert König
Institut für Massivbau und Baustofftechnologie, Universität Leipzig

Professor Dr.-Ing. Wolf Reuter
Institut für Wohnen und Entwerfen, Universität Stuttgart

Elektrotechnik

Prof. Dr.-Ing. Klaus Petermann (Vorsitz)
Fachgebiet Hochfrequenztechnik, Technische Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Boeck
Lehrstuhl für Hochspannungs- und Anlagentechnik, Technische Universität München

Prof. Dr.-Ing. Gerhard Fettweis
Institut für Nachrichtentechnik, Technische Universität Dresden

Prof. Dr. rer. nat. Klaus Heime
Institut für Halbleitertechnik, RWTH Aachen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jörg Pfeleiderer
Abteilung Allgemeine Elektrotechnik und Mikroelektronik, Universität Ulm

Prof. Dr.-Ing. Bernd Tibken
Lehrstuhl für Automatisierungstechnik/Regelungstechnik, Bergische Universität
Wuppertal

Maschinenbau

Prof. Dr.-Ing. Prof. E.h. Dr.-Ing. E.h. Dr. h.c. mult. Engelbert Westkämper (Vorsitz)
Institut für Industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Albert Albers
Institut für Maschinenkonstruktionslehre und Kraftfahrzeugbau, Universität Karlsruhe

Prof. Dr. Dr. h.c. Frerich Keil
AB Verfahrenstechnik 4, Technische Universität Hamburg-Harburg

Prof. Dr. Herbert Kohler
Mitglied des Direktionskreises, Leiter Forschung & Technologie 1, DaimlerChrysler AG,
Stuttgart

Prof. Dr. techn. Erich Lugscheider
Lehr- und Forschungsgebiet Werkstoffwissenschaften, RWTH Aachen

Prof. Dr.-Ing. Heinz Mertens
Institut für Maschinenkonstruktion, Technische Universität Berlin

Wirtschaftswissenschaften

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Franz (Vorsitz VWL)
Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) GmbH, Mannheim

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz W. Wagner (Vorsitz BWL)
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Prof. Dr. Klaus Backhaus
Institut für Anlagen und Systemtechnologien, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Friedrich Breyer
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Universität Konstanz

Prof. Dr. Elgar Fleisch
Institut für Wirtschaftsinformatik, Universität St. Gallen

Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Kieser
Fakultät für Betriebswirtschaftslehre, Universität Mannheim

Prof. Dr. Lutz Kruschwitz
Institut für Bank- und Finanzwirtschaft, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Hubert Österle
Institut für Wirtschaftsinformatik, Universität St. Gallen

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

Informatik

Prof. Dr.-Ing. Detlef Schmid (Vorsitz)
Institut für Rechnerentwurf und Fehlertoleranz, Universität Karlsruhe

Prof. Dr. Klaus. R. Dittrich
Institut für Informatik, Universität Zürich

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gerhard Krüger
Institut für Telematik, Universität Karlsruhe

Prof. Dr. Ernst Mayr
Institut für Effiziente Algorithmen, Technische Universität München

Prof. Dr. Stefan Posch
Fachbereich Mathematik und Informatik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Wolfgang Stucky
Institut für Angewandte Informatik und Formale Beschreibungsfragen, Universität
Karlsruhe

Berufswissenschaften der Lehrerbildung

Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth (Vorsitz)
Vizepräsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Hans E. Fischer
Fachbereich Physik, Universität Dortmund

Prof. Dr. Margareta Götz
Institut für Pädagogik, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Prof. Dr. Klaus Harney
Institut für Pädagogik, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Frieda Heyting
Fakultät der Maatschappij- en Gedragwetenschappen, Universiteit van Amsterdam

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gustav-Otto Kanter
Heilpädagogisch-Rehabilitationswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln

Prof. Dr. Hans-Peter Langfeldt
Institut für Pädagogische Psychologie, Johann Wolfgang Goethe-Universität

Prof. Dr. Fritz Osterwalder
Institut für Pädagogik, Universität Bern

Prof. Dr. Bernd Schönemann
Historisches Institut, Universität Dortmund

Prof. Dr. Bernd Switalla
Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft, Universität Bielefeld

Physik

Prof. Dr. Hilbert von Löhneysen (Vorsitz)
Physikalisches Institut, Universität Karlsruhe

Prof. Dr. Gerhard Abstreiter
Walter-Schottky-Institut, Technische Universität München

Prof. Dr. Frits Berends
Institute of Physics, Universiteit Leiden

Prof. Dr. Wolfgang Demtröder
Fachbereich Physik, Universität Kaiserslautern

Prof. Dr. Hans-Joachim Güntherodt
Institut für Physik, Universität Basel

Prof. Dr. Hartmut Hotop
Fachbereich Physik, Universität Kaiserslautern

Prof. Dr. Konrad Kleinknecht
Institut für Physik, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Helmuth Möhwald
Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung, Golm

Prof. Dr. Heinrich Soffel
Institut für Allgemeine und Angewandte Geophysik, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Peter Wölfle
Institut für Theorie der Kondensierten Materie, Universität Karlsruhe

Rechtswissenschaften

Prof. Dr. Dr. h.c. Rüdiger Wolfrum (Vorsitz)
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg

Frau Prof. Dr. Dagmar Coester-Waltjen
Institut für Internationales Recht, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Friedhelm Gaul
Institut für Zivilprozessrecht, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof
Juristische Fakultät, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Prof. Dr. Hanspeter Neuhold
Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen, Universität Wien

Prof. Dr. Erich Samson
Lehrstuhl für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, Bucerius Law School, Hamburg

Umweltwissenschaften

Prof. Dr. Hubert Wiggering (Vorsitz)
Direktor des ZALF, Müncheberg

Prof. Dr. Andreas Dahmke
Institut für Geowissenschaften, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Prof. Dr. sc. Jan Harff
Sektion Geologie, Institut für Ostseeforschung, Warnemünde

Prof. Dr. Klaus Höppner
Direktor der Landesforschungsanstalt Eberswalde (LFE)

Prof. Dr. Volker Hoffmann
Institut für Sozialwissenschaften des Agrarbereichs, Universität Hohenheim

Prof. Dr. Reinhard Hüttl
Lehrstuhl für Bodenschutz und Rekultivierung, Technische Universität Cottbus

Prof. Dr. Jürgen Huss
Waldbau-Institut, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dipl.-Ing. Klaus John
Fachbereich Bio- und Geowissenschaften, Landschaftsarchitektur, Universität
Duisburg-Essen

Prof. Dr. Georg Kenk
Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, Freiburg i.Br.

Prof. Dr. Christian Körner
Botanisches Institut, Universität Basel

Prof. Dr. Wilhelm Kuttler
Institut für Ökologie, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Franz List
Institut für Geologie, Geophysik und Geoinformatik, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Klaus Müller
Institut für Sozioökonomie, ZALF, Müncheberg

Prof. Dr. Annette Otte
Professur für Landschaftsökologie und Landschaftsplanung, Justus-Liebig-Universität
Gießen

Prof. Dr. Eckard Rehbinder
Fachbereich Rechtswissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Bernhard Schmid
Institut für Umweltwissenschaften, Universität Zürich

Prof. Dr. Franz Schmithüsen
Departement Forstwissenschaften, ETH Zürich

Prof. Dr. Gerrit Schüürmann
Sektion Chemische Ökotoxikologie, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Prof. Dr. Rainer Stegmann
Arbeitsbereich Abfallwirtschaft und Stadttechnik, Technische Universität Hamburg-Harburg

Mathematik

Prof. Dr. Gisbert Wüstholtz (Vorsitz)
Department Mathematik, ETH Zürich

Prof. Dr. Friedrich Götze
Fakultät für Mathematik, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Peter Gritzmann
Zentrum Mathematik, Technische Universität München

Prof. Dr. Günter Harder
Max-Planck-Institut für Mathematik, Bonn

Prof. Dr. Gerhard Huisken
Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik - Albert Einstein Institut -, Golm

Prof. Dr. Matthias Kreck
Mathematisches Institut, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dr. Rolf Rannacher
Institut für angewandte Mathematik, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dr. Emo Welzl
Institut für Theoretische Informatik, ETH Zürich

Kunstgeschichte / Kunstwissenschaft

Prof. Dr. Horst Bredekamp (Vorsitz)

Institut für Kultur- und Kunstwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Werner Busch

Kunsthistorisches Institut, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Ulrich Pfisterer

Kunstgeschichtliches Seminar, Universität Hamburg

Prof. Dr. Regine Prange

Institut für Kunstgeschichte, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Andreas Tönnemann

Institut für Geschichte und Theorie der Architektur, ETH Zürich

Prof. Dr. Gerhard Wolf

Kunsthistorisches Institut in Florenz, Max-Planck-Institut

Agrarwissenschaften

Prof. Dr. Jürgen Zeddies (Vorsitz)

Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Universität Hohenheim

Prof. Dr. Wulf Diepenbrock

Institut für Acker- und Pflanzenbau, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Friedt

Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung I, Justus-Liebig-Universität Gießen

Prof. Dr. Gerhard Heldmaier

Fachbereich Biologie, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Dieter Kutzbach

Institut für Agrartechnik, Universität Hohenheim

Prof. Dr. Georg Noga

Institut für Gartenbauwissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Anglistik

Prof. Dr. Manfred Pfister (Vorsitz außer in Göttingen)

Institut für Englische Philologie, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Ekkehard König (Vorsitz in Göttingen)

Institut für Englische Philologie, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Ulla Haselstein

Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Luuk Houwen
Englisches Seminar, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Ina Schabert
Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität
München

Prof. Dr. Jürgen Schlaeger
Großbritannienzentrum, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Elinor Shaffer, FBA
School of Advanced Study, University of London

Soziologie

Prof. Dr. Uwe Schimank (Vorsitz)
Institut für Soziologie II, FernUniversität in Hagen

Prof. Jutta Allmendinger, Ph.D.
Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Prof. Dr. Andreas Diekmann
Departement Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften, ETH Zürich

Prof. Dr. Dieter Frey
Lehrstuhl für Sozialpsychologie, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil
Institut für Soziologie, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Gert Schmidt
Institut für Soziologie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg

Prof. Dr. Helmut Wiesenthal
Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Monika Wohlrab-Sahr
Abteilung Religions- und Kirchensoziologie, Universität Leipzig

Prof. Dr. Wolfgang Zapf
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Politikwissenschaft

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Dieter Klingemann (Vorsitz)
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Prof. Dr. Dieter Fuchs
Institut für Sozialwissenschaften, Universität Stuttgart

Prof. Dr. Gerhard Göhler
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Edgar Grande
Institut für Sozialwissenschaften, Technische Universität München

Prof. Dr. Hans Keman
Department of Political Science and Public Administration,
Vrije Universiteit van Amsterdam

Geowissenschaften

Prof. Dr. Gerold Wefer (Vorsitz)
Fachbereich Geowissenschaften, Universität Bremen

Prof. Dr. Tilo von Dobeneck
Fachbereich Geowissenschaften, Universität Bremen

Prof. Dr. André Freiwald
Lehrstuhl für Paläontologie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Peter Herzig
Lehrstuhl für Lagerstättenlehre und Petrologie, Technische Universität Bergakademie
Freiberg

Prof. Dr. Detlev Leythäuser
Geologisches Institut, Universität zu Köln

Prof. Dr. Friedrich Seifert
Bayerisches Geoinstitut, Universität Bayreuth

Prof. Dr. Hubert Wiggering
Direktor des ZALF, Müncheberg

Romanistik

Prof. Dr. Joachim Küpper (Vorsitz)
Romanisches Seminar / Seminar für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissen-
schaft, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Hans-Martin Gauger
Romanisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Werner Helmich
Institut für Romanistik, Universität Graz

Prof. Dr. Bernhard König
Romanisches Seminar, Universität zu Köln

Prof. Dr. Guido Mensching
Romanisches Seminar, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Maria Moog-Grünwald
Romanisches Seminar, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel (HAB)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Frühwald (Vorsitz)
Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

Prof. Dr. Horst Bredekamp
Institut für Kultur- und Kunstwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Christoph Meinel
Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte, Universität Regensburg

Dr. Elisabeth Niggemann
Generaldirektorin der Deutschen Bibliothek Frankfurt

Prof. Dr. Roger Paulin
Department of German, University of Cambridge

Prof. Dr. Christoph Perels
Direktor des Freien Deutschen Hochstifts, Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Rudolf Schieffer
Präsident der Monumenta Germaniae Historica, München

Prof. Dr. Peter Strohschneider
Lehrstuhl für Germanistische Mediävistik und Frühneuzeitforschung, Technische Universität Dresden

Als Gäste aus dem wissenschaftlichen Beirat der HAB

Prof. Dr. Lieselotte Saurma (Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats)
Kunsthistorisches Institut, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dr. Thomas Kaufmann
Lehrstuhl für Kirchengeschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Institut für Solarenergieforschung Hameln/Emmerthal (ISFH)

Prof. Dr. Jochen Fricke (Vorsitz)
Bayerisches Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE), Würzburg

Dr. Richard Einzinger
Siemens & Shell Solar GmbH, München

Dr. Gerd Eisenbeiß
Forschungszentrum Jülich

Prof. Dr. Walter Fuhs
Hahn-Meitner-Institut, Berlin

Prof. Dr. Wim C. Sinke
Energy Research Center of the Netherlands, Petten

Stiftung Johannes a Lasco Bibliothek, Emden

Prof. Dr. Robert von Friedeburg

Faculty of History and Arts, Erasmus Universiteit Rotterdam

Dr. Wim Janse

Faculty of Theology, Universiteit Leiden

Prof. Dr. Thomas Kaufmann

Lehrstuhl für Kirchengeschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Dr. Rupert Schaab

Direktor der Forschungsbibliothek Gotha

Teil V: Schriftenverzeichnis / Öffentlichkeitsarbeit

Von der Wissenschaftlichen Kommission veröffentlichte Schriften

Abschlussberichte

Forschungsevaluation *Chemie*, März 2000

Forschungsevaluation *Geschichte*, Oktober 2000

Forschungsevaluation *Biologie*, März 2001

Forschungsevaluation *Wirtschaftswissenschaften*, Oktober 2001

Forschungsevaluation in den *Ingenieurwissenschaften und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Ingenieurwissenschaften*, Oktober 2001

Forschungsevaluation *Informatik*, März 2002

Forschungsevaluation *Berufswissenschaften der Lehrerbildung*, März 2002

Forschungsevaluation *Physik*, Oktober 2002

Forschungsevaluation *Rechtswissenschaften*, Oktober 2002

Forschungsevaluation *Umweltwissenschaften*, März 2003

Forschungsevaluation der *Stiftung Johannes a Lasco Bibliothek, Emden*, März 2003

Grundsatzpapiere

Forschungsevaluation an niedersächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, März 1999 (Aktualisierte Fassung, Oktober 2002)

Reform der Graduiertenausbildung in Niedersachsen: Voraussetzungen, Modelle und Realisierungsmöglichkeiten, September 1999

Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Niedersachsen, März 2002

Internationalisierung von Forschung und Lehre an den niedersächsischen Hochschulen, Oktober 2002

Von der WKN mitorganisierte Tagungen

Tagung „Hochschule im Wettbewerb - Ausverkauf oder Chance“,
gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Loccum, 19.-21. April 2002

Tagung „Krise der Forschung?“,
gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Loccum, 20.-22. Juni 2003

Teil VI: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen

PD Dr. rer. nat. Birgit Albowitz (geb. 1957)

Seit Februar 1999 Referentin für Naturwissenschaften und Medizin

Studium der Biologie, Chemie und Physiologie in Marburg und an der Cornell University in Ithaca, USA. 1987 Promotion an der Cornell University, Ithaca, USA. 1988-97 Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen. 1996 Habilitation an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Lehrbefugnis für das Fach Physiologie. 1997-99 Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Projektträger für Gesundheitsforschung des BMBF am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Bonn.

Dr. phil. Christiane Ebel-Gabriel (geb. 1957)

Von September 1998 bis Oktober 2003 Generalsekretärin

Studium der Vergleichenden Literaturwissenschaft, Germanistik, Slavistik und Kunstgeschichte in Gießen und Bonn. 1981 Magisterexamen. 1987 Promotion. 1989-91 Postdoc an der University of Washington in Seattle, USA. 1991 Leiterin des Nordamerika-Referates beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Bonn. 1994 Leiterin der DAAD-Außenstelle in London. Verheiratet, vier Kinder.

Angelika Hoffmann (geb. 1956)

Seit September 1998 Sachbearbeitung und Sekretariat

1976 Abitur, 1976-77 Ausbildung als fremdsprachliche Wirtschaftskorrespondentin in Hannover. 1977-98 Direktionssekretärin des Instituts für Erdöl- und Erdgasforschung in Clausthal-Zellerfeld.

Dr. rer. nat. Christian Kurrer (geb. 1965)

Seit Dezember 1999 Referent für Ingenieurwissenschaften, Mathematik und Physik

Abitur in Brüssel. Studium der Physik in Tübingen und an der TU München. 1990-94 Promotionsstudium an der University of Illinois at Urbana-Champaign, USA, 1991-94 Mitglied des Universitätssenats. 1994-97 Postdoc an der Kyoto University in Japan und an der Ecole Polytechnique in Frankreich. 1998-99 Referent bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn. Verheiratet, zwei Kinder.

Dipl.-Soz. Christof Schiene (geb. 1967)

Seit Januar 1999 Referent für Geistes- und Sozialwissenschaften

1986 Kaufmann im Groß- und Außenhandel, 1989 Abitur. 1991-98 Studium der Soziologie, Schwerpunkt Wissenschafts- und Technologiepolitik, sowie Volkswirtschaftslehre in Bielefeld. 1998 Mitarbeiter am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld. Verheiratet, zwei Kinder.

Dipl.-Sozialwiss. Michael Steller (geb. 1969)

Seit November 1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, zuständig für Datenerhebung und -auswertung, verfahrensübergreifende Angelegenheiten und Organisation

1992-98 Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Politikwissenschaft in Berlin und Hannover, daneben Tätigkeit für das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur und Mitarbeit am Institut für Soziologie der Universität Hannover.

PD Dr. phil. Thorsten Unger (geb. 1962)

Seit Juli 2002 Referent für Kultur- und Geisteswissenschaften

Studium der ev. Theologie, Germanistik, vergleichenden Literaturwissenschaft und erziehungswissenschaftlicher Fächer in Göttingen und an der University of Illinois at Urbana-Champaign, USA. 1989 Erstes Staatsexamen, 1992 Promotion. 1992-94 Mitarbeiter am SFB 309 „Die Literarische Übersetzung“ der Universität Göttingen. 1994-2000 Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Deutsche Philologie der Universität Göttingen. 1999-2002 Habilitandenstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1999-2000 Forschungsaufenthalt an der University of Wisconsin at Madison, USA. Februar 2002 Habilitation an der Universität Göttingen, *venia legendi* für Deutsche Philologie. Verheiratet, zwei Kinder.

